

vorläufige Fassung*

**STENOGRAPHISCHES
PROTOKOLL**

der 20. Sitzung
des 2. Untersuchungsausschusses
am Dienstag, dem 18. August 2009, 10:00 Uhr
Sitzungssaal 3.101
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Berlin

Vorsitz: Abg. Dr. Hans-Ulrich Krüger (SPD)

Tagesordnung

	Seite
Zeugenvernehmungen von	
Klaus-Peter Müller, Beweisbeschluss 108	6 - 29
Parlamentarische Staatssekretärin Nicolette Kressl, Beweisbeschluss 98	30 – 56
Dr. Ulrich Schröder, Beweisbeschluss 101	57 - 71

*** Hinweis:**

Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen und Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird die Stenografische Aufzeichnung über ihre Vernehmung gemäß § 26, Abs. 2 PUAG zugesandt. Ihnen wird Gelegenheit gegeben, binnen zwei Wochen dem Ausschusssekretariat Korrekturwünsche und Ergänzungen mitzuteilen. Korrekturen und Ergänzungen seitens der Zeugen und Sachverständigen werden nach Eingang im Sekretariat dem entsprechenden Protokoll beigefügt.

(Beginn: 10.01 Uhr)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Nunmehr bitte ich alle diejenigen, die zu der fotografierenden Zunft, schreibenden Zunft, begleitenden Zunft gehören, den Saal hier unten zu verlassen und gegebenenfalls oben auf der Tribüne Platz zu nehmen, wobei ich Sie, Herr Professor Müller, herzlich begrüße. Gleichzeitig begrüße ich natürlich die Öffentlichkeit, insbesondere die Pressevertreter.

In der heutigen Beweisaufnahmesitzung ist wiederum geplant, mehrere Zeugen oder Zeuginnen zu vernehmen. Es sind drei Zeugen: Nach Herrn Müller werden Frau Kressl und Herr Schröder folgen. Wir gehen, grob geschätzt, von einer Beweisaufnahme von circa drei Stunden pro Zeuge oder Zeugin aus. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass eine nichtöffentliche Beweisaufnahme stattfindet. Diese wird dann entsprechend der Praxis des Ausschusses im Anschluss an die öffentliche Beweisaufnahme stattfinden.

Ferner bitte ich auch die Vertreter der Medien, sofern sie oben Platz genommen haben, nunmehr keine Ton- und Bildaufnahmen mehr zu fertigen, da dies während der Sitzung, der Beweisaufnahme unzulässig ist. Ein Verstoß hiergegen kann geahndet werden.

Vernehmung des Zeugen Klaus-Peter Müller

Wir haben heute als ersten Zeugen Herrn Professor Dr. h. c. Klaus-Peter Müller. Herr Müller, Sie sind erschienen. Ich begrüße Sie und darf Sie gleichzeitig darauf hinweisen, dass wir eine Tonaufnahme Ihrer Vernehmung fertigen werden, die allerdings ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung zu erleichtern. Die Aufnahme wird später gelöscht.

Das Protokoll Ihrer Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugesandt, und Sie haben dann die Möglichkeit, Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. Vor dem Hintergrund des engen Zeitrahmens bis zum Abschluss dieses Verfahrens bitte ich Sie allerdings, Ihr Protokoll - das bitte ich mir nachzusehen - nicht binnen zwei Wochen auf Ergänzungen oder Korrekturen zu durchforsten, sondern dies, wenn möglich, binnen zwei Werktagen zu tun. Wenn es möglich wäre, wäre das eine echte Arbeitserleichterung für den Ausschuss und natürlich auch für unsere Mitarbeiter. Sollte der Ausschuss

im Rahmen Ihrer Vernehmung einen Verschlussgrad, Vertraulich oder Geheim, beschließen, besteht für Sie die Möglichkeit, leider nur in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages dieses Protokoll einzusehen.

Ich darf Sie ferner, auch angesichts der Zeitdauer der Vernehmungen, die nicht ganz klar im Voraus definiert werden können, um einen Hinweis bitten, wenn Sie zu irgendeinem Zeitpunkt eine Unterbrechung der Sitzung benötigen bzw. dies für Ihr persönliches Wohlergehen wünschen. Ich werde dann im Übrigen auch von mir aus eine solche vorschlagen, falls ich den Eindruck habe, dass eine Pause vonnöten ist.

Folgende Belehrungshinweise habe ich Ihnen, wie allen Zeuginnen und Zeugen, zu geben: Das Beweisthema ist Ihnen mit der Ladung sowie dem Untersuchungsauftrag übersandt worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie dürfen nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht, und nichts weglassen, was zur Sache gehört. Im Falle eines Verstoßes hiergegen ist eine Ahndungsmöglichkeit in § 153 Strafgesetzbuch, Geldstrafe oder Freiheitsstrafe, vorgesehen. Nach dem Untersuchungsausschussgesetz sind Sie allerdings berechtigt, die Antworten auf solche Fragen zu verweigern, die Sie selbst oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr der Verletzung - - einer Ordnungswidrigkeit oder Straftat aussetzen würde.

Ferner noch folgender Hinweis: Sollten Teile Ihrer Aussage Geschäfts-, Betriebs- oder Dienstgeheimnisse betreffen, bitte ich auch um Hinweis. Dann würden wir diese Frage zurückstellen, um sie dann gegebenenfalls in einem nichtöffentlichen Teil fortzusetzen.

Zur Vernehmung zur Person. Ich würde Sie bitten, Ihren vollständigen Namen und eine - das muss nicht Ihre Privatanschrift sein - ladungsfähige Anschrift zu nennen.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Mein Name ist Klaus-Peter Müller, und die ladungsfähige Anschrift wäre Kaiserplatz, 60311 Frankfurt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Danke sehr. - Dann darf ich Ihnen noch Folgendes mitteilen: Sie haben einmal die Möglichkeit, hier als Zeuge auf die Fragen des Ausschusses zu antworten; Sie haben aber auch die Möglichkeit, im Rahmen eines Eingangstatements den Untersuchungsauftrag

aus Ihrer Sicht zu kommentieren, um sich dann den Fragen zu stellen. Welche Möglichkeit möchten Sie nutzen?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich würde gern ein kurzes Eingangsstatement abgeben.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Bitte sehr.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Herr Vorsitzender, darf ich zunächst die Bitte äußern: Ich wusste nicht, dass ich hier mit sämtlichen Ehrenbezeichnungen - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Müller, ein Punkt, Entschuldigung: Ich muss Sie leider bitten, das Mikro möglichst weit zu sich heranzuziehen und dann mit möglichst intensiver Stimmkraft zu sprechen, da ansonsten manche Verständigungsschwierigkeit oder Verständnisschwierigkeit entstehen könnte.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich hoffe, dass ich das jetzt angemessen mache.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wunderbar.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Herr Vorsitzender, zunächst eine Bitte. Ich habe nicht gewusst, dass ich hier mit allen Orden- und Ehrenabzeichen aufgeführt bin. Ich wäre Ihnen dankbar, da beides nur Honoris-causa-Ehrungen sind, wenn ich weiter mit meinem Nachnamen angesprochen werden könnte, so wie es auch auf meiner Visitenkarte steht. Also, einfach die herzliche Bitte.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich habe mich daran über 60 Jahre so gewöhnt. Das möchte ich nicht gar nicht mehr missen.

Zum Eingangsstatement. Herr Vorsitzender! Meine Damen! Meine Herren! Über die negative Entwicklung der HRE haben wir, die Banken, die die HRE ja auch geschäftlich im Verlaufe des Jahres 2008 begleitet haben, keine Erkenntnisse gehabt, die uns glauben ließen, dass diese Bank in ernsthaften Schwierigkeiten sei, sich in ernsthaften Schwierigkeiten befinden würde.

Dass es Wertberichtigungen gab auf ein Portfolio, war aus einer Ad-hoc-Mitteilung der Bank von Anfang des Jahres deutlich, aber ansonsten war uns die Ernsthaftigkeit der Lage bei diesem Haus nicht bewusst. Ich erhielt in der Woche nach dem 15. September einen Anruf von Frau Lautenschläger von der BaFin, die mir eine Kontaktaufnahme durch Herrn Funke, den Vorstandsvorsitzenden der HRE, ankündigte.

Ich habe dann danach gefragt, warum er mit mir sprechen wollte. Ja, hat sie mir gesagt, sie würde mich in meiner Eigenschaft als Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken ansprechen, und da gäbe es gegebenenfalls ein Thema, das doch die privaten Banken miteinander lösen sollten. Ich habe dann gesagt, ich sei natürlich Gesprächsbereit für Herrn Funke, habe aber gleich darauf hingewiesen, dass das wahrscheinlich eine operative Aufgabe zu werden verspricht und keine, die der Verbandspräsident lösen kann.

Herr Funke hat sich dann gemeldet. Ich habe Herrn Funke, nachdem er mir mitteilte, er bräuchte einen Überbrückungskredit für eine Frist von drei Monaten, mitgeteilt, das sei eindeutig operativ, und ich würde davon abraten, ein riesengroßes Konsortium für einen solchen Vorgang - benötigt wurden 15 Milliarden nach seiner Aussage - zu bilden, sondern sich vielleicht auf drei, vier, maximal fünf Banken zu beschränken. Ich habe dann angeregt, dass er zunächst mal mit den Herren Ackermann und Blessing Einzelgespräche führt, um abzuklären, wie sich diese beiden Herren den weiteren Verlauf einer solchen Liquiditätshilfe vorstellen würden, und darauf hingewiesen, dass natürlich die angebotenen Sicherheiten hier zu überprüfen seien. Diese Gespräche mit Herrn Ackermann und Herrn Blessing sind, soweit ich weiß, dann auch geführt worden.

Ich denke, dass die weiteren Aktivitäten, die dann in relativ rapider Folge zur Bristol-Runde führten, zu der, glaube ich, Mitte der Woche für die darauffolgende Woche eingeladen wurde, in der ich wiederum als Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken teilnahm - - In dieser Runde wurde in der großen Runde über die HRE, soweit ich mich erinnere, nicht präzise gesprochen, sehr wohl aber anschließend in einem kleineren Kreis, an dem der Herr Bundesfinanzminister teilgenommen hat. Hier haben wir dann der ernsthaften Sorge Ausdruck verliehen, dass

es hier zu Liquiditätsengpässen kommen könnte.

Die Dinge haben sich dann aber offensichtlich beschleunigt. Ich selbst war am 27. September - das ist ein Samstag - zu einer Kuratoriumssitzung in Süddeutschland, die am Freitagabend begann, und habe dann bereits am Samstagmorgen an einer sehr kurzfristig festgelegten Telefonkonferenz des privaten Bankenverbandes teilgenommen. Nachmittags hat die BaFin zum ersten Mal getagelt - dort war ich telefonisch zugeschaltet -, und abends hat es noch mal eine Telefonkonferenz des Vorstandes der privaten Banken gegeben.

Ich habe aufgrund der bedrohlich klingenden Aussagen Süddeutschland vorzeitig verlassen, um nach Frankfurt zurückzukehren, wo ich dann am nächsten Morgen - das war dann der Sonntag - auch von Anfang an an den Sitzungen teilgenommen habe. Die Sitzung selbst ist nach meiner Erinnerung - auch nicht verwunderlich - in einer eher angespannten, etwas gereizten Atmosphäre verlaufen, weil es natürlich darum ging, dass große Verärgerung darüber herrschte - vor allen Dingen auf der Bankenseite -, dass sich die Zahlen, die die Hypo Real mitteilte, immer wieder änderten und keine verlässlichen Daten zu erhalten waren - - und dann natürlich daran - - Es war kein Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen da, aber eine sehr harte Haltung, die nämlich sagte: Das ist ein privatwirtschaftliches Thema, und das haben die Banken dann auch privatwirtschaftlich zu lösen.

Das war bei den Risiken, so wie wir sie definiert und auch in den Telefonkonferenzen besprochen hatten, nicht machbar. Wir sind also in den Verhandlungen - im Grunde genommen im Verlaufe des Sonntags - bis zum Sonntagabend nicht echt weitergekommen, weil hier eben eine sehr harte, wenig kompromissbereite Haltung des Bundes erkennbar war.

Wir haben darauf hingewiesen, dass hier nach unserem Dafürhalten Staatshilfe unerlässlich sei, wobei vor allen Dingen das französische Beispiel - die französische Regierung hatte Tage vorher mitgeteilt, dass sie mit Staatsgarantien, mit Staatsbürgschaften eintreten würde - hier eine Rolle gespielt hat. Soweit ich mich erinnere, hat der Kollege Ackermann das dann auch noch mehrfach deutlich ausgeführt.

Die Verhandlungen im Detail sind, wie gesagt, sehr strittig verlaufen, zumal die For-

derungen aus Berlin eine Höhe erreicht hatten, von der wir im Bundesverband auch in den vorhergehenden Telefonkonferenzen glaubten, dass sie uns maßlos überfordern würde. Irgendwann erschien uns, dass die Verhandlungen als gescheitert anzusehen seien, und Herr Ackermann hat den Verhandlungsraum verlassen. Ich bin dann mit Herrn Blessing, der die Commerzbank dort vertreten hat, in die Commerzbank-Zentrale zurückgefahren, wo wir ein Team in Bereitschaft stehen hatten für den Fall, dass es hier tatsächlich zum großen GAU mit der HRE kommen würde.

Wir haben uns dort mit unseren eigenen Fachleuten beraten und versucht, soweit man das kann, uns auf die Geschehnisse des nächsten Tages und was da alles über uns reinbrechen würde maximal vorzubereiten. Gegen 22 Uhr, 22.15 Uhr - ich kann die genaue Zeit nicht mehr sagen - erhielt ich einen Anruf, mit dem ich gebeten wurde, doch bitte wieder zur BaFin zurückzukehren, es müsse weiter verhandelt werden. Ich bin dann alleine zur BaFin zurückgefahren. Herr Blessing ist beim Team der Commerzbank in der Zentrale verblieben, um mit denen weiterzuarbeiten. Ich habe ihm gesagt, ich würde ihn dann abends oder nachts anrufen, falls es zu Ergebnissen käme.

Ja gut, die Forderungen der Bundesregierung wurden in der Zwischenzeit - Herr Asmussen war ja am Spätnachmittag eingetroffen - von Herrn Asmussen vorgetragen. Herr Asmussen hat eine mehrheitliche Verlustübernahme durch die Banken verlangt und die Obergrenze von 2 Milliarden nicht akzeptiert.

Es gab dann natürlich beachtliche Diskussionen, Austausch von Argumenten darüber, warum es nicht möglich sei, hier eine 50-prozentige oder mehrheitliche Verlustübernahme zu tätigen. Das ging dann bis zu dem Punkt, wo es also hieß: Das ist das letzte Angebot, das Sie aus Berlin erwarten können, und hier ist dann Schluss.

Bei einem Verlustpotenzial von rund 17 Milliarden, 17,5 Milliarden stand für uns Bankenvertreter fest, dass das nicht zu verkraften sei, zumal in den vorhergehenden Sitzungen der Vorstand des Bundesverbandes schon eine Obergrenze von 3 Milliarden nur nach sehr heftiger Diskussion akzeptiert hatte.

Herr Ackermann und ich waren zu diesem Zeitpunkt, glaube ich, die einzigen Bankenvertreter, die noch da waren. Wir haben dann

deutlich gemacht, dass es keinen Sinn hat, auf dieser Basis weiterzuverhandeln, und wir haben uns im Grunde genommen vorgestellt: Das ist jetzt nun wirklich endgültig gescheitert.

Es gab dann, nachdem Herr Ackermann und ich noch mal beraten hatten, ein Telefonat, bei dem ich nicht mehr weiß, ob es der Finanzminister war, der Herrn Ackermann angerufen hat, oder umgekehrt. Auf jeden Fall wurde dann noch mal telefoniert, um zu verdeutlichen, von unserer Seite aus, warum also ein Verlust in dieser Höhe einfach den privaten Bankenbereich überfordern würde.

Herr Ackermann hat dann nach meiner Erinnerung ein Angebot von 7 Milliarden als äußerste Schmerzgrenze in Aussicht gestellt. Wir haben darüber diskutiert. Ich habe nur deutlich gemacht, dass wir für 7 Milliarden keinerlei Verhandlungsmandat hatten und ich es als schwierig ansehen würde, das durchzusetzen. Es gab dann weitere Telefonate, hin und her, zu mitternächtlicher Stunde, dann auch eins mit der Bundeskanzlerin. Auf jeden Fall war dann der letzte Vorschlag 60 zu 40 mit einem Cap für die Banken bei 8,5 Milliarden. Das war nun deutlich außerhalb der Verhandlungsbandbreite, mit der ich dort am Tisch saß, was ich dann auch dort den Vertretern noch mal mitgeteilt habe. Gleichwohl war ziemlich deutlich, dass es wohl kaum noch möglich sein würde, dieses Verhältnis noch mal zu verändern.

Wir haben dann nachts noch einige der Bankenvertreter erreichen können, sie darüber informiert. Wir haben am nächsten Morgen dann wiederum eine Telefonkonferenz des Vorstandes der privaten Banken geführt. Das Ergebnis ist mit großem Ärger uns entgegengebracht worden. Herr Ackermann und ich hatten also einige Mühe, darzustellen, dass wir glaubten, dass dieses Ergebnis sicherlich keine gute Lösung sei, aber dass ein anderes Ergebnis von uns nicht hätte erreicht werden können. - Das, Herr Vorsitzender, wären meine einleitenden Bemerkungen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke schön, Herr Müller. - Jetzt nur noch eine Frage: In welcher Funktion haben Sie an den Verhandlungen zum ersten Rettungspaket - zum zweiten komme ich gleich noch - teilgenommen?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Immer nur in der Funktion als Vorsitzender oder als Präsi-

dent des Bundesverbandes deutscher Banken; denn die großen Häuser waren durch ihre eigenen Vorstandsvorsitzenden oder Vorstandssprecher vertreten. Dazu zählte dann auch noch der Kollege Sprißler von der HypoVereinsbank, und auch die Postbank ist streckenweise vertreten gewesen. Also, ich war ausschließlich in der Eigenschaft als Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken dort präsent.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay, danke schön. - Nun wissen wir aus anderen Zeugeneinvernahmen, dass also der Prüfungsverband deutscher Banken auch anwesend war bzw. dieser Prüfungsverband doch eine besondere Rolle aufgrund seiner Erkenntnisse, seines Wissens spielte. Was ist nun die besondere Kompetenz dieses Prüfungsverbandes, bzw. worauf gründet sie sich?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Der Prüfungsverband deutscher Banken ist der Verband, der dafür sorgt, dass durch regelmäßige Prüfungen die Mitglieder erstens risikomäßig - - Jede private Bank hat vom Prüfungsverband eine entsprechende Einstufung, mit der ihre Bonität verbandsintern beurteilt wird. Diese Einstufung wird nur der betroffenen Bank mitgeteilt, damit sie weiß, wo sie steht. Das hat dann auch was mit Beiträgen zu tun. Der Prüfungsverband besteht eben aus Fachleuten, die seit vielen Jahren quasi als Hauptgegenstand ihrer beruflichen Tätigkeit die Bücher von Banken prüfen und natürlich darauf eingestellt sind, Dinge zu finden, von denen man meint, dass sie also einer kritischen Anmerkung oder einer Veränderung bedürften. Der Verband war vertreten durch seinen Vorstandsvorsitzenden.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Sie haben ja eben auch noch auf Herrn Asmussen Bezug genommen, der am Sonntag ab 17 Uhr - so ist es uns jedenfalls gesagt worden - an den Verhandlungen teilgenommen hat. Nun hat hier im Ausschuss häufiger eine Rolle gespielt die Frage nach der Verhandlungsstrategie - Sie haben sie eben auch angesprochen - der Bundesregierung bzw. der Rolle des Staatssekretärs. War Herr Asmussen Ihrer Ansicht nach auf der Höhe der Problematik? War er informiert über das, was gesprochen oder besprochen worden war? Oder wie haben Sie die Ver-

handlungsstrategie empfunden? Herr Blesing hat gesagt, er habe viel gelernt in dieser Nacht. Herr Ackermann hat gesagt: Wenn es taktisch negoziert ist, dann hat man es sehr gut gemacht, aber es war knapp. - Wie haben Sie es denn so empfunden? Denn wir haben hier alle auch gelernt: Man hat mal begonnen mit 1 oder 1,5 Milliarden und ist bei 8,5 Milliarden gelandet.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ja, das war kein tolles Ergebnis, Herr Vorsitzender; das ist mir schon klar. Zunächst einmal: Herr Asmussen ist in der Tat auch nach meiner Erinnerung circa 17 Uhr aus Berlin kommend in Frankfurt eingetroffen, war natürlich auf der Höhe der Veranstaltung. Einen Tag vorher gab es schon eine Sitzung zur Problematik. Ich unterstelle, dass ihm durch die BaFin alle erforderlichen Erkenntnisse vermittelt worden sind. In den Gesprächen habe ich nicht den Eindruck gewonnen zu irgendeinem Zeitpunkt, dass er in der Sachkompetenz nicht auf der Höhe der Veranstaltung war.

Das, was uns missfallen hat, war die absolute Härte, mit der zunächst hier durch das Bundesfinanzministerium die Banken eher ultimativ aufgefordert wurden, dieses Thema unter sich zu regeln, was wir, wenn Sie so wollen, natürlich gerne getan hätten. Aber wir glaubten einfach, dass dies nicht verkraftbar sei. Damit haben wir uns natürlich relativ lange und relativ strittig und auch nicht immer mit freundlichen Worten befasst.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Die 8,5 Milliarden waren für Sie also, wie ich das eben gesehen habe, die Schmerzgrenze oder jenseits der Schmerzgrenze?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich empfand es als jenseits der Schmerzgrenze, eindeutig.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke schön. - Hätte man noch mehr durchsetzen können oder sollen aus Sicht der Bundesregierung, meinerwegen Staatsbeteiligungen an Unternehmen, die nun durch die Garantien auch in eine etwas bessere wirtschaftliche Situation gesetzt wurden?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Herr Vorsitzender, zu diesem damaligen Zeitpunkt wäre

mir der Wunsch nach einer Staatsbeteiligung nicht als logische Konsequenz erschienen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann danke ich Ihnen. - Dann noch eine Frage. Das Rettungspaket, über das mehrfach schon gesprochen worden ist, musste eine Woche später noch einmal erhöht werden.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ist Ihnen noch erinnerlich, was die Beweggründe, was die Umstände dieser Erhöhung des Rettungspaketes waren?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich habe eben schon angedeutet, Herr Vorsitzender, dass wir schon in dieser Runde verärgert darüber waren, dass die Zahlen einem ständigen Wandel unterlagen und dass an sich zu jeder Sitzung, ganz egal, wie viel zeitlicher Abstand zwischen der vorherigen und der entscheidenden war, die HRE immer wieder mit neuen Zahlen und Erkenntnissen kam. Hinzu kam, dass ein Prüfungsteam der Deutschen Bank, verstärkt durch Mitarbeiter der Commerzbank, soweit ich weiß, im Unternehmen war und natürlich auch eigene Erkenntnisse transportierte.

Die Erhöhung, um Ihre Frage präzise zu beantworten, ist darauf zurückzuführen, dass also die Liquiditätsbedürfnisse mal wieder gestiegen waren, weil überraschenderweise, zumindest aus der Sicht des Vorstandes der HRE, bei der Refinanzierung dann doch Probleme auftraten, die man vorher so nicht gesehen hat.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann danke ich Ihnen. - Ich habe keine weiteren Fragen mehr an Sie, Herr Müller, und übergebe an Herrn Dr. Wissing von der FDP-Fraktion.

Dr. Volker Wissing (FDP): Besten Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Müller, Herr Ackermann antwortete auf die Frage des Kollegen Spiller, ob es gut gewesen wäre, wenn die Bundesregierung ein Rettungsszenario durchgespielt hätte:

Die Schweiz hat in hohem Maße solche Übungen durchgeführt ... Ich finde, das ist ein wichtiger Ansatz.

Das steht im Protokoll vom 28.07.2009, Seite 117.

Schließen Sie sich der Auffassung von Herrn Dr. Ackermann an, dass es sinnvoll gewesen wäre, Rettungsszenarien vor dem Rettungswochenende durchzuspielen?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Herr Wissing, es ist immer sinnvoll, sich auf irgendwelche Krisensituationen mit Szenarien einzustellen. Insofern würde ich die Frage mit Ja beantworten.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wissen Sie etwas darüber, dass in anderen Ländern solche Risikotests durchgeführt worden sind?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Mir war es aus der Schweiz bekannt. Ich habe das bei anderen Ländern unterstellt. Aber wie wir am Beispiel der Vereinigten Staaten gesehen haben: Falls die Risikoszenarien durchgespielt haben, haben sie wohl alle nicht funktioniert. Aber ich weiß es konkret nur von der Schweiz, dass es dort solche Szenarien gibt.

Dr. Volker Wissing (FDP): War Ihnen bekannt, dass die Bundesrepublik, die Bundesregierung, die Bankenaufsicht bei uns solche Risikoszenarien nicht durchspielt?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Nein, war mir nicht bekannt.

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Müller, welchen Anteil trägt der Bundesverband deutscher Banken bzw. seine Mitglieder an der gesicherten Liquiditätslinie, die der Hypo Real Estate zur Verfügung gestellt wird?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Das kann ich jetzt ohne Zugriff auf Unterlagen, die ich jetzt nicht dabei habe - - Wir haben, glaube ich, auch protokollarisch festgelegt, mitgeteilt, wie die Konsortien - - Was ich Ihnen aus dem Kopf sagen kann, ist: 5 Milliarden war die Quote der Deutschen Bank, und die Dresdner und die Commerzbank zusammengefasst ebenfalls 5 Milliarden, dann, glaube ich, 1,5 Milliarden die HypoVereinsbank. Das waren die großen Häuser. Ich müsste gegebenenfalls, Herr Dr. Wissing, nachlegen. Aber, soweit ich weiß, ist das protokollarisch festgehalten. Aber, wie gesagt, wenn Sie es präzise wissen möchten, müsste ich es nachliefern.

Dr. Volker Wissing (FDP): Welchen Anteil trägt denn der Bundesverband deutscher Banken bzw. seine Mitglieder an der Rückgarantie mit dem Gesamtvolumen von 8,5 Milliarden?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Davon haben wir 4,5 Milliarden.

Dr. Volker Wissing (FDP): Das heißt, es ist also kein Sprung auf 8,5 Milliarden für die privaten Banken, sondern auf 4,5 Milliarden. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Das haben Sie richtig verstanden.

Dr. Volker Wissing (FDP): Welchen Anteil tragen die Sparkassen, Landesbanken und Förderbanken an der Rückgarantie?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Da müsste ich wieder auf die Unterlagen zurückgreifen, Herr Dr. Wissing. Aber auch das ist alles in den Unterlagen, die der BaFin etc. vorliegen, genau spezifiziert.

Dr. Volker Wissing (FDP): Können Sie ausschließen, dass es etwa 30 Prozent sind?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich kann das nicht ausschließen, weil ich mich an die Zahlen nicht konkret erinnere; aber es erscheint mir eher niedrig.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wurde die Bankenaufsicht durch den Bundesverband deutscher Banken regelmäßig darüber informiert, wie hoch das Gesamtrisiko der gesicherten Einlagen, Schuldverschreibungen usw. für den Bundesverband deutscher Banken ist?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Also, es gibt seitens des Bundesverbandes deutscher Banken keine mir bekannte monatliche Meldung, wie hoch das geschützte Anlagenvolumen ist. Aber ich bin sicher, dass es zwischen der Einlagensicherung und der BaFin darüber einen regelmäßigen, von mir jetzt zeitlich nicht genau erfassbaren Austausch gab.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wurde dieser Austausch durch den Ausbruch der Finanz-

marktkrise, die ihren Ursprung in den USA genommen hat, verschärft, verstärkt?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Davon gehe ich sehr verbindlich aus.

Dr. Volker Wissing (FDP): Das heißt, Sie gehen davon aus, Sie wissen es aber nicht?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich kann es nicht präzise sagen, weil das die Einlagensicherung direkt in Kontakt mit der BaFin macht und das nicht über den Bundesverband deutscher Banken geleistet wird. Im wechselseitigen Einvernehmen steht fest, dass der Prüfungsverband und die Einlagensicherung einen direkten Kontakt in ihrer Geschäftsführung zur BaFin unterhalten.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wie viel war denn im Einlagensicherungsfonds zum Zeitpunkt des ersten Rettungswochenendes vom 26. bis 28. September 2008?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Das kann ich Ihnen, Herr Dr. Wissing, beim besten Willen jetzt nicht mehr sagen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Herr Ackermann erklärte uns, bei der systemrelevanten Hypo Real Estate hätte es eine Lösung ohne den Staat nicht gegeben. Herr Sanio wies auf die G-7-Erklärung vom 22. September hin, wonach man kein systemrelevantes Institut mehr fallen lassen wollte. Inwiefern ist denn eine Lösung ohne den Staat bei der Schiefelage von großen, systemrelevanten Finanzinstituten heute überhaupt noch möglich?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Also, bei der Größenordnung der Hypo Real, um es am konkreten Beispiel zu orientieren, stand fest, dass das von der privaten Wirtschaft nicht gestemmt werden kann. Die Bank hat eine Bilanzsumme von, glaube ich, circa 400 Milliarden - eindeutig zu groß. Nachdem für uns alle überraschenden Konkurs von Lehman waren die Märkte in einem Zustand nahezu panikartiger Aktionen. Zu diesem Zeitpunkt war der Kreis der systemrelevanten Banken wahrscheinlich ein bisschen größer, als er es vorher gewesen war.

Zur Systemrelevanz, Herr Dr. Wissing, zählt natürlich der Grad der Vernetzung einer Institution. Wenn Sie eine Institution haben, die 95 Prozent ihres Geschäftes nur im In-

land tätig, haben Sie eine andere Situation, als wenn Sie eine globale Vernetzung bei einer solchen Institution zu verzeichnen haben. Bei der HRE war von einer solchen globalen Vernetzung in der Tat deshalb auszugehen, weil sie ihre Pfandbriefe weltweit vertrieben hat und auch mit vielen internationalen Institutionen in direkter Zusammenarbeit stand, unter anderem auch mit vielen internationalen Zentralbanken.

Die Frage der Systemrelevanz an irgendeinem Pegel festzumachen, ist mir nicht möglich, weil ich in der Tat nicht genau weiß, an welcher Stelle man jetzt sagen sollte: Ab hier ist Systemrelevanz gegeben, darunter ist sie nicht gegeben. - Aber ich würde auf zwei Dinge hinweisen: Es ist nicht nur eine Frage der abstrakten Größenordnung, sondern auch eine Frage der grenzüberschreitenden Vernetzung.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ab welchem Zeitpunkt gingen Sie davon aus, dass die Hypo Real Estate eine systemrelevante Bank ist?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Das war mir im Grunde genommen nach dem Rettungspaket I ziemlich deutlich.

Dr. Volker Wissing (FDP): Vorher nicht?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich habe mir über die Frage, ob sie systemrelevant sei, vorher keine Gedanken gemacht. Die Tatsache, dass die Hypo Real Estate ein bedeutender Emittent von Pfandbriefen war, machte sie alleine zu einem wichtigen Partner, der eine Systemrelevanz allein aus dieser Emissionstätigkeit heraus genoss. Sie wissen ja, dass der Pfandbrief eines der wenigen deutschen Instrumente ist, das internationale Geltung erreicht hat. Eine Gefährdung des Pfandbriefes hätte natürlich automatisch dann übergreifende Effekte auf den gesamten deutschen Pfandbriefmarkt gehabt. Insofern würde ich sagen: Doch, die Hypo Real Estate war allein aufgrund ihrer sehr, sehr hohen Emissionstätigkeit als systemrelevant einzustufen. Aber ein weiteres Element, um Ihre Frage objektiv und von der Hypo Real getrennt zu beantworten, ist sicherlich die internationale Vernetzung.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich danke Ihnen, Herr Wissing. Hat auch kein anderes Mitglied Ihrer Fraktion Fragen, Herr Wissing?

(Dr. Volker Wissing (FDP): Nein!)

- Okay. - Ich danke Ihnen und übergebe dann an die CDU/CSU-Fraktion. Herr Dautzenberg.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Müller, Sie betonten in Bezug auf das Rettungswochenende, als Herr Asmussen dazukam, dass er über die BaFin voll Kenntnis über die Situation zur HRE hatte. Wie erklären Sie sich dann die Differenzen und die unterschiedlichen Einschätzungen zum Liquiditätserfordernis?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich weiß nicht, ob die Einschätzungen zwischen BaFin und dem Bundesministerium für Finanzen unterschiedlich waren, was man sich nicht richtig vorstellen kann, weil die Informationen hier wahrscheinlich aus einer Quelle kommen. Das, was uns immer wieder bei unterschiedlichen Liquiditätserkenntnissen überrascht hat, waren die sich ständig ändernden Zahlen der HRE - ein für uns Banker kaum vorstellbarer Umstand, dass die Kerle nicht genau wussten, wo sie wirklich standen. Das ist das, was uns irritiert hat in dieser Situation.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Und wie erklären Sie sich, Herr Müller, dass die Aufsicht selber nicht mehr imstande war, die Liquiditätserfordernisse zum Rettungswochenende hin zu quantifizieren und deshalb ein privates Prüferteam - - und endgültig das Liquiditätserfordernis dargestellt hat?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Herr Dautzenberg, das muss ich korrigieren. Das war nicht ganz so. Ich bitte, noch mal daran zu erinnern, dass der Herr Funke mich angerufen hat und gesagt hat: Ich habe ein Liquiditätserfordernis. Wenn mir ein paar Banken helfen würden oder ein Konsortialkredit zustande käme, ließe sich das gut überbrücken. Wir sind weiter profitabel. Wir haben hinreichende Sicherheiten. - Das waren die beiden Kernaussagen. Von Sanierungsfähigkeit war gar nicht die Rede. - Wir haben ein kleines Liquiditätsproblem aufgrund der Verwerfungen der Märkte nach Lehman. Das

wird sich ja alles wieder beruhigen. Wir haben, ich glaube, 42 Milliarden an Sicherheiten, und die müssten ja wohl ausreichen, um eine Liquiditätsüberbrückung von 15 Milliarden darstellen zu können. - Das war die Basis, mit der reingetreten war.

Dann hatten sich Herr Ackermann und Herr Blessing darauf verständigt, dass die Banken ein Team hineinschicken, das primär von der Deutschen Bank und, ich glaube, mit zwei Mitarbeitern der Commerzbank besetzt war, um dort vor Ort zu prüfen. Auf diese Prüfungserkenntnisse ist nach meinem Kenntnisstand - - Die hat sich die BaFin zu eigen gemacht, was für mich ein logischer Umstand war, sodass wir dann auf der Basis dieser Ergebnisse weiter beraten haben. Es war aber nicht so, dass die BaFin nicht in der Lage gewesen wäre, eine WP-Gesellschaft zu beauftragen, die Prüfungen zu machen. Es war nur einfach so, dass Deutsche und Dresdner Bank, Entschuldigung, Deutsche und Commerzbank mit ihren Männern und Frauen bereits vor Ort in der Prüfung - -

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wir haben ja zwei Tatbestände. Einmal war ein Team unterwegs, was die Werthaltigkeit der Sicherheiten der 42,5 Milliarden anbelangte. Danach ja noch mal zum ersten und zweiten Rettungswochenende, wo das Liquiditätserfordernis auf einmal ja auf 50 Milliarden beziffert wurde.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ja.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Darum meine Frage, wie Sie sich das erklären, dass darüber auch im Grunde die Aufsicht keine Kenntnis hatte.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Nach meinem besten Wissen, nach meiner Erinnerung war zu diesem Zeitpunkt - - Immer wieder mussten wir uns auf Aussagen stützen, die uns das Finanzwesen der Hypo Real, der Hypo Real Estate zur Verfügung stellte. Das war ein an sich bewegendes Ziel. Quasi innerhalb weniger Tage stiegen die Liquiditätsbedürfnisse des Hauses so stark, dass ja innerhalb von Tagen ein zweites Paket geschnürt werden musste.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Mit der Übernahme der DEPFA plc - so hat es Herr Sanio in seiner Vernehmung ausgedrückt -

sei die HRE in der Falle gewesen. Welche Kenntnis haben Sie für Ihren Verband, den Sie repräsentierten, was man unternommen hat - auch als Verband -, um die HRE aus dieser Falle zu befreien?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich hätte die Formulierung so nicht gewählt, weil ich keine Basis dafür gehabt hätte. Die DEPFA galt als ein besonders solides Institut, das sich primär im Staatsanleihengeschäft tummelte und von dem zumindest ich damals nicht wusste, dass es primär kurzfristig finanziert war und dadurch die Probleme auslöste. Ich verstehe die Bemerkung von Herrn Sanio auch so, dass die Problematik der DEPFA nicht in der Qualität des Portfolios gelegen hat, das sicherlich aus der damaligen Sicht als gut zu empfinden war, sondern darin, dass die DEPFA offensichtlich sehr kurzfristig refinanziert war. Das heißt, die Refinanzierung passte nicht zu den erworbenen Wertpapieren.

Das ist nach meinem Dafürhalten - besser kann ich es nicht sagen, Herr Dautzenberg - die Falle - wenn Herr Sanio das so formuliert hat -, von der er da hat sprechen können. Dadurch ergaben sich immer wieder, und zwar sehr kurzfristig aufeinander folgend, Refinanzierungsprobleme bei der HRE. Das hat mir Herr Funke in unserem Telefonat auch so geschildert: Man sei ein bisschen kurzfristig refinanziert. Das würde man jetzt ändern. Man würde wieder emittieren. Man sei ja profitabel. Man habe genug Sicherheiten. - Die ersten Gespräche, Herr Dautzenberg, wirkten vergleichsweise zu den späteren Erkenntnissen eher harmlos.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Gut. Aber Sie haben um BdB den Prüfungsverband. Hat der Prüfungsverband, bereits schon durch Bear Stearns, nicht selber Erkenntnisse gehabt, dass dieses Geschäftsmodell höchst gefährdet ist?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Der Prüfungsverband hat mit Sicherheit von der sehr kurzfristigen Finanzierung bei der DEPFA nicht gewusst; denn die DEPFA, als irisches Haus, unterlag auch nicht dem Zugriff - so darf ich mal sagen -, dem Einblick des Prüfungsverbandes. Insofern schließe ich aus, dass der Prüfungsverband davon Kenntnis gehabt haben kann.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wir haben momentan keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann danke ich Ihnen und übergebe an die Fraktion Die Linke. Herr Troost.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Danke schön. - Würden Sie mir zustimmen, wenn man insgesamt sagen kann: Durch die Rettung der HRE sind auch die deutschen Banken gerettet worden?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Dr. Troost, ein Konkurs der HRE hätte das deutsche Banken- und Versicherungswesen massiv getroffen. Insofern beantworte ich Ihre Frage mit Ja.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Zumindest der deutsche Teil der HRE war ja Mitglied in Ihrem Verband.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ja.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Genaue Informationen über die einzelnen Banken haben Sie aber in Ihrem Verband nicht?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich bitte zu unterscheiden zwischen dem Verband und dem Prüfungsverband und der Einlagensicherung. Der Prüfungsverband und die Einlagensicherung sind gehalten, ihre Erkenntnisse direkt mit dem Unternehmen zu besprechen und nicht - gegebenenfalls auch mit der BaFin - dem Vorstand des Bundesverbandes mitzuteilen. Das hat Konkurrenzgründe. Insofern hat der Vorstand des Bundesverbandes deutscher Banken nicht etwa einen laufenden Zugriff darauf, wie es gerade geschäftlich bei dem einen oder anderen der 200 Mitgliedsunternehmen geht.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wobei die HRE ja schon zu den Großen gehört; sonst würde man nicht von systemrelevanter Bank sprechen.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Herr Dr. Troost, es geht mir jetzt nicht um die Größenordnung, sondern um die Vertraulichkeit des geschäftlichen Charakters eines jeden Mitglieds.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Haben Sie als Verband mal, zumindest in den Tagen, durchgespielt, was für Ihre Mitgliedsunternehmen eine Insolvenz der HRE bedeutet hätte?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Das konnte ich nicht mitteilen, weil ich das Engagement der 200 plus Mitgliedsbanken der HRE gegenüber natürlich nicht kannte.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber darüber ist auch nie diskutiert worden bei denjenigen, also zum Beispiel im Vorstand, die jetzt an dem Rettungspaket schnüren, beteiligt waren?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Nein, wir hätten dafür unter allen Mitgliedern eine Erhebung machen müssen, in welcher Höhe sie bei der HRE engagiert und involviert waren. Dazu ist es gar nicht mehr gekommen. Das ging ja plötzlich von Meeting zu Meeting und von Krise zu Krise.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber es ist doch richtig, wenn Sie sagen: Die 8,5 war das allerhöchste der Gefühle? - Es hätte ja sein können, dass im Falle einer Insolvenz die Verluste noch viel größer gewesen wären.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Das ist ja das, was wir nicht ausschließen konnten. Bei den 8,5 Milliarden geht es auch nicht so sehr darum, Herr Dr. Troost, ob das angemessen oder nicht angemessen ist, sondern um die Tragfähigkeit dessen, was Sie noch leisten können. Es ist ja nicht damit gedient, dass Sie, wenn Sie einen kranken Patienten haben, den aus Loyalität anstecken, damit auch die gesunden dann alle daniederliegen, sondern es ging darum, das deutsche Bankwesen überlebensfähig zu halten.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, aber dann ist, wie schon gesagt, ein Engagement in die Rettung durchaus im großen Eigeninteresse - darauf will ich ja nur hinaus -, weil man sonst im Falle einer Insolvenz unmittelbar von den Folgen betroffen ist.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich hatte gedacht, ich hätte das eben so bestätigt. Dann tue ich das jetzt.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Sie hatten eben auf die Frage von Herrn Wissing beim Einlagensicherungsfonds gesagt, die Zahlen hätten Sie jetzt so nicht parat, wie der Stand da war. Könnten Sie das denn noch mal nachreichen, weil ja auch da die Frage ist: Was hätte dann an Nachschusspflicht - - Was wäre auf die einzelnen Institute zugekommen?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Herr Vorsitzender, soweit sich das mit Vertraulichkeitsregeln vereinbaren lässt. Das würde ich gerne prüfen, bevor ich antworte. Ich bitte um Nachsicht.

(Nina Hauer (SPD): Die Unterlagen liegen doch vor!)

- Ich weiß nicht, was Ihnen vorliegt. Ich verweigere die Auskunft nicht, sondern ich sage nur: Gestatten Sie mir bitte, es zu prüfen, weil das eben Informationen sind, die auch Dritte betreffen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Können Sie aus Ihrer Sicht noch einmal darstellen - Sie sagten, die HRE oder der HRE-Vorstand kam immer wieder mit neuen Zahlen im Laufe des Prozesses -, wie sich diese Zahlen entwickelt haben, aus Ihrer Sicht, was Sie sozusagen mitbekommen haben von der Diskussion?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Es begann damit, dass irgendwann, als wir uns auf die 15 Milliarden eingestellt hatten, das Prüfungsteam sagte: Das reicht überhaupt nicht. Wir sollten uns auf höhere Beträge einstellen. - Dann erging natürlich der Auftrag: Stell doch mal fest: Wie hoch könnte das denn werden, und wie weit würden denn die noch vorhandenen Sicherheiten tragfähig sein? Bei den 42 Milliarden, die gegenüber 15 Milliarden wie eine sehr ordentliche Sicherheitendecke wirken - an sich eine überhöhte Sicherheitendecke -, stellte sich dann sehr schnell raus, dass in dem Portfolio von 42 Milliarden vieles war, was man schwerlich als Sicherheit hätte akzeptieren können, sodass aus den Teams heraus - das Team sprach ja auch immer wieder mit dem Vorstand der HRE, um Zahlen zu verifizieren - sich die Zahlen langsam, aber sicher erhöhten, bis wir dann schließlich bei den Ihnen bekannten größeren Rahmenbeträgen waren. Es ging wirklich - - Im Verlaufe letztlich

einer Woche kam ja diese Steigerung zustande.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber es hat sich auf der anderen Seite auch rausgestellt, dass die Werthaltigkeit der sogenannten 42 Milliarden dann doch eben viel höher war, als das zunächst im ersten Rettungswochenende angenommen worden war.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich denke nicht, dass die Werthaltigkeit der 42 Milliarden höher war, als wir es angenommen haben.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Weil Sie ja immer - - Die Frage ist: Ist das sozusagen ein riskantes Geschäft gewesen, in das man investiert hat, oder war nicht auch schon am ersten Wochenende durch diese Sicherheiten im Prinzip die Kreditmasse gut abgesichert?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Herr Dr. Troost, wir wären alle dankbar gewesen, wenn wir diesen Kredit nicht hätten machen müssen. Insofern: Da war die Schlange der Drängelnden sehr überschaubar.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Gut. Aber im Nachhinein ist es eben doch ein durchaus sehr ertragreiches Geschäft gewesen.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Herr Troost, wenn man dann im Nachhinein feststellt, man ist nicht auf die Nase gefallen, freut man sich. Aber zum Zeitpunkt, zu dem die Entscheidungen zu treffen waren, war sehr eindeutig, dass hier die Branche aufgerufen war, jetzt anzutreten, aber im Grunde genommen jeder sich nur in die Pflicht genommen sah. Deshalb haben wir auch gesagt: Wir nehmen drei oder vier große Banken und fragen gar nicht im größeren Mitgliederkreis, weil das nur ein Gezeter gibt und sich dann Mitgliedsbanken einfach verschließen. - Im Nachhinein ist es insofern ein Geschäft, als es ein vermiedener Ausfall ist, ja.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das kommt dazu - bei jeder einzelnen Bank zumindest -, weil sie sich, wenn Sie das als Verband nicht gemacht haben, sicher fragen musste: Was verliere ich sozusagen im Falle einer Insolvenz, und was gebe ich jetzt an Kredit?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Das ist korrekt.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Der ist dann aber eben auch verzinst.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ja.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Haben Sie denn überhaupt mal im Bundesverband so eine Situation durchgespielt, dass eben auch Deutschland oder einzelne Institute von der Finanzkrise massiv betroffen sein könnten?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Wir haben natürlich schon, ausgelöst durch die Krise bei der HRE, darüber diskutiert, was im Einzelnen alles passieren könnte. Wir haben natürlich in den einzelnen Häusern Teams zusammengehabt, die darüber nachgedacht haben: Was wird eigentlich morgen passieren? Auch die Verhandlungen im Hause der BaFin wegen HRE sahen ja zweimal so aus, als wären sie gescheitert.

Zu diesen Zeitpunkten muss natürlich der Plan B, der Plan C aktiviert werden. Man muss sich dann fragen: Was heißt das im Einzelnen an Konsequenzen? Ich denke mal, dass wir uns alle wahrscheinlich in Alpträumen nicht so richtig vorstellen konnten, was passiert wäre. Denn die Relevanz der HRE wäre nach meinem besten Dafürhalten - das ist eine subjektive Einschätzung - höher gewesen als die von Lehman, weil die HRE als Pfandbriefemittent eine völlig andere globale Bedeutung hatte, als das in diesem Zusammenhang für Lehman gegolten hätte.

Ich glaube, dass das automatisch nicht nur die engagierten deutschen Häuser, seien es Sparkassen, Landesbanken, Volksbanken und deren Zentralen und natürlich die privaten Banken - - Sondern das hätte nach meinem Dafürhalten zu einer Art Tsunami geführt. Das wäre über uns weggerollt. Man versucht so gut wie möglich, sich darauf einzustellen. Man prüft zunächst: „Wie ist die Liquidität im eigenen Haus gesichert?“, um zu sagen: Welche Effekte könnte das haben?

Nach meinem Dafürhalten hätte ein Zusammenbruch von der HRE - die privaten Banken hätten ihn nicht aufgehalten können, verbindlich nicht aufhalten können - wahrscheinlich zu einem Zusammenbruch der europäischen Märkte mit entsprechenden Konsequenzen für die globale Landschaft geführt. Das ist eine subjektive Einschätzung.

zung, Herr Dr. Troost, aber so gut, wie ich sie vornehmen kann.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Okay.

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Vielen herzlichen Dank. - Das Fragerecht liegt nunmehr bei der SPD-Fraktion. Ich erteile das Wort der Kollegin Nina Hauer.

Nina Hauer (SPD): Herr Müller, haben Sie und die anderen Bankenvertreter Herrn Steinbrück und Frau Merkel über den Tisch gezogen bei dem ersten Rettungswochenende?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Frau Hauer, wenn es mir nicht gelungen ist, das deutlich zu machen, dann muss ich das jetzt noch mal tun: Wir haben die Haltung der Bundesregierung, wenn ich es mal so sagen darf, als knüppelhart empfunden und für uns an der Grenze des wirklich Erträglichen und noch Machbaren. Ich bitte einfach um Verständnis dafür, dass ich noch mal sage: Wir hätten 17 Milliarden nicht stemmen können. Ich war mir nicht ganz sicher, was wir mit 8,5 Milliarden gemacht hätten. Das war einfach - - Das war wirklich, wenn nicht jenseits der Grenze, im Minimum grenzwertig. Es war Schluss.

Ich habe auch für den Bankenverband nachts erklärt: Wenn jetzt noch mal aufgemacht wird über 8,5, dann werde ich dem Vorstand des Bundesverbandes sagen: Das ist nicht mehr zu verantworten. - Wir waren auch hier im eigenen Kreis in einer durchaus sehr angespannten Situation, weil wir ja ohne Mandat über solche Beträge verhandelten. Habe ich die Frage, ob wir glaubten, wir hätten jemanden über den Tisch gezogen, angemessen beantwortet?

Nina Hauer (SPD): Herr Müller, es kursieren ja allerhand Vorwürfe. Hätten Sie denn noch mehr bezahlt, wenn Herr Asmussen einen Anwalt dabeigehabt hätte?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Bitte?

Nina Hauer (SPD): Hätten Sie noch mehr bezahlt, wenn Herr Asmussen einen Anwalt dabeigehabt hätte?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Frau Hauer, verbindlich nicht.

Nina Hauer (SPD): Sie haben vorhin geschildert - - Wir haben vorhin darüber gesprochen, wie in anderen Staaten simuliert wurde oder Krisenszenarien gespielt worden wären. Wenn Sie ein Krisenszenario hätten durchspielen müssen als deutsche Banken, wären Sie da auf die Idee gekommen, dass die amerikanische Regierung eine Bank von der Größe von Lehman pleitegehen lässt?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Nein, auf die Idee wären wir natürlich nicht gekommen. Die amerikanische Regierung hat ja auch im Anschluss an ihre eigene Entscheidung erkennen lassen, dass sie diese Entscheidung sicherlich so kein zweites Mal treffen würde. Insofern muss ich mich gar nicht auf Vorwürfe meinerseits an die amerikanische Regierung verlassen, sondern kann darauf hinweisen, dass die eigenen Erkenntnisse in Washington ja schon dazu geführt haben.

Was die Stressszenarien angeht: Ich weiß von Stressszenarien aus der Schweiz, die ich inhaltlich nicht kenne. Hätten wir Stressszenarien in Deutschland gehabt bei der Aufsicht - was ich nicht weiß -, dann hätten sie diesen Fall mit Sicherheit nicht eingeschlossen. Ich glaube, dass das Dimensionen hatte, die über den normalen Verlauf von Stressszenarien hinausgehen.

Nina Hauer (SPD): Haben Sie denn in Ihrer Eigenschaft als Verbandspräsident der Bundesregierung vorgeschlagen, gemeinsame Szenarien durchzuspielen?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Wir haben, soweit ich mich erinnere, im Frühsommer des Jahres 2008 angeregt, nicht nur auf der deutschen, sondern auch auf der europäischen Basis - da gab es auch mal eine Runde bei der Europäischen Zentralbank - nach Möglichkeit auf europäischer Basis Stressszenarien auszutauschen, weil wir gesagt haben: Die nationalen Stressszenarien werden bei den international aktiven Banken allemal nicht reichen. Also, die Anregung, sich einmal in Stressszenarien zu bewegen, ganz egal, ob sie dann den wirklichen Stressfall auch abbilden - das weiß man immer erst im Nachhinein -, hat es gegeben; ich sage mal aus meiner Sicht: spätestens Anfang/Mitte 2008. Aber sie waren eindeutig von der nationalen Dimension auf eine zumindest europäische Dimension gehoben.

Nina Hauer (SPD): Wenn wir mal auf der internationalen Ebene bleiben: Gibt es denn ein vergleichbares Rettungspaket, wo die Beteiligung der privaten Wirtschaft so hoch war wie in Deutschland, in anderen europäischen Ländern oder in Amerika?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Die Frage kann ich nicht beantworten, Frau Hauer. Ich weiß es nicht.

Nina Hauer (SPD): Wenn Sie sich an das erste Rettungswochenende zurückerinnern und sich dann an die Entwicklung der Zahlen von der HRE erinnern: Haben Sie da gedacht, dass Ihre eigenen Prüfer vom Prüfungsverband deutscher Banken diese Zahlen hätten kennen müssen? Hätten die die kennen können?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Frau Hauer, sie hätten die Zahlen, die die DEPFA aus Irland einbrachte - das war ja ein ganz wesentlicher Teil -, überhaupt nicht sehen können, weil die DEPFA in Irland diesem Prüfungsverband nicht angehörte und folglich auch keinerlei Verpflichtung unterlag, die Bücher ihnen gegenüber zu öffnen.

Der zweite Punkt ist: Die Probleme mit der Liquidität kamen primär nach meinem Kenntnisstand aus dem DEPFA-Buch und nicht primär aus dem Buch der alten HRE, wenn ich das mal so formulieren darf. Ich weiß aus dem Kopf heraus nicht genau, wann die letzte Prüfung des Prüfungsverbandes bei der HRE alt sozusagen, also vor DEPFA, stattgefunden hat; aber wenn es dort eine alarmierende Entwicklung gegeben hätte, dann hätte ich als Präsident des Bundesverbandes informiert werden müssen. Da gibt es eine mit der Bundesregierung abgestimmte Eskalationsklausel, wer dann wie informiert werden muss. Eine solche Information hat es nicht gegeben. Deshalb möchte ich rückschließen, dass zumindest bei der letzten Prüfung der Hypo Real alt, also vor Kauf der DEPFA, keine Alarmsignale gegeben waren.

Nina Hauer (SPD): Als Sie dann gesehen haben, dass sich zwischen dem ersten und dem zweiten Wochenende die Zahlen noch einmal verändern, waren Sie da ärgerlich auf den eigenen Prüfungsverband?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Frau Hauer, es ist wichtig, dass Sie wissen, dass der eigene Prüfungsverband die HRE, so wie sie uns dann in Probleme gefahren hat, ja nie hat prüfen können, weil - noch mal -: Bei der DEPFA handelt es sich um eine irische Bank. Dieser Teil, etwa die Hälfte der HRE, ist nie geprüft worden und konnte auch nicht geprüft werden. Insofern waren wir primär ärgerlich, weil der Vorstand der Bank nicht in der Lage war, uns belastbares Material vorzulegen. Das ist ja zunächst mal seine Aufgabe; Entschuldigung, dafür ist er ja da.

Nina Hauer (SPD): Wie ist denn dann die Beteiligung der privaten Banken am zweiten Wochenende noch verändert worden? Können Sie das noch mal kurz darstellen?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Am zweiten Wochenende ging es ja darum, dass Liquidität gestellt werden musste. Der Liquiditätsbedarf war ja zwischenzeitlich auf 50 Milliarden angestiegen. Hier wurde gemeinsam mit der Bundesbank diskutiert, wie dieser Liquiditätsbedarf befriedigt werden konnte, und für diesen Zweck musste dann der Verband ein Konsortium bilden. Ich hatte, glaube ich, eben, als Herr Dr. Wissing danach gefragt hat, schon mal gesagt: Ich habe das Konsortium nicht mehr präzise in Erinnerung, meine aber, dem Ausschuss würden diese Unterlagen vorliegen. Wenn das nicht der Fall ist, würde ich sie nachliefern und um Hinweis bitten. Ich kann das Konsortium nicht mehr genau nennen; aber ich sage Ihnen noch mal - ich erinnere mich daran -: Deutsche Bank 5 Milliarden, Dresdner und Commerzbank je 2,5; also aus der Sicht von Martin Blessing waren das dann auch 5 Milliarden. Und eine kleinere Quote, etwa 1,5 Milliarden, meine ich, hatte die HVB.

Nina Hauer (SPD): So sind dann insgesamt die 15 Milliarden zustande gekommen?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ja.

Nina Hauer (SPD): Waren die noch mal durch eine Bundesgarantie gesichert?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ja.

Nina Hauer (SPD): Durch die am Sicherheitsportfolio?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ja.

Nina Hauer (SPD): Aber nicht durch eine Garantie des Bundes wie beim ersten Wochenende?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Nein. - Oder auf Ihre Frage: Die Antwort ist Ja.

Nina Hauer (SPD): Herr Müller, wir haben in der Öffentlichkeit immer wieder die Frage: Wieso verdienen denn jetzt die Banken an dieser Vereinbarung von den beiden Rettungswochenenden? Können Sie uns das kurz erläutern?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Jetzt mal ungeachtet der Tatsache, dass ich die genauen Konditionen nicht kenne, weil ich in diese Gespräche natürlich nicht mehr eingebunden war, weil das auch keine Sache des Verbandes, sondern eine Sache des Bankenkonsortiums war: In der Sekunde, wo Sie keinen Ausfall haben und der Kredit zinsmäßig bedient wird, verdienen Sie automatisch daran. Das wäre gar nicht zu vermeiden. Das ist auch der Sinn von Kreditgeschäften. Die Margen kann ich im Moment nicht mehr aus dem Kopf nennen, weil ich, wie gesagt, in diese Verhandlungen als Verbandspräsident nicht mehr eingeschaltet war. Aber ich bin einigermaßen sicher, dass das auch Angaben sind, die dem Ministerium vorliegen. Wenn das nicht der Fall sein sollte - aber es ist der Fall -, dann könnten wir die natürlich nachliefern. Also, zwangsläufig darf nicht der Eindruck entstehen, dass wir uns daran dumm und dämlich verdienen. Ich glaube nicht, dass das eine berechtigte Annahme wäre. Aber auf die Frage, die, glaube ich, Herr Dr. Troost gestellt hat: „Verdienen wir daran?“, muss ich wahrheitsgemäß antworten: Ja, das unterstelle ich. Das Ausbleiben des Ausfalls ist ja schon in sich selbst aus unserer Sicht eine positive Entwicklung.

Nina Hauer (SPD): War denn der Grund, warum Sie sich an der Rettung beteiligt haben, dass Sie damit gerechnet haben, Zinsen einzunehmen?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Frau Hauer, ich darf Ihnen versichern, dass wir für den Tag dankbar gewesen wären, an dem wir uns an dieser Aktion nicht hätten beteiligen

müssen. Es gibt Geschäfte, die man am liebsten auch nicht macht.

Nina Hauer (SPD): Wäre es denn rechtlich oder auch ökonomisch denkbar gewesen für die Situation, in der das vereinbart wurde, dass Sie für Ihre Kredite keine Zinsen nehmen?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Das stelle ich mir auch aus Sicht unserer Aktionäre schon natürlich als ein Problem vor, von Anfang an auf Zinsen völlig zu verzichten. Soweit ich weiß, gab es hier nur eine kleine Marge, also nichts Bedeutendes.

Ein völliger Verzicht, ist der theoretisch denkbar? Theoretisch ist er denkbar. Ob dann ein Konsortium so zustande gekommen wäre, wie wir es brauchten, weiß ich nicht, weil das Theater, das wir wegen der 8,5 Milliarden hatten, sich ja anschließend dann unter den Mitgliedsbanken natürlich auch noch mal gezeigt hat. Wir sind da nicht mit Beifallsstürmen empfangen worden.

Nina Hauer (SPD): Hätten Sie Verluste gemacht, wenn Sie keine Zinsen genommen hätten?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ja, zwangsläufig, weil sie natürlich eine Mittelbindung haben, auf die sie keine Einnahmen bekommen.

Nina Hauer (SPD): Und wenn Sie keine Zinsen genommen hätten - Sie haben vorhin gesagt, die Aktionäre -: Ist das denn rechtlich darstellbar für die Gesellschaft, gegenüber den Aktionären, dass Sie Kredite ohne Zinsen vergeben?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Noch mal: Das ist nicht der normale Gegenstand von Bankgeschäften, wie Sie ja auch wissen. Hätte man das tun können? Diese Frage muss ich im Zweifelsfall mit Ja beantworten. Wahrscheinlich wäre es legal gewesen, völlig darauf zu verzichten. Da ich von einer sehr geringen Marge ausgehe, glaube ich, dass wir hier von eher immateriellen Beträgen reden.

Nina Hauer (SPD): Danke schön.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Es fragt nun der Herr Spiller für die SPD-Fraktion.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Müller, darf ich noch mal auf den Prüfungsverband der deutschen Banken zurückkommen? Habe ich Sie richtig verstanden, dass Ihnen als Präsident vor dem September vorigen Jahres aus dem Prüfungsverband keine Hinweise zugegangen sind, dass sich bei der HRE die Lage gefährlich entwickelt?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ihre Feststellung ist richtig. Ja, ich habe keinerlei Hinweise gehabt.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Haben Sie im Nachhinein erfahren, dass der Prüfungsverband ein Gespräch mit dem Vorstand der HRE geführt hat? Hat er seine Erkenntnisse, wenn er welche gehabt hat, als Anlass zu einem, ich sage mal, sorgenvollen Gespräch mit der HRE betrachtet?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Nein. Von einem solchen Gespräch ist mir nichts bekannt im Vorfeld; wir reden immer vom Vorfeld Lehman, sage ich jetzt mal, weil das das Schlüsseldatum ist. Davon ist mir nichts bekannt.

Herr Spiller, um das noch mal präzise zu sagen: Es gibt eine mit der Bundesregierung abgestimmte Maßgabe, zu welchem Zeitpunkt der Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken über die Schieflage einer Bank informiert werden darf. Auch das ist ja eine Frage von Konkurrenzverhalten miteinander. Zu diesem Zeitpunkt ist ganz präzise festgelegt, wer wann wo eingeschaltet werden kann, unter anderem, wer vonseiten der Aufsicht der Bundesbank etc. involviert ist. Von da an wird beschlossen, ob eine größere Aktion erforderlich ist, ob Öffentlichkeit hergestellt werden muss. Das sind ja auch alles Dinge, die der Gesetzgeber geregelt hat. Zunächst mal ging es also darum: Hätte es irgendeine Schieflage respektive eine Erkenntnis darüber gegeben, dann hätte ich informiert werden müssen.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Das heißt, daraus kann man doch wohl schließen: Der Prüfungsverband hatte vor dem September keine Erkenntnisse, die ihn dazu hätten verpflichten müssen, Sie als Präsidenten zu

informieren, dass da sich eine gefährliche Lage entwickelt.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Das ist richtig, Herr Spiller.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ich stelle fest, dass es keine weiteren Fragen der SPD-Fraktion gibt. - Dann übergebe ich an Bündnis 90/Die Grünen. Herr Dr. Schick.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Herr Müller, bei der Frage, wie viel die privaten Banken tragen können, haben Sie da irgendwelche Rückfragen erhalten und dann Belege gegeben, wie hoch die Tragfähigkeit ist?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Wir haben natürlich Vorstellungen, wie hoch die Tragfähigkeit ist und was man an Umlagen von seinen Mitgliedern erheben kann. Aber das sind natürlich keine Informationen, die man in der Öffentlichkeit austragen möchte, weil sie natürlich auch im Konkurrenzumfeld gegen einen genutzt werden können. Außerdem war zu diesem Zeitpunkt die Frage: „Für welche anderen Häuser muss gegebenenfalls diese Einlagensicherung noch mal antreten?“, sodass man natürlich auch hier nicht geneigt ist, sich in einer Art und Weise an einem einzigen Vorgang zu verausgaben, der dann überhaupt nicht mehr zulässt, dass man sich mit weiteren Themen befassen kann. Aber das war, wie gesagt, der entscheidende Punkt. Ihre Frage: „Gibt es eine präzise Erhebung, wo wir gesagt haben, also bei einem Pegel von 3,8, fliegt da was auseinander?“ - nein, das haben wir nicht getan.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Bundesregierung hat auch irgendwelche Nachweise für die Fähigkeit der Banken, hier mitzuwirken, nicht verlangt?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Doch, natürlich hat sie das. Die Bundesregierung hat präzise Erkenntnisse darüber, wie die Einlagensicherung im privaten Bankgewerbe stand, kennt die Regularien, Umlagen, Mitgliedsbeiträge und selbstverständlich - - Also die Bundesregierung in diesem Fall zunächst

mal vertreten durch die BaFin. Natürlich gab es darüber Erkenntnisse.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also die BaFin hatte das, aber nicht die Bundesregierung?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Noch mal: Ich unterstelle zumindest, dass diese Information - ich weiß nicht, ob sie zwischen BaFin - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach den Erkenntnissen dieses Ausschusses dürfen wir nicht unterstellen, dass alle Informationen immer weitergereicht werden.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Gut, dann lassen Sie mich verbindlich sagen, dass ich verbindlich weiß, dass die BaFin die Information hatte.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Es würde dann an dem ersten Rettungswochenende ja vereinbart, dass die Banken 15 Milliarden Liquiditätshilfe liefern. Warum ist das vonseiten der privaten Banken bis zum 13.11. nicht eingehalten worden?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Weil wir Riesentheater im Konsortium hatten, das damals von der Deutschen Bank geführt worden ist, und die privaten Banken, eine Vielzahl von Mitgliedsinstituten sich insbesondere von der Deutschen Bank und der Commerzbank, die ja maßgeblich am Tisch gesessen hatten, hier überfordert fühlten und mit dem von uns erzielten Verhandlungsergebnis nicht besonders glücklich waren.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wären also lieber bereit gewesen, über den Einlagensicherungsfonds 17 Milliarden direkt bereitzustellen?

Zeuge Klaus-Peter Müller: So hat sich die Frage über die Unzufriedenheit der Mitgliedsbanken nicht gestellt. Die waren einfach - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das war doch die Alternative.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Das muss nicht jedem einzelnen Mitglied immer so deutlich sein. Das war natürlich unsere Argumentation, dass das die Alternative dazu gewesen wäre. Es hat richtigen Ärger im Kreis der Mitgliedsbanken gegeben, weil man glaubte, wir hätten die 8,5 Milliarden nicht zugestehen dürfen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die 4,5 Milliarden, wollen Sie sagen.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Richtig.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Ich will einen Themenwechsel machen. Herr Ackermann hat uns auf die Frage des Abgeordneten Troost nach alternativen Rettungswegen, also wenn man früher schon versucht hätte, was zu tun, gesagt, man hätte möglicherweise die Bilanzsumme reduzieren können; das hätte einen Ausweg darstellen können. Hätte denn die Aufsicht so etwas durchsetzen können?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Soweit ich weiß, lag die Bilanzsumme in der Kante von 400 Milliarden. Die Bilanzsumme im Verlaufe des Jahres 2008, wenn sich die Bemerkung des Kollegen darauf bezogen hat, deutlich zurückzufahren, wäre schon damals problematisch gewesen. Ich glaube nicht, dass das eine - - Das hätte das Problem in der Quantität ein Stückchen verringert. Ich glaube nicht, dass das eine Lösung gewesen wäre.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie die Auffassung von Herrn Sanio teilen, dass man die Maßnahmen im KWG - §§ 45, 46, 45 a usw. - gar nicht anwenden kann, weil das das sofortige Ende der Bank bedeutet hätte?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ja, die Auffassung teile ich.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, der Staat hat an der Stelle eigentlich überhaupt kein Instrumentarium, und er wusste das auch?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich glaube, dass die Vorstellungskraft, dass es zu einer solchen Entwicklung kommen würde, bei den meisten von uns diesen Vorgang so nicht

vorhergesehen hat. Aber ganz sicherlich wissen wir alle, dass wir - - Wir haben vielfach darüber diskutiert, wann Systemrelevanz gegeben ist, was „too big to fail“ ist. Wir haben ja auch darüber gesprochen: Darf es den Begriff „too big to fail“ geben, und wann ist „too big“ „too big“? Das sind ja alles Diskussionen, die nicht erst im Laufe des Jahres 2008 geführt worden sind, sondern die wir auch schon vorher geführt haben. Das ist ein Thema, das auch die Verbände durchaus mit Sorge gesehen haben: Was ist denn, wenn eines ihrer ganz großen Mitgliedsinstitute umfällt?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann übergebe ich nunmehr an Herrn Dautzenberg von der CDU/CSU-Fraktion für die zweite Runde.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Müller, Sie haben eben dargelegt - in der Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Bankenverband und der Kreditwirtschaft -, wann der Präsident des Verbandes über bestimmte Schieflagen informiert worden ist und informiert werden soll. Hatten Sie bereits Mitte des Jahres 2008 Erkenntnisse über eine Sonderprüfung bei der HRE?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Nein, hatte ich nicht. Wäre auch sehr ungewöhnlich gewesen, weil das ja keine Sonderprüfung meines Verbandes gewesen wäre, wenn ich das mal so nennen darf, sondern das war eine Sonderprüfung, die aufsichtsrechtlich veranlasst worden ist. Nein, habe ich nicht gewusst.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wie erklären Sie sich, wenn Ihr Prüfungsverband ein Gesamtbild auch zur Risikolage der HRE und zu einem Kreditinstitut abgeben muss, das Ihrem Verband angehört, wenn Sie in einem Bereich, der fast mehr als die Hälfte der Bilanzsumme ausmacht, kein Prüfungsrecht haben?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ja, gut, das ist die Thematik, die wir im vereinigten Europa noch nicht geregelt haben und die noch

nicht angemessen geregelt worden ist, die auch einzelninstitutsmäßig kaum zu bewegen ist. Hier, denke ich, wird es zu gesetzgeberischen Maßnahmen führen, die das verändern müssen. Es kann nicht angehen - - Deshalb reden wir ja von einem sogenannten College of Supervisors, damit diese Prüfungserfordernisse auch grenzüberschreitend besser durchgeführt werden können. Ich denke, Herr Dautzenberg, es ist eines der großen Lehrstücke nicht nur für Deutschland, sondern für Europa bei diesem Thema, dass es nicht angehen kann, dass in der Tat 50 Prozent der Bilanzsumme eines deutschen Hauses quasi der Prüfungsaktivität des eigenen Landes nicht richtig unterliegen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): War Ihnen die besondere Liquiditätssituation - also kritisch - der HRE bereits im Sommer 2008 bekannt?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Nein, Herr Dautzenberg, nein. Es gab auch keine am Markt erkennbaren Anzeichen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Kennen Sie, Herr Müller, eine Bank, die mit dem Geschäftsmodell der DEPFA nachhaltig existieren und Gewinne langfristig generieren kann?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Herr Dautzenberg, das ist aus der heutigen Sicht etwas anders zu beurteilen als aus der damaligen. Die DEPFA hatte ein „AAA“-Rating. Sie hatte das Beste vom Besten in den Büchern, nämlich Staatsanleihen, und sie nutzte ihr überragendes Rating zu einer Zinsarbitrage gegen das Portfolio, das ja nicht geschlossen „AAA“ bewertet war. Darüber hinaus hat man ihr unterstellt, dass sie nicht etwa zu kurzfristig, sondern intelligenter refinanziert sei. Das heißt also, das Geschäftsmodell hat in guten Zeiten erkennbar zu profitablen Geschäft gereicht, und es hat auch so lange gereicht, wie die Margen im Staatshandelsgeschäft oder im Geschäft mit Staatsanleihen entsprechend relativ eng gestellt waren. In dem Moment, wo die Margen quasi auseinandergedrängt worden sind, gab es natürlich Risikenverluste auf das bestehende Portfolio.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Müller, haben Sie Kenntnis davon, dass die HRE Group bzw. ihre Tochtergesellschaften

und andere Banken, denen Liquiditätsprobleme drohten, sich gegenseitig Liquidität zur Verfügung stellten?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Nein, das haben wir nicht gewusst. Das hätte ich aber gerne gewusst, weil das ein Signal gewesen wäre, das besondere Vorsicht ausgelöst hätte.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Können Sie im Nachhinein näher erläutern, ab wann das dann vorzugsweise geschehen ist?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich weiß nicht, wer innerhalb des HRE-Konzerns durch Mittelaufnahme wen finanziert hat. Darüber liegen mir persönlich keine Erkenntnisse vor. Ich sage nur ganz einfach aus ganz normaler - für mich ehemaliger - Vorstandssicht: Wenn ich hören würde, dass ein Institut sich erstens nur sehr kurzfristig finanziert, um damit ein langfristiges Portfolio zu halten, dann ist das für mich kein Ausdruck solider Aktivität; das würde mich bedenklich stimmen. So würde man je nachdem, was man hört über konzerninterne - - Es ist ja nicht jede konzerninterne Finanzierung etwas Illegitimes. Je nachdem, wer da wie was finanziert, wird das einfach eine besondere Aufmerksamkeit erregen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Hat Ihrer Kenntnis nach, wenn das so war, im Grunde diese Praxis das systemische Risiko erhöht?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Das kann ich nicht ausschließen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): In Ergänzung einer Frage, die Herr Kollege Schick schon gestellt hat - es geht ja darum, Konsequenzen aus dem Gesamten zu ziehen -: Haben Bundesbank und BaFin wirklich die notwendigen Instrumente, um ein derartiges Anwachsen von systemischen Risiken im Grunde zu verhindern? Man unterstellte - damals Übernahme der DEPFA -, dass auch eine Aufsicht, wenn systemische Risiken erhöht werden, durchaus Fusionen untersagen kann.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Herr Dautzenberg, aus heutiger Sicht sehe ich das anders - und muss das auch der Ehrlichkeit halber hier so ausführen -, als ich das da-

mals gesehen habe. Ich war damals der Auffassung, dass eine Aufsicht wohl kaum eine solche Transaktion besser beurteilen kann als die damit involvierten Profis. Nachdem ich gesehen habe, was sich der Einzelne so zugemutet hat und wo offensichtlich nicht mit der gebotenen Solidität gearbeitet worden ist, kann ich nur sagen: Im Nachhinein würde ich einer höheren Kompetenz der Bankenaufsicht aufgrund gemachter Erfahrungen zustimmen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Sie haben eben betont, dass es in der Kreditwirtschaft, ich sage mal, Notfallplanungen gab. Welche Notfallplanungen hätten Sie im Grunde von der Aufsicht und auch von der Bundesbank erwartet?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Herr Dautzenberg, ich komme auf das zurück, was ich eben gesagt habe: Wir leben jetzt in einer so globalisierten Welt, dass alles, was Sie national auf die Beine stellen, im Grunde genommen relativ schnell an die Grenze dessen führt, was da sinnvoll ist. Stark international vernetzte Institute lösen, wenn sie in Schwierigkeiten kommen, Konsequenzen aus, die weit über das Nationale hinausgehen und bei denen es in der Tat so sein kann, dass sehr viel mehr im Ausland platziert ist als im Inland. Ich denke mal, das war bei der HRE der Fall. Hier war die Anzahl der ausländischen Gläubiger mit einiger Wahrscheinlichkeit höher als die Anzahl der inländischen Gläubiger.

Insofern ist die Frage der Krisenszenarien für mich eindeutig ein Appell auch an Brüssel: Hier muss im Minimum europäisch gedacht werden. Aus meiner Sicht wäre es dann sinnvoll, bei einer supranationalen Institution mal den Versuch zu starten, zu bündeln, was auf globaler Basis was bedeuten würde. Ich kann mir jetzt schon vorstellen, wie kompliziert es sein wird, das für Europa zu tun, geschweige denn, ein globales Szenario dafür zu finden. Aber ich glaube einfach, dass die nationalen Krisenszenarien - nicht, dass man sie nicht mehr anstellen sollte - nicht mehr reichen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Müller, Sie sprachen eben davon, dass im Nachklang zur sogenannten Bristol-Runde an dem Donnerstag vor dem ersten Rettungswochenende nachher im kleinen Kreis über die HRE informiert wurde. Wer hat von-

seiten des Finanzministeriums und mit welchem Inhalt darüber informiert?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Mit Sicherheit dabei waren der Bundesfinanzminister und Herr Asmussen. Von der Privatbankenseite waren dabei Herr Ackermann, Herr Blessing. Ich bin dabei gewesen. Ich kann jetzt nicht mehr - - Ich bin nicht mehr sicher, ob ich alle Teilnehmer noch zusammenbekomme; aber aus dem Privatbankenbereich war es das. Wie gesagt, der Minister und Herr Asmussen waren dabei. Was wir hier getan haben, ist, dem Minister zu sagen, wir seien in großer Sorge, weil wir glauben würden, dass die Liquiditätsprobleme bei der HRE ernsthafter seien, als wir sie bisher erkannt haben. Wir hatten aber auch zu diesem Zeitpunkt noch keinen Anlass, zu sagen: Hier droht unmittelbare Konkursgefahr oder Ähnliches. Aber es war Anlass - diese Zusammenkunft haben wir ganz bewusst genutzt -, um uns darüber noch mal auszutauschen, darauf hinzuweisen, dass uns hier offenbar ein Problem wächst, wobei ich zu diesem Zeitpunkt die Dimensionen nicht erkannt habe und auch nicht erkennen konnte.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Mit welchem Inhalt wurde dann vonseiten des Finanzministeriums zum Fall HRE informiert, und wurde auch ein Sonderprüfungsbericht mit den Ergebnissen erwähnt?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Der Sonderprüfungsbericht und seine Ergebnisse sind nicht erwähnt worden. Das wäre auch nicht typisch gewesen, sondern auch hier gibt es eine gewisse Vertraulichkeitsregelung, die die Aufsicht gegenüber dem betroffenen Institut hat, das sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht in einer wirklichen Notlage befand. Mir sind auch, Herr Dautzenberg - ich wiederhole das noch mal an dieser Stelle -, in der Eigenschaft als Präsident des Bundesverbandes zu diesem Zeitpunkt noch keine Informationen zugänglich gemacht worden, die über den Inhalt dieser Runde, an der ja mehrere Leute teilgenommen haben, hinausgingen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Müller, ab welchem Zeitpunkt musste an sich auch die Bundesregierung bzw. das zuständige Bundesfinanzministerium die Erkenntnis haben, dass die Rettung der HRE ohne staatliche und damit Hilfe des Steuerzahlers

unmöglich wäre? Weil Sie eben betonten, Herr Asmussen musste im Grunde die Grundlagen kennen. Dann war da ja schon absehbar, dass es ohne staatliche Hilfe nicht ging.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich denke, dass wir beim ersten Rettungspaket - - Das haben Herr Ackermann und ich, aber auch Herr Blessing in der Sitzung deutlich gemacht: Wir können die Beträge, die jetzt in Risiko stehen, als private Wirtschaft nicht mehr aufbringen. Das heißt, im Grunde genommen sind an diesem Samstag/Sonntag die Erkenntnisse darüber, dass es ohne den Staat nicht gehen wird, eindeutig da gewesen. Und auch schon am Samstag in den Konferenzen - ich bin ja nur zugeschaltet gewesen zu Gesprächen der BaFin - ist immer wieder schon deutlich gemacht worden - und, soweit ich weiß, auch in den einzelnen Häusern so festgehalten -, dass wir schon zu diesem Zeitpunkt glaubten: Das nimmt eine Dimension an, die ohne staatliche Hilfe nicht mehr zu bewältigen ist.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Würden Sie damit ausschließen, dass es dann des gemeinsamen Briefes von Herrn Bundesbankpräsident Weber und BaFin-Präsident Sanio so nicht mehr bedurft hätte, sondern die Erkenntnisse schon da sein mussten bei der Regierung?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Herr Dautzenberg, ich kann das beim besten Willen so nicht abschätzen und so nicht beurteilen. Ganz sicherlich haben wir in der Runde - - Übrigens, das ist richtig, Herr Sanio und Herr Weber haben, glaube ich, an der kleinen Runde teilgenommen, also nach der Bristol-Sitzung. Ganz sicherlich haben wir Herrn Sanio und Herrn Weber gegenüber unsere große Sorge darüber geäußert, was passieren könnte, wenn es wirklich bei der HRE zu ernsthaften Problemen käme. Insofern würde ich aus meiner Erinnerung heraus den Brief nicht für überflüssig gehalten haben.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Damit auch noch mal, Herr Müller, deutlich wird, dass das private Bankgewerbe zuerst die Rettung selbst schultern wollte: Welche Alternativen wurden bei Ihnen diskutiert?

Zeuge Klaus-Peter Müller: „Selbst schultern“ hätte bedeutet, Herr Dautzenberg - - Zunächst mal: Es ging um ein Liquiditätsproblem - 42 Milliarden Sicherheit und 15 Milliarden Kredit -: Könnt ihr uns nicht mal über die nächsten drei Monate helfen? Das ist ja noch kein Grund, gleich Raketen in den Himmel zu schicken, sondern da haben wir einfach gesagt: Das muss die private Wirtschaft leisten können. - Das konnte sie auch leisten.

Daran haben wir die ganz natürliche Konsequenz gestellt: Dann zeigt uns mal, was die 42 Milliarden Sicherheit nun wirklich hergeben, was sie sind, und dann wird sich ein Bankenkonsortium finden, das die auch bereitgestellt hätte. - Wie gesagt, von dieser Aktion des guten Willens an - das ist noch alles liquiditätsmäßig machbar - ging es dann ja relativ schnell in ein Szenario, bei dem man sich fragen musste: Wie geht es mit dieser Bank weiter?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Welche Kenntnisse, Herr Müller, haben Sie darüber, dass die BaFin die Höhe des Rettungspaketes in der Presseerklärung am 29.09.2008 gegen 1 Uhr nicht beziffern wollte?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Entschuldigung, Herr Dautzenberg, das habe ich jetzt - -

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Kennen Sie die Motive oder haben Sie Kenntnis darüber, warum die BaFin die Höhe des Rettungsumfangs und des Rettungspaketes in der Presseerklärung am 29.09. nicht nennen wollte?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Also keine präzisen mehr, an die ich mich jetzt erinnern kann, Herr Dautzenberg.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Es gab in einer Aussage - - Oder vorweg noch: Wer hat am Rettungswochenende Ihrer Kenntnis nach von den Rechtsanwältinnen auch Unterstützung und Beratung zum Rettungspaket geliefert?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Also, soweit ich weiß, sind wir an diesem Wochenende nicht mit Anwälten da aufmarschiert.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Ich meine jetzt nicht den Verband und auch nicht das Private, sondern waren generell Anwälte und Kanzleien dort vertreten, die beraten haben?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Wenn sie beraten haben, haben sie nicht mit am Tisch gegessen. Es ist natürlich möglich, dass man sich beraten lässt, ohne dass die entsprechenden Vertreter mit am Tisch sitzen. Der Kreis wird ja einfach unüberschaubar groß, wenn sich jede Partei noch mit zwei, drei Anwälten bestückt. Im Grunde genommen sind diese Dinge zunächst einmal, auch von der Substanz her - - Es ging hier noch nicht um Formulierungen für die einzelnen Verträge oder derlei Dinge. Das heißt, hier waren wir noch nicht im vertragsrechtlichen Teil des Ganzen, sondern wir haben einfach über die Substanz von Rettung gesprochen, und dazu bedurfte es unser aller Meinung nach nicht der Anwälte.

Ich kann Ihnen nicht mehr genau sagen, wann zum ersten Mal Anwälte dabei waren; aber auch beim zweiten Rettungspaket waren die Anwälte nicht mit am Tisch.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Zwischen dem ersten und zweiten Rettungswochenende gab es ja die Aussage des Bundesfinanzministers von einer Abwicklung der HRE. Welche Nachteile entstehen einer Bank, wenn von Abwicklung geredet wird?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Nun gut, es ist keine Marketingaussage. Es hilft nicht wirklich.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Hat Ihrer Kenntnis nach durch diese Aussage auch das Liquiditätserfordernis zulasten des Steuerzahlers größeren Umfang angenommen, und welchen Einfluss hatte dies auf das Rating?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich glaube, dass die Situation bei der HRE zu diesem Zeitpunkt im Markt so durch war - ohne dass ich jemanden im Gewicht seiner Worte herabsetzen möchte -, dass zu diesem Zeitpunkt der Markt einfach den Glauben an die HRE verloren hatte. Damit waren die Liquiditätsprobleme evident. Dazu musste nicht mehr besonders viel gesagt werden. Die Entwicklung innerhalb einer Woche, da kochte ja die Gerüchteküche, und plötzlich

begann der Markt, sich in Gerüchten zu bewegen. Wenn sich einmal die Geldhändler miteinander in Gerüchten bewegen, dann ist meine natürliche Reaktion: Dann kriegen sie kein Geld mehr.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber Sie würden nicht so weit gehen, dass eine Aussage des Finanzministers keine Bedeutung hat?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich möchte Aussagen des Finanzministers nie Bedeutung absprechen. Das wäre ein unangemessener Beitrag meinerseits. Aber ich glaube nicht, dass diese seine Bemerkung die Probleme der HRE in irgendeiner Weise entscheidend verschärft hat.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Herr Müller, haben Sie Kenntnis darüber, dass sich die Rechtsanwälte der HRE bezüglich dieses Vorgangs - Abwicklungsaussage - ans BMF gewandt und dort ihr Erstaunen zum Ausdruck gebracht haben, und wie werten Sie dies?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich weiß nicht, ob sich die Anwälte der HRE diesbezüglich an das BMF gewandt haben. Ich sage nochmals: Es war sicherlich keine marketingförderliche Aussage. Aber wenn wir von der Tiefe und von den kardinalen Problemen sprechen, so glaube ich nicht, dass sie dadurch verschärft worden sind.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Keine Fragen mehr.

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Keine weiteren Fragen vonseiten der Unionsfraktion. - Das Fragerecht liegt nun bei der Fraktion der FDP. Herr Kollege Dr. Wissing.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich habe keinen weiteren Fragen, Frau Vorsitzende.

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Dann darf ich an die SPD-Fraktion weitergeben. Frau Hauer.

Nina Hauer (SPD): Herr Müller, Sie haben vorhin gesagt, die BaFin brauchte mehr Kompetenzen. Meinen Sie damit mehr staatliche Eingriffsmöglichkeiten?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Letztlich ist jede Kompetenzerweiterung für die BaFin eine Erweiterung staatlicher Einflussmöglichkeiten. Insofern ja. Wenn zum Beispiel eine Aufsicht eine Fusion untersagen kann, dann ist das natürlich indirekt ein Eingriff des Staates; denn die BaFin ist ihm ja zuzurechnen.

Nina Hauer (SPD): Würden Sie denn sagen, dass die Aufsicht in Zukunft auch Geschäftsmodelle von Banken prüfen sollte?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Frau Hauer, das ist das, was ich eben reumütig als einen Umstand genannt habe, bei dem ich heute anders denke, als ich das vor einem Jahr oder zwei Jahren getan hätte.

Nina Hauer (SPD): Und verstärkte Eingriffsmöglichkeiten würden Sie dann auch so sehen, dass die Aufsicht dann auch bestimmte Geschäftsmodelle verbieten darf?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Das wäre die Konsequenz; sonst muss ich sie nicht durch die Aufsicht prüfen lassen. Davon sollte man möglichst sparsam Gebrauch machen; aber die Aufsicht muss das Recht haben, wenn sie ein Geschäftsmodell für nicht tragfähig hält, dieses durch eine Untersagung oder durch Auflagen zu mindern.

Nina Hauer (SPD): Was hätten Sie gemacht, wenn die Aufsicht den Kauf der Dresdner durch Commerzbank verboten hätte?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich bin einigermaßen sicher, dass das nicht Gegenstand dieser Befragung hier ist.

(Heiterkeit)

Nina Hauer (SPD): Das räume ich Ihnen gerne ein. - Herr Müller, Sie haben gesagt, es wäre denkbar gewesen, dass man auf Zinsen verzichtet hätte. Warum haben Sie es dann nicht getan?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich sage noch einmal: Die Frage war keine Aufgabe, die der Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken zu lösen hatte, weil das Konsortium privatrechtlich zusammentrat und ich weder an einer dieser Sitzungen teilge-

nommen noch über die Vertragsunterlagen verfügt habe. Wenn Ihnen jemand sagt, hier können Sie keine großen Margen nehmen, und Sie bekommen 0,25, dann deckt das im Wesentlichen den Arbeitsaufwand ab. Da von großen Verdiensten zu sprechen, ist sicherlich nicht richtig. Aber ich weiß nicht mehr genau, wo die Margen für diesen Kredit liegen, und kann nur noch einmal sagen: Ich bin ziemlich sicher, dass dem Ausschuss Dokumente vorliegen, die über die Margen Aufschluss geben. Im Nachhinein darüber zu beraten, ob es etwas gebracht hätte, auf eine Minimarge zu verzichten, ist, glaube ich, materiell nicht bedeutend. Aber es wäre möglich gewesen.

Nina Hauer (SPD): Hätten denn die Banken das Risiko, dass damit Verluste entstehen könnten, in der Situation auf sich nehmen können?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Das alleine hätte die Banken sicherlich nicht umgebracht. Der Verzicht auf einen Zins als eine Rettungsmaßnahme ist es sicherlich nicht, was die Banken in Schwierigkeiten gebracht hätte.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nunmehr fragt Herr Spiller für die SPD-Fraktion.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Müller, Sie haben eingangs in Ihrer sympathischen Bemerkung darauf hingewiesen, dass Sie einfach mit Ihrem Namen angesprochen werden möchten, und haben darauf hingewiesen, dass Ihnen Ihre akademischen Titel ehrenhalber verliehen worden sind.

Sie haben in den 60er-Jahren eine Banklehre gemacht. Lange Zeit war in Deutschland bei den Mitarbeitern einer Bank die eigentliche Qualifikation nicht das Studium, sondern die Banklehre. Damals, in den 60er-Jahren, als Sie die Lehre machten, war es, glaube ich, üblich, dass sich jeder Bankkaufmann mit der Frage der Fristentransformation und Fristenkongruenz befasst hat.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ja.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Dass es eine gewisse Fristentransformation immer gibt, war klar, aber diese extreme, die sich in den

letzten Jahren entwickelt hat, war, glaube ich, damals undenkbar.

Herr Ackermann hat hier im Ausschuss auf eine ähnliche Frage gesagt, in den letzten Jahren habe sich an den Finanzmärkten die Vorstellung entwickelt: Eine Bank, die solvent ist, die - ich sage einmal - eine gesunde Aktivseite ihrer Bilanz hat, wird auch immer liquide sein. Ist diese Einschätzung von Herrn Ackermann auch Ihre Einschätzung, und haben Sie den Eindruck, dass sich in der Zwischenzeit doch eine Revision dieser Einschätzung breitmacht?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Herr Spiller, es ist natürlich völlig richtig, dass über Fristentransformation und Fristenkongruenzen bereits die Auszubildenden informiert werden und dass spätestens in den Management-Trainee-Programmen, die ja häufig dem Studium folgen, noch einmal darauf hingewiesen wird.

Es ist im beschränkten Umfange legitim, Zinsarbitrage zu bewegen, in dem man kleinere Teile seiner Refinanzierung einer Zinsmeinung anpasst. Wenn ich die Zinsmeinung habe, der kurzfristige Zins wird sinken, dann kann es ja durchaus legitim sein, dass ich einen kleineren Teil meines Portfolios zunächst einmal kurzfristig refinanzieren, um ihn mit mittel- und langfristigen Mitteln zuzumachen, wenn sich diese meine Meinung ändert. Dabei ist, wenn Sie es konservativ betreiben wollen, Voraussetzung, dass Sie die Zuversicht haben, dass Sie das, was Sie kurzfristig refinanzieren, zu jedem x-beliebigen Zeitpunkt mittel- und langfristig umfinanzieren können.

Von diesem Gedanken waren die Kollegen bei der HRE offensichtlich sehr beseelt; denn sie haben, zumindest im Buch der DEPFA, einen sehr hohen Anteil, einen höheren Anteil als den, der mir bei meinem Beispiel vorschwebt und den ich - auch in ruhigeren Zeiten - normalerweise für vertretbar gehalten hätte, sozusagen im kurzfristigen Roll-over gehabt. Dass dann die Entwicklung - - Herr Spiller, das müssen Sie bitte verstehen: Mit dem Konkurs von Lehman stimmte mit unserer Welt nichts mehr. Plötzlich wurde alles infrage gestellt, es war alles infrage gestellt. Die Dinge standen Kopf, es gab völlig irrationale Handlungsweisen. Die Kurse für Banktitel sind ja zum Teil dramatisch abgestürzt und haben sich erst später wieder erholt. Es gab Panikreaktionen, es war irrationales Handeln festzustellen.

len, die Gerüchte schwirrten durch den Markt. Jeder glaubte, da geht schon der Nächste den Bach runter, was ja hie und da dann auch zutraf.

Diese Situation war weder in den Szenarien der einzelnen Häuser so abgebildet noch war sie, glaube ich, Gegenstand bei Refinanzierungsmodellen. Herr Spiller, gleichwohl bin ich der Meinung: Ein langfristiges Portfolio darf, ganz gleich, welche Zinsmeinung ich habe, nicht kurzfristig refinanziert sein.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Müller, kann man vielleicht auch in umgekehrter Betrachtung sagen: Diese katastrophale Auswirkung des Zusammenbruchs von Lehman hätte diese Dimension nicht erreicht, wenn nicht so viele Banken weltweit riskante Liquiditätssituationen gehabt hätten.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Herr Spiller, ich kann nicht beurteilen, wie viele kurzfristige Vorfinanzierungen die Banken rund um den Globus insgesamt vorgenommen haben. Tatsache ist nur, dass mit dem Konkurs von Lehman der Glaube an alles plötzlich infrage gestellt war. Nichts mehr wurde wirklich geglaubt. Wenn Sie sich noch einmal an diesen September erinnern: Plötzlich stand eine der größten, ich glaube, die größte Versicherungsgesellschaft der Welt, die AIG, vor der Pleite. Namen wie Merrill Lynch, wie Citibank, alles schwankte plötzlich. Da denken Sie an den Weltuntergang. Das ist natürlich die Stimmungslage gewesen, in der man sich zu diesem Zeitpunkt befunden hat. Heute, fast zwölf Monate danach, wirkt das alles sehr viel verklärter. Damals herrschte in der Tat den Händlerräumen und natürlich auch in den Vorstandsetagen die reine Panik. Jeder fürchtete, das ist der Zusammenbruch.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Keine weiteren Fragen mehr. - Ich übergebe jetzt an die Fraktion Die Linke. Herr Dr. Troost.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich habe keinen weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann übergebe ich an Bündnis 90/Die Grünen. Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur zu einem Komplex noch eine Nachfrage. Die Kollegin Hauer hat Sie ja sehr ausführlich zu den Zinsen für diesen zur Verfügung gestellten Kredit befragt. Sie sagten sinngemäß: Nehmen wir immer; war nicht der Sinn; die Marge war gering. - Jetzt einmal im Nachhinein betrachtet - ob Sie das nachvollziehen können -: Wir sind ja auch dem Steuerzahler, der Steuerzahlerin gegenüber rechenschaftspflichtig. Da sieht es doch so aus: Erstmals kommen die privaten Banken - so hat Herr Sanio uns das gesagt - und sagen: Wir können nicht mehr alleine; du, Staat, musst das erste Mal eine Privatbank mit retten; sonst kommt Armageddon - haben wir gehört -, Apokalypse. Sie sagten „Weltuntergang“. Alttestamentarisch ging es hier tagelang zu.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich habe Deutsch gesprochen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Sie bleiben beim Deutschen und sagen „Weltuntergang“. - Dann sieht es doch aber so aus, dass die privaten Banken - auch Ihr früheres Institut wurde an diesem Wochenende gerettet - an ihrer eigenen Rettung noch verdient haben; zwar nicht viel, eine geringe Marge. Aber wie, denken Sie, kann man das erklären? Der Staat kommt, der Steuerzahler kommt, rettet die Banken und hört jetzt: Aha, dafür gibt es auch noch Zinsen von einer inzwischen ja verstaatlichten Bank.

Deswegen die Frage: Als diese Kredite völlig risikolos wurden, weil der Staat erklärt hat: „Wir übernehmen die HRE“, hat es da nicht einen Diskussionsprozess oder einen Prozess des Nachdenkens gegeben - oder haben Sie sich als Präsident nicht überlegt, ob sie ihn anstoßen können -, ob man diesem Bild „Am Ende zahlt der Steuerzahler alles; für die Rettung der privaten Banken, die sich an diesem Wochenende selbst gerettet haben, zahlt er auch noch“ nicht etwas, wenn auch einen kleinen Beitrag, entgegensetzen könnte?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Herr Wieland, die Aussage, dass ich zum relevanten Zeitpunkt nicht mehr Präsident des Bundesverbandes war, ist rein statistischer Bedeutung, weil ich mir Ihre Frage schon so anziehe, als ob ich es noch gewesen wäre. - Dies der guten Ordnung halber.

Wir sind zum Zeitpunkt dieses Kreditvertrages nicht davon ausgegangen, dass dieser Kredit nicht zurückgezahlt werden könnte, sodass also zunächst einmal die Erwartung herrschte, dieser Kredit kann zurückgezahlt werden. Dann ist natürlich auch das Opfer des Steuerzahlers nicht gegeben, und dann ist natürlich auch eine wie immer gestaltete Zinsmarge berechtigt. Wenn wir heute, mit den heutigen Erkenntnissen, sagen, es steht einigermaßen fest, dass diese Bank verlustfrei nicht abgewickelt werden kann, dass sie es aus eigener Kraft auch nicht mehr schafft und dass es nicht nur bei ihren Aktionären aufgefangen werden kann, ist die Frage, die Sie gestellt haben, eine legitime.

Ich kann Ihnen zum Konsortium nichts sagen. Ich weiß nicht, ob im Konsortium darüber gesprochen worden ist. Ich sage noch einmal: Mir sind die genauen Margen dieses Kredites nicht bekannt. Nicht, dass ich sie verheimlichen will; sie sind ja öffentlich zugänglich. Sie sind mir einfach nicht bekannt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Keine weiteren Fragen.

Dann frage ich: Gibt es noch Fragen seitens der CDU/CSU-Fraktion? - Das ist nicht der Fall. Der FDP? - Auch nicht. Der SPD? - Frau Hauer, bitte.

Nina Hauer (SPD): Herr Müller, haben Sie eben gesagt, die Bank würde abgewickelt?

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich habe nicht gesagt, die Bank würde abgewickelt.

Nina Hauer (SPD): Sie haben doch eben gesagt: Die Bank wird abgewickelt.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Nein.

Nina Hauer (SPD): Eben gerade, vor einer Minute.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Wenn das so auf dem Tonband erscheinen sollte, wäre es ein Lapsus Linguae. Als derjenige, der Abwicklung formuliert hat, habe ich mich nicht gehört. Entschuldigung.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. Wir werden es im Stenografischen Bericht festhalten.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Ich habe zumindest inhaltlich nicht von einer Abwicklung sprechen wollen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Keine Fragen seitens der SPD mehr? - Fragen der Linken? Herr Troost, keine Fragen mehr? - Auch nicht. Von Bündnis 90/Die Grünen, glaube ich, auch nicht.

Herr Müller, im öffentlichen Teil gibt es keine Fragen mehr. Anhaltspunkte für einen nichtöffentlichen Teil gibt es auch nicht. Von daher darf ich mich einstweilen für Ihr Erscheinen bedanken und Ihnen mitteilen - ich sagte es schon -, dass Sie die Protokollierung Ihrer Aussage mit der Bitte um Korrekturen etc. zugesandt bekommen. Vielleicht können Sie sich dann auch - das wäre meine persönliche Bitte - diesem doch sehr engen Zeitkorsett unterwerfen. Ihre Entlassung als Zeuge ist formell erst dann gegeben, wenn der Ausschuss dieses durch Beschluss feststellt. Dieser Beschluss kann natürlich wiederum erst dann erfolgen, wenn Sie das Protokoll gelesen haben, korrigiert haben etc.

Ich darf mich bei Ihnen bedanken und Ihnen einen angenehmen Nachhauseweg wünschen.

Zeuge Klaus-Peter Müller: Danke schön.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich unterbreche die Sitzung nunmehr bis 11.45 Uhr, um dann mit der Zeugin Nicolette Kressl fortzufahren.

(Unterbrechung von 11.32 bis
11.46 Uhr)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Die öffentliche Beweisaufnahme des heutigen Vormittages wird fortgesetzt. Es gilt natürlich das, was ich eingangs auch schon gesagt habe: Während der Beweisaufnahme sind Tonaufnahmen und Bildaufnahmen nicht zulässig. Ich bitte Sie auch ausdrücklich darum, Ihre Handys auszuschalten, da ein Telefonieren während der gesamten Sitzung nicht gestattet werden kann.

**Vernehmung der Zeugin
Nicolette Kressl**

Ich begrüße nunmehr die zweite Zeugin des heutigen Vormittages, Frau Nicolette Kressl. Herzlich willkommen! Gleichzeitig darf ich darauf hinweisen, dass von der heutigen Sitzung eine Tonaufnahme gefertigt werden wird, welche jedoch ausschließlich dem Zwecke dient, die stenografische Aufzeichnung zu erleichtern. Sie wird gelöscht.

Das Protokoll der Vernehmung wird zugestellt. Dann besteht die Möglichkeit, Korrekturen und Ergänzungen anzubringen. Im Hinblick auf den sehr engen Zeitrahmen, den der Ausschuss allerdings hat, bitte ich Sie darum, dieses Protokoll binnen zwei Werktagen, falls es möglich ist, auf Korrektur- oder Ergänzungsnotwendigkeiten zu untersuchen. Sollte der Ausschuss - das ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar - Teile Ihrer Aussage nur in einem nichtöffentlichen Rahmen entgegennehmen können - in einem eingestuften Rahmen, Geheim oder VS-Vertraulich -, müsste also diese Einsichtnahme in das Protokoll in der Geheimschutzstelle des Bundestages erfolgen.

Ferner darf ich darum bitten, mir einen Hinweis zu erteilen, wenn Sie eine Pause wünschen, damit hier auch insofern keine Hinderungsgründe entstehen.

Folgende allgemeine Belehrungshinweise, welche alle Zeuginnen und Zeugen bekommen haben, auch an dieser Stelle: Sie sind als Zeugin verpflichtet, die Wahrheit zu sagen, nichts als die Wahrheit. Die Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Es darf nichts hinzugefügt werden, was der Wahrheit widerspricht, und nichts weggelassen werden, was wesentlich ist. Das Strafgesetzbuch sieht im Verstoßensfalle in der Strafnorm des § 153 StGB Geld- oder Freiheitsstrafe vor.

Sollten Teile Ihrer Aussage Dienst-, Geschäfts- oder Privatgeheimnisse betreffen, bitte ich auch um einen Hinweis, damit der

Ausschuss die entsprechende Frage zurückstellen kann und wir diese Frage dann gegebenenfalls in einem nichtöffentlichen Teil wiederum aufrufen.

Zu Ihrer Person bitte ich um den vollständigen Namen und eine ladungsfähige Anschrift.

Zeugin Nicolette Kressl: Sehr gerne, Herr Vorsitzender. Mein Name ist Nicolette Kressl, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen und Bundestagsabgeordnete; Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Danke sehr, Frau Kressl. - Außerdem noch folgender Hinweis: Selbstverständlich können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie oder einen Angehörigen der Gefahr der Verfolgung in einem Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfahren aussetzen würde.

Sie haben die Möglichkeit - das Beweisthema ist Ihnen mit der Ladung zugeschickt worden, der Gegenstand des Untersuchungsauftrages auch -, entweder auf Fragen zu antworten, die meine Kolleginnen und Kollegen und ich Ihnen stellen, oder aber eingangs ein Statement abzugeben, welches Sie, Bezug nehmend auf den Untersuchungsauftrag, hier abgeben können. Welche Möglichkeit möchten Sie wählen?

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Vorsitzender, ich würde gern nicht die Oder-Möglichkeit, sondern die Und-Möglichkeit in Anspruch nehmen, also zuerst ein kurzes Eingangsstatement machen und dann selbstverständlich auf die Fragen antworten.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wunderbar. Bitte sehr.

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich eingangs ganz kurz beschreiben, in welcher Aufgabenbeziehung eine Parlamentarische Staatssekretärin bzw. die Parlamentarische Staatssekretärin, die vor Ihnen sitzt, mit dem Thema und dem Untersuchungsauftrag verbunden ist.

Die Aufgaben von Parlamentarischen Staatssekretären sind sehr stark darauf konzentriert, zum einen das Bindeglied zwischen Parlament und Regierung zu sein und zum

anderen natürlich auch Gesprächspartnerin und Verhandlungspartnerin bei Gesetzgebungsverfahren zu sein.

Die Möglichkeiten der Information des Parlaments sind vorrangig zum Beispiel schriftliche Fragen, auf die dann die Bundesregierung bzw. die Parlamentarische Staatssekretärin antwortet, die Beantwortung von Kleinen und Großen Anfragen sowie die Beantwortung von mündlichen Fragen und den sich daraus ergebenden Nachfragen in Fragestunden. Sollte der Abgeordnete bei einer Fragestunde nicht da sein oder aus Geschäftsordnungsgründen die Antwort mündlich nicht möglich sein, werden diese dann schriftlich beantwortet.

Zusätzlich - ich glaube, das ist dann auch ein ganz spannender Bereich für die Diskussion heute - gibt es die Möglichkeit, schriftliche Berichte an den Ausschuss - entweder angefragt von Ausschussmitgliedern oder initiiert von der Bundesregierung selbst - zu schicken, und natürlich auch - entweder-oder und - die mündliche Berichterstattung im Ausschuss und die sich daran anschließende Diskussion.

Weil diese Vielfalt von Informations- und Diskussionsmöglichkeiten so gegeben ist, wie ich sie beschrieben habe, will ich ganz kurz schlaglichtartig einige Informationsabläufe zum Untersuchungsthema ansprechen. Ich betone, es ist schlaglichtartig. Ich möchte Ihnen heute nicht zumuten, alles in aller Ausführlichkeit darzustellen. Aber dazu kommen wir ja vielleicht.

Zum einen: Die Möglichkeit der Information, in Sitzungen des Finanzausschusses entsprechend zum Thema zu diskutieren, hat sich mindestens elfmal in Sitzungen des Finanzausschusses ergeben, in denen die HRE explizit auch entsprechendes Thema war. Ich will einige exemplarische Beispiele nennen.

Wir haben zum Beispiel am 16. Januar im Rahmen des Tagesordnungspunktes „Aktuelle Entwicklung auf dem Finanzmarkt“ bereits eine Möglichkeit des Informationsaustausches zum Thema Wertberichtigungen im Rahmen von 390 Millionen Euro über strukturierte Wertpapiere gehabt.

Wir haben am 7. Februar 2008 über aktuelle finanzmarktpolitische Entwicklungen diskutiert und dabei auch das Thema HRE angesprochen.

Am 20. Februar beispielsweise ist dieses Thema wieder mit dem Minister im Ausschuss angesprochen worden.

Wir hatten am 8. Oktober 2008 einen TOP 0 zur Hypo Real Estate. Für alle diejenigen, die nicht Mitglied des Finanzausschusses sind, muss man das vielleicht erläutern, weil das kein übliches Verfahren ist. Der TOP 0 ist im Finanzausschuss ein Tagesordnungspunkt, bei dem Themen speziell aufgerufen werden können, die nicht formal auf der Tagesordnung stehen. Der war in diesem Fall angekündigt und ist entsprechend vorbereitet worden.

Wir haben am 03.12. dann nach einem schriftlichen Bericht des Finanzministeriums zu der Frage „Sonderprüfung DEPFA in Irland“ einen Extrapunkt aufgerufen, wo wir über diesen schriftlichen Bericht diskutiert haben.

Und wir haben am 25. März eine sehr ausführliche Unterrichtung zu Fragen der HRE im Finanzausschuss gehabt, wo beispielsweise auch die Frage der Aufsicht über die Holding angesprochen worden ist. Der zweite Bereich, den ich vorhin erläuternd angesprochen hatte, nämlich die Möglichkeit des schriftlichen Fragewesens, ist durchaus auch ausgiebig - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Möglichst laut, bitte. Entschuldigung.

Zeugin Nicolette Kressl: Ja. Ich höre mich sehr laut, aber wenn Sie das nicht tun, dann spreche ich noch etwas lauter.

Wir haben bis Ende April vonseiten des Finanzministeriums sechs Kleine Anfragen speziell zu diesem Thema beantwortet, die 114 Einzelfragen beinhaltet haben, 25 schriftliche Fragen, 18 mündliche Fragen. Da muss ich dazu sagen: 18 mündliche Fragen plus x, weil es, wenn sie in der Fragestunde mündlich gestellt werden, dann immer eine Abfolge von weiter gestellten Fragen gibt.

Ich hatte als dritten wichtigen Punkt erwähnt, dass es die Möglichkeit gibt, schriftliche Berichte an den Finanzausschuss zu geben. Ich glaube, auch das ist hier nicht uninteressant. Das Bundesministerium der Finanzen, von mir unterschrieben, von mir auch übersandt, hat am 10. November zum Thema „Sonderprüfung der HRE“ bzw. „Prüfung der DEPFA in Irland“ einen Bericht verschickt, einen sehr ausführlichen, der dann - das hatte ich vorhin schon erwähnt - am 03.12. im Finanzausschuss diskutiert wurde. Wir haben sich daraus ergebend dann am 15.12. zwei Nachfragen schriftlich beantwortet. Wir haben am 02.01. zum ersten Mal,

wenn ich das zum Finanzausschuss richtig einschätze, eine Reihe von BaFin-Quartalsberichten in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegen lassen. Wir haben am 24.03. ein ausführliches Schreiben an den Ausschuss zu Fragen der Verjährung bei der Abspaltung übersandt und haben dazu - da war auch ein Vertreter des BMJ im Ausschuss da - am 25. März sehr ausführlich diskutiert. Und - das ist jetzt nicht ganz chronologisch, aber aus meiner Erinnerung habe ich das noch ein bisschen zusätzlich aufgeschrieben - am 11. November haben wir eine sehr ausführliche Aufzeichnung zur Frage der Aufsicht der Holding HRE in den Ausschuss gegeben.

So weit ein erster Überblick, und jetzt sind Sie dran.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Wenn ich das richtig verstanden habe, haben Sie weder am ersten noch am zweiten Rettungswochenende teilgenommen, sondern waren insbesondere nach dem ersten Rettungspaket ausschließlich in der Kommunikation zwischen BMF und Bundestag involviert.

Zeugin Nicolette Kressl: Das ist richtig, Herr Vorsitzender. Es ist so, dass in der Aufgabendefinition, die ich vorhin beschrieben habe, wir eben sagen, es gibt ein rein operatives Geschäft, und es gibt das durchaus auch operative Geschäft, das aber sehr stark mit dem Parlament verankert ist: Kommunikation, Erläuterung, Weitergabe von Fragestellungen ins Haus beispielsweise. An den beiden Rettungswochenenden war ich nicht beteiligt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Jetzt haben in diesem Ausschuss vielfach auch die Berichte der BaFin an das BMF im Jahre 2008 eine Rolle gespielt. Jetzt erwähnten Sie eben das Datum Januar 2009, 2. Januar 2009. Wollten Sie damit sagen, dass unter diesem Datum diese Berichte, die hier im Ausschuss eine Rolle gespielt haben, in toto dem Finanzausschuss zur Verfügung gestellt worden sind?

Zeugin Nicolette Kressl: Sie sind nicht in toto dem Finanzausschuss zur Verfügung gestellt worden, sie sind in den Teilen, die den Untersuchungsgegenstand betreffen, vollständig mit der Berücksichtigung der Frage von Geschäftsgeheimnissen in der

Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt worden, um sie dann eben auch den entsprechenden Vertretern des Ausschusses zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Jetzt noch eine weitere Frage. Sie erwähnten eben, dass das BMF den Finanzausschuss über den Abschreibungsbedarf bei der Hypo Real Estate informiert habe, und zwar im Januar 2008 - 2008; genau -, und gab es für das BMF Anlass, vor der Lehman-Pleite, vor der Lehman-Insolvenz am 15. Januar den Finanzausschuss über Abschreibungsmodalitäten oder etwas Ähnliches, was die HRE anging, nochmals zu informieren?

Zeugin Nicolette Kressl: Es gab aus meiner Sicht keine Notwendigkeit und im Übrigen auch keinen Anlass. Denn es war zum einen so, dass wir von uns aus darauf aufmerksam gemacht haben, dass aber in den Berichten ja jetzt deutlich wurde, dass es keine aktuelle Gefährdungen der HRE gab, und dass zum anderen die notwendige Kommunikation, sollte sich die Situation verschärfen, vonseiten der Aufsicht initiativ in Richtung BMF wieder gehen sollte. Wäre dies so gewesen, hätte ich selbstverständlich Anlass gesehen, den Ausschuss auch wieder entsprechend zu informieren.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Wir hatten ja als einen der vorangehenden Zeugen den ehemaligen Staatssekretär Herrn Mirow hier, und da gab es nun auch unter dem 18. Januar eine Vorlage an den Minister, die Herr Mirow abgezeichnet hat, aber die offensichtlich auch Sie abgezeichnet haben. Könnten Sie mir noch schildern, wie es zu dieser Mitabzeichnung kam? Waren Sie jetzt in das Bankenaufsichtsgeschäft involviert, oder was hatte es damit auf sich?

Zeugin Nicolette Kressl: Es ist so, dass bei Vorlagen, die an den Minister gehen, eine - ich nenne es einmal etwas salopp so - „Leiter“ bei den Abzeichnungen existiert, die sich vor allem darauf bezieht, dass die Informationen auch entsprechend an alle Stufen in der Leitung des Hauses weitergegeben werden. Meine Abzeichnung macht also deutlich, dass ich diese Vorlage an den Minister gelesen und zur Kenntnis genommen habe. Es gab ja auch keinen Hinweis darauf,

dass es einen Handlungsbedarf in Richtung Parlament zusätzlich zu den Informationen gegeben hat. Ansonsten wäre dies Anlass gewesen oder hätte es Anlass sein können, mich an das Parlament zu wenden. Aber es war eine Unterrichtungsvorlage, es war auch keine Billigungsvorlage, bei der von den Beamten des Hauses beispielsweise ein Votum eingefordert worden wäre.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Jetzt komme ich noch einmal auf einen Tag zurück, der auch in verschiedenen Protokollen bereits eine Rolle gespielt hat, nämlich auf den 15. Oktober des Jahres 2008. Dort gab es einmal eine Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses und natürlich auch eine Plenardebatte. Dort ist auch von der Frage die Rede gewesen: Welche Aufsichtsmöglichkeiten hat die deutsche Bankenaufsicht gegenüber der DEPFA Irland? Dort ist also von Herrn Sanio gesagt worden, ja, nachdem man sich die Genehmigung der irischen Aufsicht eingeholt habe, habe die Bundesbank im Auftrag der BaFin auch die DEPFA plc eingeschränkt prüfen dürfen. Sie haben offenbar, nach dem mir vorliegenden Plenarprotokoll, von einer Prüfung im Rahmen der konsolidierten Aufsicht gesprochen. Der Minister hat nach Haushalts- und Finanzausschussprotokoll davon gesprochen, dass die DEPFA der irischen Aufsicht unterfalle. Das hat Herr Sanio nun wiederum als vollkommen korrekte Information des Ministers angesehen. Kurzum: Könnten Sie für mich noch einmal ein bisschen Licht in diese Situation bringen und ihre Sicht der Dinge zu diesem Themenbereich darlegen?

Zeugin Nicolette Kressl: Ja. Ich kann mich an diesen 15.10. sehr gut erinnern, weil es ab und zu vorkommt, und an diesem Tag war das auch, dass parallel zu stattfindenden Ausschusssitzungen bereits - - Nicht Plenardebatten - - Ganz kleiner Hinweis, Herr Vorsitzender: Es war keine Plenardebatte, es war eine mündliche Fragestunde.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay.

Zeugin Nicolette Kressl: Es kommt eben vor, dass das parallel läuft. Ich kann mich deshalb so gut an diesen Tag erinnern, weil in großer Kollegialität offensichtlich einer der Kollegen aus dem Ausschuss, ohne dass ich

anwesend sein konnte, in die Fragestunde gegangen ist und mich in Bezug auf die dort laufende Debatte des Ausschusses gefragt hat. Das ist ja kein ganz gewöhnlicher Vorgang. Deswegen habe ich den persönlich sehr gut in Erinnerung.

Jetzt zu den Inhalten. Es ist so, dass sich die mündlichen Fragen, sicherlich ausgelöst auch durch eine vorhergehende Ausschussdebatte - wenn ich es richtig weiß, am 08.10. -, auf die Prüfungsmöglichkeit für die DEPFA in Irland bezogen haben, sich damit beschäftigt haben. Da war mir zum einen wichtig, etwas Klarheit in die Debatte zu bringen, weil es in den Fragestellungen immer ein bisschen durcheinander ging bei der Frage Aufsicht München, Aufsicht Irland, Holdingaufsicht. Da habe ich sehr deutlich gemacht, dass im Rahmen der konsolidierten Gruppenaufsicht eine Prüfungsmöglichkeit da ist, dass aber beispielsweise, was die Liquiditätsausstattung angeht, die formale Zuständigkeit der Aufsicht für die DEPFA plc bei der irischen Aufsicht liegt.

Nach einigen Irritationen hat sich, glaube ich, inzwischen sehr deutlich geklärt, dass diese Aussagen eben alle einheitlich waren. Ich habe mich in der mündlichen Fragestunde auf die Gruppenaufsicht bezogen, Herr Sanio - ich habe mir das dann natürlich nachträglich auch noch einmal im Protokoll angeschaut - hat sich auf die Fragen Gruppenaufsicht bezogen, hat das ja - das hatten Sie erwähnt - noch einmal klargestellt, und auch der Minister hat sich auf die formale Möglichkeit bezogen, die aufsichtsrechtlichen Konsequenzen oder die Aufsicht in Irland einzufordern.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, dann danke ich Ihnen. - Ich habe keine weiteren Fragen mehr und gebe jetzt das Wort an Herrn Schäffler von der FDP-Fraktion.

Frank Schäffler (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Kressl, ist Ihnen bekannt, wie viele Sparer in den letzten Jahren private Sparguthaben bei der Hypo Real Estate deponiert haben - ungefähr?

Zeugin Nicolette Kressl: Das habe ich in Zahlen nicht im Kopf, Herr Schäffler.

Frank Schäffler (FDP): Wann genau haben Sie als Staatssekretärin welche Berichte der Bankenaufsicht vor dem 15. September

2008 zur Hypo Real Estate eingesehen oder von deren Existenz Kenntnis genommen?

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Kollege Schäffler, es ist ja schon mehrfach dargestellt worden, dass die Quartalsberichte in das entsprechende Referat gegangen sind. Es ist keineswegs üblich gewesen, auch bei anderen Berichten, diese der Leitung vorzulegen. Das ist auch bei diesen Berichten so. Insofern sind die Debatten über die Berichte und dann auch das bewusste Wahrnehmen der Daten nach der Ausschusssitzung am 15.10. auch bei mir entsprechend angekommen.

Frank Schäffler (FDP): Also auch keine vorher?

Zeugin Nicolette Kressl: Wenn ich mich nicht täusche, Herr Kollege Schäffler, haben Sie bereits erfahren, auch schon im Ausschuss, dass es keine Berichte waren, diese Quartalsberichte, die der Leitung des Hauses vorgelegt worden sind. Zu der gehöre ich. Also ist es eine logische Schlussfolgerung, dass sie mir entsprechend auch nicht vorlagen.

Frank Schäffler (FDP): Wann genau wurden Sie über den Liquiditätsbedarf der Hypo Real Estate und über die Rettungsverhandlungen informiert, und durch welche Person ist dies jeweils erfolgt?

Zeugin Nicolette Kressl: Ich habe vorhin deutlich gemacht, dass ich als Person nicht an den Rettungswochenenden beteiligt war, dass ich auch nicht telefonisch zugeschaltet war. Insofern bin ich nach den Beschlüssen, die an dem Rettungswochenende gefallen sind, informiert worden. Ich kann Ihnen nicht mehr genau sagen, von welcher Person, mache aber darauf aufmerksam, dass in solchen Fällen auch immer eine sehr gute informelle Kommunikation existiert, die nicht auf rein schriftlichen Vorlagen beruht; unter anderem gibt es regelmäßige Gespräche. Insofern bin ich nach dem Rettungswochenende informiert worden.

Frank Schäffler (FDP): Wie viel Liquidität, für die der Staat direkt oder über den SoFFin bürgt, ist bislang an die DEPFA plc geflossen?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Würden Sie bitte erklären, welche Bedeutung das für den Untersuchungsgegenstand hat?

Zeugin Nicolette Kressl: Ja, das habe ich mir auch gerade überlegt.

Frank Schäffler (FDP): Das ist die Frage der Stützung des Instituts; das hat natürlich schon etwas damit zu tun.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, aber wir haben den Auftrag, bis zum 24. April 2009 zu untersuchen.

Zeugin Nicolette Kressl: Sie wissen ja, dass die Fragen Garantiebereitstellung und Liquiditätsfluss zwei unterschiedliche sind. Ich sehe nicht, dass sich diese Frage auf die Zeit vor dem 24. April beziehen kann.

Frank Schäffler (FDP): Zwischen Februar und April 2008 gab es eine Sonderprüfung der Hypo Real Estate aufgrund von Abschreibungen auf sogenannte CDOs. Was genau ist der Unterschied zwischen einer CDO und einer besicherten Schuldverschreibung?

Zeugin Nicolette Kressl: Entschuldigung, Herr Schäffler, aber wir sind ja jetzt - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Was hat das mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun, Herr Schäffler?

Frank Schäffler (FDP): Wir wollen wissen, ob die Leitung des Ministeriums die Sachlage richtig beurteilen kann.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Schäffler, es geht hier nicht darum, bankentheoretische Produkte zu erklären. Diese Frage halte ich für nicht geeignet und daher für unzulässig. Ich bitte Sie, stattdessen eine andere Frage zu stellen.

Frank Schäffler (FDP): Dann habe ich keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann danke ich Ihnen und übergebe nunmehr der CDU/CSU-Fraktion, Herrn Dautzenberg, das Wort.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Staatssekretärin Kressl, haben Sie die Erkenntnisse für Ihre Informationen im besagten Finanzausschuss, in der Sitzung am 08.10., unmittelbar gewonnen?

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Kollege, das ist eine Frage der Definition von „unmittelbar“. Ich habe eine direkte Vorbereitung, eine direkte Vorlage erhalten. Das ist für mich unmittelbar. Ich habe diese dann natürlich auch entsprechend im Ausschuss verwendet.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Würden Sie die Aussage noch einmal wiederholen, dass die Aufsicht bei der DEPFA plc dort nicht prüfen konnte?

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Kollege Dautzenberg, ich habe im Übrigen auch das Protokoll der Sitzung des Ausschusses da. Wir können uns das gemeinsam gern noch einmal anschauen, wenn Sie wollen. Ich lese das gern vor, muss dann nur noch ein bisschen blättern. Weil ich das vorhin schon erwähnt habe: Es ist so, dass wir - im Übrigen im Zusammenhang mit einer anderen Diskussion - darauf hingewiesen haben, dass die formale Aufsicht für die irische DEPFA nicht bei der deutschen Bankenaufsicht liegt. Dieses würde ich selbstverständlich wiederholen, weil dieses ein Fakt ist.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber, Frau Staatssekretärin, so differenziert ist es nicht vorgetragen worden, sondern es wurde der Eindruck erweckt, dass keine Prüfungsmöglichkeit bestand. Würden Sie heute einräumen, dass die Tatsache, dass die Vertreter der Bundesbank dort geprüft haben, auch der Aufsicht zuzuordnen ist, oder gehört die Bundesbank nicht mit zur Aufsicht?

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Dautzenberg, ich hatte - das hatten wir im Übrigen vorhin auch schon angesprochen - bereits am 15.10. in der mündlichen Fragestunde noch einmal deutlich gemacht, dass dieses im Rahmen der konsolidierten Gruppenaufsicht möglich war. Bei der Frage im Ausschuss ging es um die Liquiditätsausstattung selbst. Da gilt weiterhin der Fakt, dass die formale Aufsicht mit der entsprechenden logischen Konsequenz bei der Frage Liqui-

ditätsausstattung nicht bei der deutschen Bankenaufsicht liegt. Ich weiß nicht, ob wir hier gemeinsam über die Frage spekulieren sollten, welcher Eindruck entstanden sein mag. Es mag sein - aber Sie wissen ja, hinterher ist man immer etwas schlauer -, dass man da noch einmal dezidierter auf die Frage hätte hinweisen sollen - im Nachhinein, wenn Sie mich so fragen. Aber noch einmal, um es ganz deutlich zu machen: Formal war es richtig, und es gab auch keine Widersprüche zu dem, was Herr Sanio oder was der Minister gesagt haben.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Aber bei der Aussage im Ausschuss war Ihnen die jetzt von Ihnen vorgetragene Differenzierung durchaus schon bekannt?

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Kollege Dautzenberg, ich habe mir natürlich auch noch einmal das Protokoll angeschaut. Ich darf darauf hinweisen, dass in einem kurzen Teil dessen, was Herr Wenzel deutlich gemacht hat, der Begriff eines Memorandum of Understanding durchaus bereits gefallen war.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Frau Staatssekretärin, da Sie an den Rettungswochenenden selbst nicht beteiligt waren, können Sie als Zeugin zu irgendeinem Punkt des Untersuchungsauftrages noch etwas beitragen?

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Kollege Dautzenberg, das glaube ich schon, weil ich in aller Ausführlichkeit, wenn Sie Wert darauf legen, auch noch einmal darstellen kann, wann wir im Finanzausschuss, in welchem Zeitrahmen, mit welchen Detailpunkten, zu Einzelfragen der HRE diskutiert haben und was vorgetragen worden ist. Es liegt nicht in meiner Kompetenz, zu entscheiden, inwieweit Sie das für notwendig halten, aber etwas dazu beitragen könnte ich ausführlich.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Das heißt, Sie können auch im Vorfeld der Rettung Punkte aus Ihrer Kenntnis heraus darstellen: Wann waren das Bundesfinanzministerium und die Bankenaufsicht im Referat über die Schieflage der HRE zum ersten Mal informiert?

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Kollege Dautzenberg, damit da kein Missverständnis

bei meiner Antwort entsteht: Sie haben gefragt, inwieweit ich zum Untersuchungsauftrag etwas darstellen kann. Zum Untersuchungsauftrag - der geht ja bis zum April - habe ich deutlich gemacht, dass ich die Frage, in welcher Form, in welcher Ausführlichkeit sind Parlament und Ausschuss informiert worden, deutlich darstellen kann. Ich kann Ihnen aber nicht - ich nehme jetzt Ihren Begriff von vorhin auf - aus eigener Erkenntnis, weil ich zu diesem Zeitpunkt Bescheid wusste, sagen, wann die Berichte da lagen. Aber natürlich weiß ich das inzwischen, weil wir Ihnen das auch entsprechend vorgetragen haben. Das kann ich gern noch einmal wiederholen, wenn Sie das möchten.

(Leo Dautzenberg (CDU/CSU):
Keine weiteren Fragen!

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Dann danke ich Ihnen und übergebe das Wort an die Fraktion Die Linke. Herr Troost.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich möchte unmittelbar da weitermachen. Im Finanzausschuss haben wir natürlich überhaupt das erste Mal erst nach dem Rettungswochenende und allem, was damit zusammenhing, von HRE gehört. Wir haben jetzt das erste Mal eine noch leitende Person aus dem Finanzministerium hier. Die Frage ist, weil Sie sagten, das sei auch nicht alles schriftlich, man kommuniziere auch: Hat es in der Spitze des Ministeriums nach dem Sommer 2007 Kommunikation zur Frage Finanzmarktkrise und Betroffenheit von deutschen Banken gegeben?

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Kollege Troost, erlauben Sie mir zuerst, dass ich eine ganz kleine Korrektur anbringen muss: Ich habe nicht gesagt, dass der Finanzausschuss mit der Frage HRE zum ersten Mal nach dem Rettungswochenende befasst war. Ich hatte darauf hingewiesen, dass am 16.01. die Frage Abschreibungsbedarf thematisiert worden ist. Uns, also mir ist bewusst - Ihnen sicherlich auch -, dass dieses nicht zu der Schieflage geführt hat; aber das Thema HRE und die Problematik ist bereits früher thematisiert worden. Die Frage der Liquiditätsproblematik ist dann nach dem Rettungswochenende im Ausschuss thematisiert worden. Aber ich lege schon Wert darauf, dass man nicht sagt, zum ersten Mal ist das Thema HRE nach dem Rettungswo-

chenende dort entsprechend angesprochen worden.

Zu Ihrer Frage: Es ist so, dass der Leitungsbereich regelmäßig kommuniziert, und zwar durch eine feste Institution - sie mag in anderen Häusern unterschiedliche Namen haben; aber wir nennen es Kollegium -, wo alle beamteten Staatssekretäre, Parlamentarischen Staatssekretäre und der Minister fachliche Informationen austauschen. Das hat natürlich auch zu dieser Thematik stattgefunden. Das halte ich im Übrigen auch deshalb für notwendig, weil ich vorhin die Aufgabenbeschreibung gegeben habe. Ich fühle mich dafür verantwortlich, dann auch die entsprechenden Informationen weiterzutragen. Dazu gehört eben auch die Kommunikation, wie ich sie gerade beschrieben habe.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ist in diesem Gremium auch einmal über HRE diskutiert worden?

Zeugin Nicolette Kressl: Natürlich.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Mit den entsprechenden Liquiditätsproblemen, mit dem, was Bundesbank und BaFin bis zum Sommer 2008 wussten?

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Troost, es ist so, dass in diesem Gremium jeweils alle aktuellen Fragen besprochen werden. Es findet da auch ein Austausch darüber statt: Was muss, was soll sinnvollerweise, auch notwendigerweise mit dem Parlament kommuniziert werden? Da sind alle Fragen Thema. Es gibt da aber keine schriftlichen Aufzeichnungen. Es ist so, dass wir uns dort gegenseitig entsprechend informieren. Danach hatten Sie ja gefragt.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das heißt aber, die Schieflagen bei der Liquidität und die Stresstests sind Ihnen schon vor dem September 2008 bekannt gewesen?

Zeugin Nicolette Kressl: Nein, Herr Kollege Troost, ich hatte beschrieben, welche Aufgabe das Kollegium hat, nämlich die aktuellen Situationen, auch die Notwendigkeiten für die Wochen, meine Aufgaben zum Beispiel. Ich muss ja auch Informationen aus dem Parlament ins Haus entsprechend geben über die Leitung - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das ist klar. Aber wenn es einer Schiefelage - -

Zeugin Nicolette Kressl: Lassen Sie mich das doch gerade mal beschreiben. - Deshalb habe ich gesagt, es ist so, dass wir dann mit den aktuellen Tatsachen nach dem Rettungswochenende befasst waren; denn sonst hätte ich Ihnen vorher ja nicht wahrheitsgemäß beschreiben können, dass ich nach dem Rettungswochenende informiert war. Das wäre nicht logisch.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nein, die Frage ist ja, ob die Hausleitung sich jemals sozusagen mit potenziellen Schieflagen der HRE auseinandergesetzt hat, weil das ja nun als systemrelevante Bank eben mit Riesenkonzsequenzen verbunden ist.

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Kollege Troost, Sie haben ja über die Abläufe gehört, was die Frage BaFin-Berichte angeht. Dies entspricht auch der Kommunikationslage im Haus.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ist in diesem Gremium auch mal besprochen worden, ob man das Forum für Finanzmarktaufsicht und den Ständigen Ausschuss für Finanzmarktstabilität einberufen sollte angesichts der Finanzmarktkrise?

Zeugin Nicolette Kressl: Nein.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Da hat man also einfach gesagt: Wenn Herr Asmussen das nicht einberuft, dann ist das schon in Ordnung?

Zeugin Nicolette Kressl: Das hat man nicht gesagt; denn dann hätten wir darüber gesprochen. Ich lege da sehr viel Wert auf Stringenz dessen, was wir hier miteinander besprechen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das ist gar nicht erst aufgefallen, oder?

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Troost, ich höre Ihnen ja auch in aller Ruhe zu. - Ich weiß ja, dass Sie über dieses Thema schon mehrmals auch gesprochen haben. Es ist Ihnen meines Wissens auch beschrieben worden, dass es in diesem Fall eine aktuelle Auseinandersetzung mit den akuten Notla-

gen gab. Es ist im Übrigen ja auch nicht so, dass - ich weise darauf hin - dieses Gremium ausschließlich von Herrn Asmussen hätte einberufen werden sollen.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber dass dieses Gremium Sinn gibt, um sich sozusagen strategisch vorzubereiten auf Krisensituationen, darin würden Sie mir doch zustimmen?

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Kollege Troost, das ist nicht meine Aufgabe hier. Wir beraten im Moment die aktuelle Problematik und die entsprechenden Vorbereitungen zu HRE. Die Frage, welche grundsatzsystematischen Gremien einberufen werden sollen für strategische Fragen, steht hier meines Wissens nicht zur Debatte.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, möglicherweise hätte dieses Gremium dann auch festgestellt, dass der Minister schiefliegt mit seiner Einschätzung, deutsche Banken sind von der Finanzmarktkrise nicht betroffen.

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Kollege Troost, Sie erwarten doch nicht ernsthaft, dass ich auf diese Frage jetzt irgendeine Reaktion zeige. Ich glaube, das hat etwas mit allgemeiner Kommentierung zu tun. Vielleicht ist dafür eher vor der Tür der Platz.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Das sehe ich ganz anders. Das zeigt ja nur, wie unvorbereitet man letztlich in diese Situation HRE als Finanzministerium oder als Leitung des Finanzministeriums hineingegangen ist.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Troost, was ist jetzt Ihre Frage? Das war jetzt eine Feststellung, die Sie dort eben getroffen haben. Ich bitte darum, eine Frage zu stellen, die den Untersuchungsgegenstand betrifft.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Die Frage war in der Tat, ob das sozusagen thematisiert worden ist. Wir haben gehört, es ist nicht thematisiert worden.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut, dann ist es okay. Die Zeit ist auch abgelaufen.

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Vorsitzender, ich will es aber noch einmal deutlich machen, damit hier keine Missverständnisse stehen bleiben: -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, bitte.

Zeugin Nicolette Kressl: - Die Einberufung des Forums ist nicht thematisiert worden, -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay.

Zeugin Nicolette Kressl: - die Problematik, die Analyse und die Reaktionsmöglichkeiten selbstverständlich.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke schön. - Dann übergebe ich nunmehr an Frau Hauer von der SPD-Fraktion.

Nina Hauer (SPD): Frau Kressl, laut Plenarprotokoll vom 15.10. haben Sie auf eine Frage des Herrn Kollegen Thiele geantwortet:

Herr Kollege, es kann sein, dass Sie etwas ein bisschen durcheinander bringen. Sie fragen jetzt nicht nach der Holding, sondern nach der irischen Tochter, die etwas anderes ist, nämlich eine Banktochter. Diese hat ihren Sitz in Irland und unterliegt im Kern der irischen Bankenaufsicht; sie hat ausschließlich im Rahmen einer konsolidierten Aufsicht Meldemöglichkeiten an die Holding.

Ist das richtig?

Zeugin Nicolette Kressl: Ja.

Nina Hauer (SPD): Dann haben Sie laut Plenarprotokoll vom selben Tag auf die Frage von Herrn Thiele gesagt:

Ich kann Ihnen die faktische und rechtliche Lage beschreiben. Diese ist ausdrücklich so, dass die irische Tochter nicht der deutschen Bankenaufsicht untersteht, während die deutsche Tochter mit Sitz in München, die es auch noch gibt, natürlich der Aufsicht der BaFin unterliegt, weil es sich um ein Unternehmen mit Sitz in Deutschland handelt.

Ist das auch richtig?

Zeugin Nicolette Kressl: Ich vertraue den Protokollen des Bundestages, kann mich aber auch noch sehr gut - das hatte ich vorhin beschrieben - an diese Fragestunde erinnern: Das ist richtig.

Nina Hauer (SPD): Jetzt hat, um die inhaltlichen Unterschiede - sofern da welche vorhanden sein mögen, kann man die ja noch einmal erklären - - gleichzeitig Herr Sanio am 15.10. im Finanzausschuss, in der gemeinsamen Sitzung des Haushaltsausschusses und Finanzausschusses gesagt, Bundesminister Steinbrück habe völlig korrekt informiert über die Frage der Aufsicht über die DEPPFA:

Nachdem man sich von der irischen Aufsicht die Genehmigung eingeholt habe, auch in Irland zu prüfen, habe die Bundesbank im Auftrag der BaFin auch die DEPPFA plc geprüft.

Ist denn das, was Herr Sanio sagt, durch das, was Sie gesagt haben, auch inhaltlich gedeckt?

Zeugin Nicolette Kressl: Ich hatte es vorhin schon beschrieben, und ich will es gerne noch einmal unterstreichen, dass der Verweis auf die formale Nichtzuständigkeit oder Nichtmöglichkeit, eine Prüfung anzustellen, sich genau entspricht, dass der Verweis auf die Möglichkeit der konsolidierten Gruppenaufsicht auch parallel im Prinzip gleichlautend nicht ausgesagt, sondern formuliert wurde.

Nina Hauer (SPD): Jetzt hatten wir vorhin auf die Frage von Herrn Dautzenberg die Protokollstelle nicht. Wir haben es jetzt hier gefunden. Das war im Finanzausschuss am 3. Dezember. Da haben Sie Ihre Antwort noch einmal zusammengefasst:

Zur Frage der rechtlichen Möglichkeit, Sonderprüfungen ausländischer Tochtergesellschaften durchzuführen, bestätigt PStS'n Kressl, dass die formale Anordnung einer Sonderprüfung rechtlich nicht zulässig sei. Als Grundlage für die Überprüfung der DEPPFA sei jedoch ein Memorandum of Understanding, das heißt, eine freiwillige Vereinbarung, vorhanden gewesen.

Zeugin Nicolette Kressl: Ja, Frau Kollegin Hauer, das ist richtig. Ich hatte vorhin aber darauf hingewiesen, dass bereits in der vorhergehenden Sitzung, als wir darüber gesprochen hatten - das war ja sozusagen die nachfolgende Sitzung -, dieser Punkt schon angedeutet wurde.

Nina Hauer (SPD): Frau Kressl, Sie hatten ja vorhin, wenn ich Sie richtig verstanden habe, gesagt, dass Sie die Berichte - seit dem Zeitpunkt der Sonderprüfung waren das sechs Berichte, die von der BaFin an das BMF gingen; insgesamt waren es bis zum 15. September 2008 acht Berichte - am 2. Januar an die Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages zur Kenntnis der Abgeordneten übergeben haben. Jetzt haben wir hier am 4. Juni in der Sitzung unseres Untersuchungsausschusses den Kollegen Troost - ich darf das einmal zitieren -, der sagt in der Befragung des Zeugen Schrader:

Jetzt kommt das Problem - das ist auch unser Problem im Ausschuss -: Sie erwähnen jetzt fünf oder sechs Berichte, die von der BaFin an das Finanzministerium gegangen sind, und zwar im Zeitraum von Januar bis Ende März. ...

Die haben wir aber nicht. ...

... bei der Auflistung ist auffällig, dass in dem Zeitraum vor und nach der Sonderprüfung der DEPFA besonders viele Schreiben verfasst worden sind, deren Inhalt wir bisher nicht kennen.

Ist es denn so, Frau Kressl, dass, wenn Sie Berichte an die Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages übergeben, damit wir das als Mitglieder des Finanzausschusses einsehen können, das für die Opposition nicht erlaubt ist?

Zeugin Nicolette Kressl: Das würde jetzt jeglicher Kenntnis widersprechen, die ich habe. Ich kann mich noch sehr gut erinnern auch an diese Debatte - es war keine Debatte -, an diesen Hinweis, den ich gegeben habe im Ausschuss, dass wir im Rahmen des Finanzausschusses durchaus nicht die übliche Praxis haben, in der Geheimschutzstelle zu hinterlegen, dass aber wegen der notwendigen Information aller Fraktionen des Bundestages - da darf es ja auch überhaupt

keinen Unterschied geben - diese da entsprechend hinterlegt werden. Warum das dann nicht bekannt ist und nicht gelesen wurde, entzieht sich meiner Kenntnis und ist auch, glaube ich, durch mich hier nicht zu bewerten.

Nina Hauer (SPD): Frau Kressl, wir haben hier verschiedene Dinge besprochen im Untersuchungsausschuss, die in der Darstellung manches Abgeordneten, der hier sitzt, immer so dargestellt werden, als ob das alles neu wäre. Ich bin Mitglied des Finanzausschusses. Für mich ist das alles nicht so neu. Zum Beispiel hat uns lange die Frage beschäftigt, dass die Pleite des Unternehmens Lehman Brothers ursächlicher Grund war für die dann folgende Schieflage der HRE. Können Sie sich erinnern - Sie müssen jetzt nicht Details nennen, wenn Sie die Daten nicht alle präsent haben -, dass Sie darüber als BMF schon dem Finanzausschuss berichtet haben?

Zeugin Nicolette Kressl: Es gab sicherlich mehrere Anlässe, das jeweils deutlich zu machen. Das kann ich nicht mehr in Einzelpunkten aufzählen. Ich bin mir aber ganz sicher - ich hatte es ja vorhin schon in meiner Einführung erwähnt -, dass wir am 10. November einen schriftlichen Bericht gegeben haben zu der Frage Sonderprüfung Irland. Dieser schriftliche Bericht war ein sehr ausführlicher, der auch eine Reihe von Rahmenbedingungen mit aufgenommen hatte. Zumindest in diesem schriftlichen Bericht - darüber ist dann ja am 03.12. auch diskutiert worden - ist dies aufgenommen worden. Insofern kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, wie ich den Finanzausschuss kenne, dass wir am 03.12. nicht auch darüber diskutiert haben.

Nina Hauer (SPD): Ist es richtig, dass Sie auch an den Herrn Kollegen Axel Troost am 16.10. diesbezüglich einen Brief gerichtet haben?

Zeugin Nicolette Kressl: Ich vermute, dass dies das war, was ich vorhin beschrieben habe. Wenn es mündliche Fragen gab, die dann nicht beantwortet werden - -

(Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat das eigentlich etwas mit dem Untersuchungs-

auftrag zu tun? Könnten wir das mal kurz klären?)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Okay, ich bitte, die Frage etwas anders zu formulieren. Aber die Antwort ist ja auch schon erteilt. Dann ist es erledigt.

(Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bitte, schon auch bei den Kollegen aus der SPD-Fraktion darauf zu achten, Herr Vorsitzender, ob das den Untersuchungsauftrag deckt, und nicht nur bei uns!)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Das ist okay. Die Frage wäre jetzt, welchen Bezug dieses Schreiben an Herrn Troost zum Untersuchungsauftrag hat.

Nina Hauer (SPD): Wir untersuchen doch das Verhalten der Bundesregierung in Bezug auf die HRE und untersuchen die Ursachen, die zu dieser Schieflage geführt haben. Da hier immer so getan wird, als ob wir hier neue Erkenntnisse gewinnen, möchte ich darauf hinweisen, dass wir das ja alles als Mitglieder des Finanzausschusses schon seit Monaten in unseren Unterlagen haben.

(Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir untersuchen aber nicht die Arbeit der Mitglieder des Finanzausschusses! Das ist definitiv nicht Teil des Untersuchungsauftrages!)

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Herr Schick, ich hatte Ihnen das Wort ausnahmsweise nicht erteilt. Vielleicht darf ich jetzt meine Reaktion hierauf abgeben, und zwar: Wir haben „zu klären, ob die Strukturen, insbesondere die Kommunikationswege zwischen dem BMF, der ... Bundesbank“ usw. usf. Zu Kommunikationswegen gehört natürlich auch dieses Schreiben, gehören natürlich alle Schreiben, mit denen die Mitglieder des Finanzausschusses informiert worden sind. Von daher ist die Frage, denke ich, beantwortet, und jetzt können wir auch fortfahren.

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Vorsitzender, vielleicht darf ich noch ergänzen, dass, wenn - deswegen habe ich das so gesagt - auf eine mündliche Frage schriftlich geant-

wortet wird, dies jetzt keine persönlichen Schreiben sind, sondern sie dann dem gesamten Bundestag zur Verfügung stehen, weil sie im Plenumsprotokoll auftauchen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ja, gut, jetzt ist die Antwort da.

(Abg. Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) meldet sich zu Wort)

- Herr Schick, bitte.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben zitiert aus dem Auftrag des Untersuchungsausschusses. Unter I geht es um die Strukturen, insbesondere die Kommunikationswege zwischen dem BMF, der Deutschen Bundesbank und der BaFin.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Insbesondere!

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht nicht um die Kommunikation an dieser Stelle mit den Mitgliedern des Finanzausschusses. Ich möchte da bitten, rechtlich präzise zu sein.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Das ist richtig. Es heißt auch dort „insbesondere“. Es geht jetzt auch um die Frage: Das Wort „insbesondere“ schließt auch andere Möglichkeiten selbstverständlich im Allgemeinen nicht aus. Aber ich denke, diese Antwort, die jetzt gegeben worden ist, dass wir alle diese Antwortschreiben haben, ist erteilt worden, und es beinhaltet überhaupt keinerlei Kritik an irgendeinem Mitglied des Ausschusses, an der Arbeit der Parlamentarier oder Ähnliches. Ich stelle das hier fest. Vielleicht können wir jetzt dann fortfahren in der Befragung durch die Kollegin Hauer.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das können wir nicht, denn die Strukturen beziehen sich nicht - -

Nina Hauer (SPD): Das finde ich auch nicht. Der Ausschuss ist eingerichtet worden, weil sich die Mitglieder der Opposition von der Regierung nicht ausreichend unterrichtet fühlten und diesen Vorwurf immer wieder wiederholt haben. Sie haben jetzt selber als Zeugin die Parlamentarische Staatssekretärin benannt, deren Aufgabe es ist, gegenüber dem Parlament zu berichten. Ich möchte jetzt

nachvollziehbar machen für alle, die auch in der Öffentlichkeit daran Interesse haben, inwieweit die Mitglieder auch der Oppositionsfraktionen in den letzten anderthalb Jahren von der Bundesregierung informiert worden sind.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Aus diesem Grunde habe ich sowohl die Frage als auch die Antwort nach meiner Rückfrage unter dem Gesichtspunkt der Darstellung der Kommunikationswege zugelassen. Die Antwort ist ebenfalls zugelassen. Von daher ist für mich die Angelegenheit beendet. Wir können mit der SPD-Fraktion fortfahren.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich beantrage eine Beratungssitzung hierzu. Das ist nicht gedeckt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Dann, Herr Schick, werden wir halt die Sitzung unterbrechen, eine Beratungssitzung durchführen, eine Mehrheitsabstimmung durchführen und dann fortfahren.

Dann bitte ich also die Öffentlichkeit, den Saal einstweilen zu verlassen, sodass wir dann in einer Beratungssitzung uns hier kurzschließen können.

Zeugin Nicolette Kressl: Meine Sachen kann ich hierlassen?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Ja, natürlich.

Nina Hauer (SPD): In diesem Zusammenhang können wir hoffentlich klären, dass hier der Herr Schick sagt, die Bundesregierung habe das Parlament nicht nur unvollständig und mangelhaft informiert, sondern - das ist die Hauptkritik, die Sie selber - -

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigen Sie mal! - Herr Vorsitzender, in welcher Sitzung wird denn das jetzt gerade - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Moment, Moment, keine ungeordneten Wortmeldungen! - Die Sitzung ist unterbrochen. Ich bitte jetzt die Öffentlichkeit, den Saal zu verlassen. Dann werden wir in eine Beratungssitzung eintreten.

(Unterbrechung der öffentlichen Sitzung: 12.32 Uhr)

(Wiederbeginn der öffentlichen Sitzung: 12.49 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung der Zeugin Nicolette Kressl

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Ich setze nunmehr die Befragung der Zeugin Nicolette Kressl fort und erteile Frau Nina Hauer namens der SPD-Fraktion für noch weitere zehn Minuten das Fragerecht.

Nina Hauer (SPD): Frau Kressl, die Vernehmung der Zeugen hier im Ausschuss hat ergeben, dass die Hypo Real Estate vor der Lehman-Insolvenz zwar latente Gefahren aufwies, aber zu keinem Zeitpunkt in einer existenzbedrohenden Situation war. Können Sie uns sagen, wann Sie zu diesem Thema das Parlament oder Abgeordnete informiert haben?

Zeugin Nicolette Kressl: Nun kann die Frage eigentlich in zwei Bereiche aufgeteilt werden. Es ist mir deshalb wichtig, zu differenzieren, weil ich manchmal den Eindruck habe, dass in der Öffentlichkeit eine Darstellung existiere, als seien die Informationen über die notwendigen Wertberichtigungen, also in Klammern CDO beispielsweise, in einem direkten Zusammenhang mit der Schieflage zu sehen, in die die HRE durch Liquiditätsprobleme gekommen sei. Deshalb ist es mir wichtig, zu differenzieren.

Es ist so, dass wir über die Frage CDO und notwendige Wertberichtigungen - das hatte ich vorhin schon gesagt - ja am 16. Januar 2008 einen Hinweis im Ausschuss gegeben hatten, während beispielsweise über die Frage, was ist denn der ursächliche Zusammenhang mit der Lehman-Pleite, beispielsweise am 25. März - - Das ist ja auch eine der Finanzausschusssitzungen, die ich natürlich auch sehr intensiv in Erinnerung habe, weil da Herr Sanio sehr deutlich gemacht hat, dass vorher eine Existenzgefährdung so nicht zu erkennen war, dass es eine andere Problematik war und dass die Liquiditätsproblematik aus seiner Bewertung durch die Lehman-Pleite ursächlich entstanden ist.

Nina Hauer (SPD): Dann war hier im Ausschuss immer wieder Thema auch die

Abspaltung, die schon im Jahr 2003 vorgenommen wurde. Wir hatten in der bisherigen Zeugeneinvernahme das Ergebnis, dass diese Abspaltung nicht im Zusammenhang mit der späteren Schiefelage der HRE steht. Können Sie sagen, wann Sie zu diesem Thema dem Parlament berichtet haben?

Zeugin Nicolette Kressl: Im Zusammenhang mit der Abspaltung ging es ja vor allem um mögliche Haftungsfragen. Da ist es so, dass wir auf der einen Seite in einem Teil einer Kleinen Anfrage am 21. November bereits Stellung genommen hatten, dann noch einmal im Ausschuss sehr ausführlich in einer Diskussion am 25. März, und ergänzend ist es so, dass die Fraktion Die Linke ja eine entsprechende Frage gestellt hat und davor dann auch der entsprechende Bericht an den Vorsitzenden des Finanzausschusses übersandt wurde. Es ist regulär so, dass dann er gebeten wird, das an alle Mitglieder des Finanzausschusses entsprechend zu verteilen.

Nina Hauer (SPD): Frau Kressl, während der bisherigen Zeugeneinvernahme hat sich herauskristallisiert, dass die Ursache für die HRE-Rettung nicht die Pfandbriefe waren - insofern, als dass deren Deckungsstock in irgendeiner Hinsicht gefährdet war -, sondern dass es vielmehr darum ging, einen abstrakten, aber für den Finanzmarkt sehr bedeutungsvollen Vertrauensverlust am Markt zu verhindern. Können Sie uns sagen, wann Sie zu diesem Thema dem Parlament berichtet haben?

Zeugin Nicolette Kressl: Ich fange einmal zeitnah an, weil ich glaube, es schält sich schon heraus, dass einige Daten in der Frage Debatte im Finanzausschuss sehr entscheidende sind. Dazu gehört auch die Sitzung am 25. März, wo eben beispielsweise Herr Sanio sehr ausführlich Auskunft gegeben hat über die Situation Pfandbriefmarkt und die Auswirkungen, die eine entsprechende Pleite der HRE auf diesen wichtigen Markt gehabt hätte, wo wir immer deutlich gemacht haben, dass wir da auch entsprechendes Vertrauen sicherstellen wollen.

Zusätzlich allerdings ist es so, dass es im März auch noch eine Kleine Anfrage gab, die sich in einem sehr breiten Spektrum mit der Frage Pfandbriefe beschäftigt hat. Es gab vorher auch schon eine mündliche Frage in dem Bereich. Und ich würde gern ergänzen,

dass natürlich die Problematik Pfandbriefmarkt und Gefährdung durch eine mögliche Insolvenz auch bei den Anhörungen, die wir zum Gesetzgebungsverfahren ja hatten, zum Beispiel der entsprechenden Novelle, obwohl dies nicht in der Gesetzgebungsarbeit selber verankert war, immer eine ganz wichtige Rolle gespielt hat, wo dann eben auch das immer wieder thematisiert wurde.

Nina Hauer (SPD): Dann hat hier in der Arbeit des Ausschusses eine große Rolle gespielt, dass die Holding der Hypo Real Estate faktisch in vollem Umfang geprüft wurde, unabhängig davon, ob das rechtlich möglich war. Können Sie kurz darstellen, wann Sie in dieser Frage Kontakt mit und Bericht gegenüber dem Parlament hatten?

Zeugin Nicolette Kressl: Ich kann mich an zwei Bereiche erinnern, wo ich mit der Frage Aufsicht über die Holding beschäftigt war. Das ist zum einen ein interner Bereich. Ich weiß, es ist nicht Ihre Frage, würde es aber gern einfach noch einmal chronologisch auch darstellen, nämlich dass ich auf eine schriftliche Anfrage von Herrn Funke an den Minister entsprechend geantwortet habe, dass wir vorhaben, es parlamentarisch entsprechend zu beraten.

Zum Zweiten ist es so: Nachdem es eine Debatte gab, inwieweit es eine materielle Auswirkung auch gehabt hat, ob die Holding der vollen Bankenaufsicht unterliegt, habe ich am 11. November einen ausführlichen Bericht auch wieder an den Finanzausschuss des Deutschen Bundestages geschickt. Ich habe schriftliche Fragen im März dieses Jahres beantwortet, habe am 25. März auch wieder mündliche Fragen dazu beantwortet, mit dem entsprechenden Hinweis, was das Gesetzgebungsverfahren angeht, und am gleichen Tag im Ausschuss, wieder der 25.03., als Herr Sanio da war, ist ja diese Frage auch sehr ausführlich thematisiert worden. Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern, dass Herr Sanio da deutlich gemacht hat, dass es zu Beginn der Debatte nie auf der Prioritätenliste auch der Bankenaufsicht stand. Das ist mir - dieser Zusatz sei mir erlaubt - deshalb so gut in Erinnerung, weil eben anschließend die mündliche Fragestunde dann im Plenum war, wo das eben auch noch einmal praktisch weiter thematisiert wurde.

Nina Hauer (SPD): Sind Ihnen als Parlamentarischer Staatssekretärin Initiativen aus dem Parlament heraus bekannt, die den Rechtszustand bezüglich der Prüfungen der Finanzholding hätten ändern wollen? Gab es da einen Gesetzentwurf oder einen Antrag aus dem Parlament?

Zeugin Nicolette Kressl: Ich kann mich nicht nur nicht an Gesetzentwürfe oder Anträge erinnern - es gäbe ja noch andere Wege -; ich kann mich auch nicht an einen Brief mit der Bitte, dass eine Initiative vonseiten des Hauses unternommen wird, erinnern.

Nina Hauer (SPD): Wir haben uns hier sehr intensiv mit der Frage beschäftigt: Was haben die Prüfungen der BaFin eigentlich ergeben, und was hat das Gespräch der BaFin mit der HRE ergeben? Es gab ja durchaus auch Hinweise auf organisatorische Mängel, die in diesem Prüfungsbericht beschrieben werden, die allerdings mit der späteren Schiefelage nicht im Zusammenhang stehen. Können Sie darstellen, wann Sie über dieses Thema dem Parlament berichtet haben?

Zeugin Nicolette Kressl: Frau Kollegin, da müsste ich gerade noch mal in meinen Aufzeichnungen nachschauen. Können Sie das noch mal genauer wiederholen, bitte?

Nina Hauer (SPD): Es geht um das Ergebnis der Sonderprüfung, die bei der HRE gravierende organisatorische Mängel festgestellt hat. Da hat es dann auch ein Gespräch mit der BaFin gegeben, wo die BaFin massiv darauf gedrängt hat und auch einen Zeitplan aufgestellt hat, diese Mängel abzustellen. Können Sie den Zeitraum nennen, wo Sie dazu dem Parlament berichtet haben?

Zeugin Nicolette Kressl: Wir haben, weil es natürlich im Vorlauf war zu dieser Über-sendung der BaFin-Berichte auch an die Geheimschutzstelle, Mitte November, am 10. November genau, über die Sonderprüfung der HRE im Ausschuss berichtet. Das heißt, wir haben einen schriftlichen Bericht vorgelegt. Die mündliche Diskussion, weil es nicht auf der regulären Tagesordnung stand, war dann am 3. Dezember zu der Frage Sonderprüfung. Ich hatte das vorhin schon erwähnt: Zwei schriftliche Nachfragen haben

wir dann am 15.12. schriftlich noch mal nachbeantwortet.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Ich übergebe nunmehr an Bündnis 90/Die Grünen. Herr Schick.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Frau Kressl, zunächst die Frage: Wie haben Sie und Ihre Mitarbeiter sich auf diese Befragung vorbereitet? Haben Sie Einsicht genommen in Protokolle, oder haben Sie mit Mitarbeitern von Fraktionen oder Abgeordneten von Fraktionen über diese Ausschussbefragung gesprochen?

Zeugin Nicolette Kressl: Ich habe mich vorbereitet, indem ich - wie Sie sicherlich festgestellt haben - die Protokolle der Ausschusssitzungen noch mal nachgelesen habe. Ich habe nicht mit Mitarbeitern der Fraktionen und Abgeordneten über diese Ausschusssitzungen gesprochen. Allerdings über den Untersuchungsausschuss selbst habe ich natürlich in der Fraktion als Fraktionskollegin, aber nur im Allgemeinen und grundsätzlich, gesprochen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber haben Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen im Finanzministerium für Sie mit Abgeordneten oder deren Mitarbeitern noch mal Kontakt aufgenommen?

Zeugin Nicolette Kressl: Nein.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie Ausschussprotokolle meinen, dann meinen Sie die Protokolle des Finanzausschusses und des Haushaltsausschusses respektive oder des Untersuchungsausschusses?

Zeugin Nicolette Kressl: Ich habe mich vorbereitet in der Frage „Information des Ausschusses über die Abläufe und die Informationsabläufe“, indem ich die Ausschussprotokolle des Finanzausschusses noch mal gelesen habe, und ich habe auszugsweise auch die öffentlichen Protokolle des Untersuchungsausschusses angesehen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche Auszüge haben Sie denn

da wahrgenommen, und wer hat diese Auszüge gemacht?

Zeugin Nicolette Kressl: Ich habe es auszugsweise gelesen. Es gab niemanden, der für mich Auszüge gemacht hat.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben also alle Protokolle der öffentlichen Sitzungen dieses Ausschusses sich zusammenstellen lassen und diese dann auszugsweise gelesen?

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Schick, Entschuldigung. Aber damit wir da exakt bleiben: Was heißt „zusammenstellen“? Das sind öffentliche, öffentlich zugängliche Protokolle.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, diese Protokolle sind nicht in dem Sinne öffentlich, sondern sie sind auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

Zeugin Nicolette Kressl: Ja, klar. Aber es ist eine öffentliche Sitzung mit Protokoll.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Vielleicht kann das Sekretariat noch genauer erklären, Herr Schick, was öffentlich und nichtöffentlich ist. Herr Holz, bitte.

MR Winfried Holz (BT): Die Protokolle stehen natürlich - wie jedes andere Ausschussprotokoll auch - der Bundesregierung zur Verfügung.

Zeugin Nicolette Kressl: Aber um es noch mal deutlich zu machen, Herr Schick, damit da keine Missverständnisse entstehen: Niemand hat für mich Auszüge in irgendeiner Form erstellt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich habe auch gehört, dass aus dem Ausschuss heraus - was ich auch gar nicht für schlimm erachte - Teile der Protokolle auf Internetseiten, auf den Homepages einzelner Abgeordneter existieren. Das ist, glaube ich, richtig, Herr Troost, nicht?

(Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja!)

So viel zum Thema Öffentlichkeit.

Zeugin Nicolette Kressl: Diesen Zugangsweg habe ich aber nicht genutzt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nein. Ich wollte nur darauf hingewiesen haben. Ich wollte angesichts der Frage dieses nur colorandi causa erwähnt haben.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will noch mal da anknüpfen, wo der Kollege Schäffler vorher seine Frage gestellt hatte, nämlich: Es gab ja eine Sonderprüfung zu den Abschreibungen auf sogenannte CDOs. Da war die Frage, die ja vorher nicht beantwortet wurde - wir haben inzwischen geklärt, dass man die durchaus stellen kann -, -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nein, das haben wir nicht geklärt. Aber stellen Sie bitte Ihre Frage.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - also die Frage: Was ist denn der Unterschied zwischen CDO und besicherter Schuldverschreibung?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das ist das Gleiche, was wir eben hatten. Es geht hier nicht darum, dass jetzt das finanztheoretische Wissen eines Zeugen, einer Zeugin befragt wird. Es geht nicht darum, in welcher Höhe CDOs existierten - das ist nicht Gegenstand der Frage -, sondern es geht hier darum: Es geht nicht um ein finanztheoretisches Seminar. Das war genau der Punkt, den ich hatte. Wenn Sie gefragt hätten: „In welchem Rahmen waren unbesicherte Schuldverschreibungen Ihres Wissens dort und dort enthalten oder CDOs?“, die Frage wäre absolut zulässig.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann auch erst die andere Frage stellen, die damit im Zusammenhang steht. Können Sie ausschließen, dass die Sicherheiten, die nachher gestellt worden sind, damit das Bankenkonsortium Liquidität zur Verfügung stellt, auch CDOs enthalten?

Zeugin Nicolette Kressl: Das kann ich aus meinem Wissen heraus nicht ausschließen. Das bedeutet aber nicht, dass ich hier sage, sie enthalten welche.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist mir klar, dass Sie das damit nicht sagen. Aber dann können Sie doch auch nicht ausschließen, dass die Son-

derprüfung, in der es um die CDOs ging, irrelevant für die Rettung war?

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Kollege Schick, es ging ja nicht um die Frage, inwieweit es irrelevant für die Rettung war. Ich habe vorhin sehr exakt beschrieben, was ja nicht nur ich in der Öffentlichkeit deutlich gemacht habe: dass die Ursache für die Schieflage, die Liquiditätsprobleme, in die die HRE geraten ist, nicht die Frage der Wertberichtigungen war, sondern eine Frage - das wissen Sie ja auch - der Fristentransformation und der daraus entstehenden Liquiditätsprobleme.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig. Ich beharre aber auf dem Punkt, dass man dann auch nicht ausschließen kann, dass die Ergebnisse dieser Sonderprüfung eine Relevanz im Rahmen der Rettungsmaßnahmen hatten.

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Kollege Schick, ich könnte mich nicht erinnern, dass dies je meine Formulierung war. Ich habe vorhin sehr deutlich gesagt, dass ich sehr großen Wert darauf lege, dass unterschieden wird zwischen der Frage „Liquiditätsprobleme ausgelöst“ - - Ich betone noch mal - das ist ja nicht was, was ich mir politisch irgendwie aus dem Ärmel schüttele, sondern von sehr vielen Experten bestätigt worden ist -, dass für die akute Krisensituation der HRE die Lehman-Pleite ursächlich war. Mehr habe ich nicht gesagt, weniger auch nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Dann sind wir uns ja einig, dass es da eine Relevanz hat.

Zeugin Nicolette Kressl: Nein.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben kann.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wir sind uns nicht einig.

Zeugin Nicolette Kressl: Entschuldigung, Herr Schick. Wir können jetzt gemeinsam - - Ich weiß nicht, darf ich, Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja, bitte.

Zeugin Nicolette Kressl: Ich finde es ein komisches Spiel, ehrlich gesagt. Ich lege sehr viel Wert darauf, immer sehr exakt zu formulieren, und lege Wert darauf, dass das dann auch exakt gehört wird und nicht Schlussfolgerungen daraus gezogen werden, die ich so nicht formuliert habe.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte bei dem Punkt weiter bleiben. Herr Sanio sagt am 15.10. - das ist Seite 66 des Protokolls des Finanzausschusses -, dass das Liquiditätsmanagement so war, dass man eben nicht gute Liquiditätszahlen ermitteln konnte im Rahmen der Rettungsmaßnahmen, und dass das etwas ist, was man schon in diesem Sonderprüfungsbericht erkannt hat. Er hat da also eine Verbindung gezogen zu der Schwierigkeit der Rettungsmaßnahmen. Können Sie diese Einschätzung teilen? - Das ist meine Frage.

Zeugin Nicolette Kressl: Ich habe das im Moment nicht präsent. Ich würde es gerne, wenn Sie wollen, noch mal nachlesen. Ich teile hier keine Einschätzungen, die ich jetzt verbal, also die ich nicht schriftlich vorliegen habe, will aber ausdrücklich noch mal sagen, dass auch Herr Sanio - und ich glaube, das ist doch der entscheidende Punkt, und daran kann ich mich am 25.03. sehr gut erinnern - immer wieder darauf hingewiesen hat: Erstens. Es war eine existenzgefährdende Situation der HRE nicht absehbar. Zweitens. Es gibt den - - Oder ich sage es anders: Ich kann mich nicht erinnern - das glaube ich auch nicht -, dass er gesagt hat, die Abschreibungssituation sei ursächlich gewesen für die Schieflage, in die die HRE geraten ist.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hatte ich auch nicht gesagt, wenn ich da präzisieren darf. Da hatte ich präzise formuliert. Es ging um das Liquiditätsmanagement an der Stelle, nicht um die Abschreibungen, jetzt bei meiner zweiten Frage.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ihre Fragezeit ist leider abgelaufen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich wollte nur auch meinerseits richtig interpretiert werden.

Zeugin Nicolette Kressl: Kein Problem.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Gut. - Dann übergebe ich jetzt an die CDU/CSU, die aber avisiert hat, keine Fragen zu haben. - Dann leite ich über zur FDP. Herr Dr. Wissing.

Dr. Volker Wissing (FDP): Frau Kressl, rückblickend auf den Fall HRE bezogen, können Sie sagen, die Finanzaufsichtsstrukturen in Deutschland haben sich bewährt?

Zeugin Nicolette Kressl: Ich bin zwar nicht sicher, dass das der Untersuchungsauftrag an sich ist. Ich glaube aber, schon mehrmals im Ausschuss auch deutlich gemacht zu haben, dass wir sagen: Im Grundsatz hat sich die Struktur bewährt. Wir haben, wie Sie wissen, in dieser Legislaturperiode auch einiges an Verbesserungen und Veränderungen auf den Weg gebracht. Ich darf nur an die entsprechende Richtlinie zur Zusammenarbeit zwischen BaFin und Bundesbank erinnern. Wir haben auch ein Gesetzgebungsverfahren in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht, um einiges zu verbessern. Insofern ist, glaube ich, klar: Es ist erkannt worden, dass es Veränderungsnotwendigkeiten in Details gibt. Aber in der Struktur und im Prinzip will ich das wiederholen, was ich im Ausschuss auch gesagt habe: Ja, die Struktur hat sich bewährt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Da ich nichts gesagt habe, ausdrücklich die Feststellung: Die Frage war zulässig.

Dr. Volker Wissing (FDP): Davon gehe ich immer aus, wenn Sie nichts sagen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ich wollte das angesichts der etwas angeheizten Atmosphäre nur einmal auch explizit feststellen.

Zeugin Nicolette Kressl: Ja, Herr Vorsitzender, ich habe sie ja auch gleich mit beantwortet.

Dr. Volker Wissing (FDP): Frau Kressl, der Präsident der BaFin, Herr Sanio, hat uns gesagt, die HRE sei ein Saustall gewesen, ein Schneeball, der rollte und immer größer

wurde, eine Bank in der Falle. Wann war Ihnen das bewusst, ab welchem Zeitpunkt?

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Kollege Wissing, ich habe - -

(Zuruf der Abg. Nina Hauer (SPD))

Dr. Volker Wissing (FDP): Frau Hauer will das präzisiert haben auf die DEPFA; Herr Sanio bezog das aber auf die HRE-Gruppe insgesamt. Die Ursache lag in der Tat bei der DEPFA; aber die Äußerungen von Herrn Sanio bezogen sich auf die Hypo Real Estate Holding, also die Group.

Zeugin Nicolette Kressl: Ich will es neutral formulieren. Es ging ja um die Frage der Liquiditätsprobleme auf der einen Seite und um die Frage der Strukturschwierigkeiten, zum Beispiel was die IT-Ausstattung angeht usw. Diese Tatsache ist mir ab dem Zeitpunkt bewusst, als mir eben auch die Berichte bewusst wurden. Ich hatte Ihnen ja vorhin schon deutlich gemacht, dass das dann nach dieser Debatte im Finanzausschuss war.

Dr. Volker Wissing (FDP): Können Sie das Datum noch mal nennen?

Zeugin Nicolette Kressl: Wir hatten - jetzt muss ich aufpassen - die Debatte, beginnend bei der Frage Sonderprüfung, am 08.10., nach dem zweiten Rettungswochenende, und danach hatten wir dann mehrere Einzeldebatten jeweils zu den Terminen des Finanzausschusses.

Dr. Volker Wissing (FDP): Besten Dank. - In der Schweiz, wie wir wissen, gab es Krisenszenarien. Hat man, nachdem das HRE-Debakel in der Führungsspitze des BMF bekannt wurde, für Deutschland auch solche Krisenszenarien vorgesehen? Gab es darüber Gespräche?

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Kollege Wissing, ich kann das nur beantworten, was meinen Einbezug angeht, nicht für das gesamte Haus. Ich habe Ihnen vorhin beschrieben, dass ich nicht in den operativen Teilen war. Ich habe an keinem Gespräch teilgenommen, in dem ein entsprechendes Krisenszenario entwickelt worden ist. Aber ich be-

tone noch mal: Diese Frage kann ich nur in Bezug auf meinen Einbezug beantworten.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aus der Skizze, die im Finanzausschuss in der Ausschussdrucksache 16/70295 enthalten ist, ergibt sich, dass als Ziel der kurzfristige Verkauf der Bankentöchter vorgesehen war. Können Sie mir sagen, weshalb diese Vorgabe nicht erfüllt wurde, sondern stattdessen die Verstaatlichungsvariante gewählt wurde, die in der Ansprache vor den Fraktionen am 30. September 2009 seitens Herrn Steinbrück noch kategorisch abgelehnt wurde? Weshalb nicht der kurzfristige Verkauf der Institute?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: 2008!

Dr. Volker Wissing (FDP): Habe ich 9 gesagt?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ja.

Dr. Volker Wissing (FDP): Dann habe ich mich vertan. 2008.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das ist jetzt eine sehr komplexe Frage. Haben Sie die Drucksache oder die Skizze vorliegen, die Herr Wissing da anspricht?

Zeugin Nicolette Kressl: Können Sie mir das sagen?

Dr. Volker Wissing (FDP): Das ist Seite 181.

Zeugin Nicolette Kressl: Sagen Sie noch mal das Datum? Dann kann ich eventuell blättern.

Dr. Volker Wissing (FDP): Es gibt eine Ausschussdrucksache auch des Finanzausschusses, und auf dieser Skizze ist vorgesehen der kurzfristige - -

Zeugin Nicolette Kressl: Ja, Herr Wissing, das habe ich verstanden. Aber wenn Sie mir das Datum sagen, könnte ich nachschauen, ob ich sie habe.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich habe die Drucksachennummer genannt. Das Datum der Drucksache kenne ich jetzt nicht.

(Zuruf: 29.09.2008!)

- Man ruft mir zu, es sei der 29.09.2008 gewesen, das Datum der Skizze. Wir hatten das hier schon mehrfach erörtert, aber Sie waren da ja nicht anwesend. Da steht eben „kurzfristiger Verkauf der Institute“. Das war die Information, die der Finanzausschuss bekommen hat. Und dann später - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: War das eine Drucksache nach dem ersten Rettungswochenende?

Dr. Volker Wissing (FDP): Nach dem ersten Wochenende.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Aber vor dem zweiten Wochenende?

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nach dem ersten Wochenende, vor dem zweiten Wochenende, also noch nicht unter Einbeziehung der neuen Regularien des zweiten Wochenendes?

Dr. Volker Wissing (FDP): Ja.

Zeugin Nicolette Kressl: Gut. Aber unabhängig von der Frage, ob ich diese Skizze jetzt finde oder nicht, ich habe ja beschrieben: Meine Aufgabe war nicht, im Detail ins operative Geschäft einzusteigen. Insofern wäre es jetzt reine Spekulation, wenn ich Ihnen hier eine Auskunft gebe.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber Sie können nachvollziehen, dass es natürlich zu Irritationen des Parlaments geführt hat, wenn man einerseits so informiert wird mit einem klaren Konzept und das am Ende ganz anders läuft?

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Kollege Wissing, ich kann mich auf der anderen Seite an keine einzige Frage im Ausschuss - und es gab ja sehr viele Finanzausschusssitzungen seither - von Ihrer Seite oder vonseiten Ihrer Fraktion erinnern, die um eine Klärung dieser Frage gebeten hatte. Insofern fällt es mir nicht ganz leicht, jetzt nachzuvollziehen,

dass das zu Irritationen geführt hat, wenn Sie nicht die Zeit genutzt haben, diese Frage ans Haus zu geben.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Darf ich Sie etwas fragen, Herr Wissing? Meinen Sie vielleicht die Information, die dann mit dem 13. November endet, in der auch sinngemäß enthalten ist, dass bestimmte Bereiche aus dem Paket des ersten Rettungswochenendes sich vor dem Hintergrund des zweiten Wochenendes und der nunmehrigen Absprache auch bezüglich Sicherungsgarantien und Nichtgarantien und ELA-Faszilitäten als gegenstandslos erwiesen haben? Dann müssten wir das der Zeugin noch mitteilen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Nein. Ich beziehe mich einfach auf den Punkt, dass hier in einer Vorlage für den Finanzausschuss stand, dass man den kurzfristigen Verkauf der Institute vereinbart habe, davon aber später nie mehr die Rede war und man das niemals vollzogen hat. Ich versuche einfach nur zu verstehen, wie es zu so etwas kommt.

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Vorsitzender, ich beschreibe es noch mal - -

Dr. Volker Wissing (FDP): Wenn ich das vielleicht noch zum Verständnis erläutern darf: Meine Vermutung geht dahin, dass das mit den Wirren des Rettungswochenendes zu tun hat und dass es so reingekommen ist. Ich frage dennoch Sie, obwohl Sie da nicht teilgenommen haben, weil Sie uns ja informiert haben.

Zeugin Nicolette Kressl: Ja, Herr Kollege Wissing, ich sage noch mal: Es gab ja zwischendrin immer operative Entscheidungen, an denen ich nicht teilgenommen habe. Aber ich möchte es gern noch mal betonen. Sie haben gesagt, es hätte sehr viel Verwirrung gestiftet. Ich kann mich erinnern - und da bin ich mir sehr sicher; das ist ja nun auch schon ein Dreivierteljahr her -, dass diese Frage von Ihrer Fraktion nie an mich oder an irgendjemanden aus dem Finanzministerium herangetragen worden ist.

Dr. Volker Wissing (FDP): Frau Kressl, die Liquiditätshilfen sollten der HRE lediglich über die Schwierigkeiten bei der Liquiditätsbeschaffung hinweghelfen. Warum wurde

dann die langfristige Stützung der HRE erforderlich, und wie steht die langfristige Stützung mit den ursprünglichen Zielen im Einklang?

Zeugin Nicolette Kressl: Also, das ursprüngliche Ziel, Herr Kollege Wissing, war von Anfang an, die bedrohliche Situation im Bereich des Finanzmarktes, zum Beispiel die Austrocknung des Finanzmarktes, zu verhindern. Und Sie wissen auch - darüber haben wir mehrmals im Ausschuss gesprochen -, dass wir immer - der Begriff passt vielleicht nicht ganz - eine sehr volatile Situation hatten. Das heißt, äußere Bedingungen änderten sich, die Frage Illiquiditäten änderte sich. Es ging immer um das gleiche Ziel, nämlich den Zusammenbruch zu verhindern, um die katastrophalen Wirkungen auf dem Finanzmarkt insgesamt nicht eintreten zu lassen. Was Sie beschreiben, sind Mittelveränderungen. Aber es ist eine Kontinuität bei der Frage „Was ist eigentlich das Ergebnis des staatlichen Handelns oder des parlamentarischen Handelns?“ gewesen.

Dr. Volker Wissing (FDP): Hat es seit dem Bankenrettungswochenende eine Veränderung der Kommunikationsstrukturen innerhalb des Bundesministeriums der Finanzen, insbesondere zwischen der Abteilung VII und der Hausspitze, gegeben?

Zeugin Nicolette Kressl: Die Kommunikationsstrukturen - ich weiß ja jetzt nicht, welchen Einzelpunkt Sie ansprechen -, was die Frage beispielsweise der Quartalsberichte angeht, sind so, dass wir weiterhin der Überzeugung sind, dass nicht jeder Quartalsbericht insgesamt an die Hausspitze gegeben werden muss. Die Frage „Inwieweit gibt es auch informellen Informationsaustausch in den Referaten selbst?“ ist, wenn ich mich nicht täusche, bereits im Finanzausschuss beschrieben worden. Da bin ich mir fast sicher - das können wir noch mal nachgucken -, weil ich noch weiß, dass der Herr Vorsitzende dann gesagt hat, das sei exekutives Handeln, Organisationsstrukturen entsprechend aufzuzählen. Wir haben da aber noch mal mehr Kommunikation auch in den Referaten selbst hergestellt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr.

Dr. Volker Wissing (FDP): Können Sie das präzisieren, was das heißt: „mehr Kommunikation ... in den Referaten ... hergestellt“? Damit kann ich nichts anfangen.

Zeugin Nicolette Kressl: Zum Beispiel regelmäßigeren Informationsaustausch, was das Referat selbst macht.

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber entschuldigen Sie: Meine Frage bezog sich doch nicht auf innerhalb der Referate, sondern auf zwischen der Abteilung VII und der Hausspitze.

Zeugin Nicolette Kressl: Die Abteilung VII insgesamt wird - und tut es -, wie bisher, alles, was für die Leitung des Hauses als wichtig erachtet wird, in entsprechenden Unterrichtungsvorlagen oder Mails auch an die Spitze des Hauses weitergeben. Die Frage hat aber ein wenig unterstellt, -

Dr. Volker Wissing (FDP): Nein.

Zeugin Nicolette Kressl: - dass es da bisher ein Defizit gegeben hat.

Dr. Volker Wissing (FDP): Nein.

Zeugin Nicolette Kressl: Das habe ich vorhin schon deutlich gemacht.

Dr. Volker Wissing (FDP): Nein. Entschuldigen Sie, ich habe überhaupt nichts unterstellt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nein, aber - -

Dr. Volker Wissing (FDP): Aber ich muss doch eine Antwort auf die Frage kriegen, ob es eine Veränderung der Kommunikationsstrukturen zwischen der Abteilung VII und der Hausspitze gegeben hat.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Aber sie hat gesagt: Nein. Und jetzt ist es - -

Dr. Volker Wissing (FDP): Also nein?

Zeugin Nicolette Kressl: Nein. Die Frage, wie Vorlagen von der Abteilung VII an die Hausspitze gegeben werden, ist so wie bisher, weil wir keine Defizite in der Frage

„Wie unterrichtet die Abteilung die Hausspitze?“ gesehen haben.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. Damit ist die Antwort erteilt. - Jetzt gebe ich weiter an die SPD. Frau Nina Hauer.

Nina Hauer (SPD): Ist es richtig, Frau Kressl, dass man anlehnend an die Fragen, die Herr Wissing gestellt hat, davon ausgehen kann, dass Sie oder auch der Minister das Parlament über das erste Rettungspaket informiert haben?

Zeugin Nicolette Kressl: Selbstverständlich haben wir über das Rettungspaket informiert. Da ist natürlich nicht nur der Finanzausschuss gefragt, sondern auch der Haushaltsausschuss gefragt gewesen. Ich darf aber ergänzen, dass es ja auch direkte Informationen des Ministers an die Fraktionen gab.

Nina Hauer (SPD): Haben Sie denn das Parlament dann auch über den Weg und die Ursachen und die Lösungen des zweiten Rettungspakets informiert?

Zeugin Nicolette Kressl: Da beziehe ich mich ganz explizit auch wieder auf die Informationen im Finanzausschuss. Das war die Sitzung am 8. Oktober, wo wir ausführlich dann entsprechend informiert haben.

Nina Hauer (SPD): Sind aus dem Parlament Fragen an Sie gestellt worden bezüglich der Einnahmen des Bundes aus den Garantien, die der Bund gegeben hat, oder aus einer eventuell aus den Rettungspaketen resultierenden Belastung der Steuerzahler, und können Sie das kurz skizzieren?

Zeugin Nicolette Kressl: Zu diesem Themenbereich gab es sowohl eine Reihe von Fragen, schriftlich oder mündlich, wie auch Nachfragen im Finanzausschuss, wenn ich mich nicht täusche, auch mehrmals unter TOP 0, das heißt nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Da habe ich aber die jeweiligen Daten nicht mehr präsent.

Nina Hauer (SPD): Ist denn der Steuerzahler belastet worden?

Zeugin Nicolette Kressl: Bisher in keinster Weise.

Nina Hauer (SPD): Nimmt der Bund aus den Garantien was ein?

Zeugin Nicolette Kressl: Wir haben ja auch gesetzlich festgelegt, dass die Bürgschaften mit einer entsprechenden Gebühr belegt werden. Wir hatten - daran kann ich mich erinnern - auch im Ausschuss und, wenn ich mich nicht täusche, auch in der mündlichen Fragestunde diese Fragen mal, wo ich immer darauf hingewiesen habe, dass die einzelnen vertraglichen Bedingungen nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können. Aber wir haben immer deutlich gemacht, dass der Staat im Moment durch die entsprechenden Gebühren auch tatsächlich Geld einnimmt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt Herr Spiller.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Frau Kressl, im Ausschuss, hier im Untersuchungsausschuss, haben wir von vielen Zeugen gehört, dass bei diesem Rettungswochenende, dem ersten Rettungswochenende, der Staatssekretär, der Minister, die Bundeskanzlerin sehr hoch gepokert haben, letzten Endes aber erfolgreich. Hat es in Ihrem Hause danach eine Diskussion gegeben? Gab es irgendwelche Stimmen, die dem Minister oder dem Staatssekretär vorgehalten haben: Ihr seid aber zu riskant vorgegangen. Das hätte auch schiefgehen können?

Zeugin Nicolette Kressl: Ich habe keinerlei Stimmen, die einen inhaltlichen Tenor in dieser Art hatten, gehört, schon gar nicht in irgendeiner schriftlichen Form. Aber es gab auch eine Debatte in dieser Form nicht, zumindest keine, die ich wahrgenommen habe.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Würden Sie denn der Bewertung widersprechen, dass unter diesen damaligen Umständen Bundesfinanzminister und Staatssekretär das Beste überhaupt rausgeholt haben, was zu machen war?

Zeugin Nicolette Kressl: Ich will noch mal ausdrücklich deutlich machen, dass ich ja an den Rettungswochenenden operativ

nicht beteiligt war. Da ich aber mehrmals öffentlich genau diese Wertungen von mehreren Fachleuten gehört habe und ich diesen entsprechenden Eindruck auch hatte, kann ich das teilen. Aber damit hier nicht der falsche Eindruck entsteht: Das direkte Erleben der Rettungswochenenden kann ich Ihnen hier nicht beschreiben.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank.

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Es geht weiter mit der Fraktion Die Linke. Herr Dr. Troost.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Schönen Dank. - Also, das heißt, eine Auswertung des Rettungswochenendes in dem Leitungsgremium hat nicht stattgefunden, oder doch?

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Kollege Troost, ich weiß überhaupt nicht, wie Sie zu der Schlussfolgerung kommen können: „Das heißt also ...“ Selbstverständlich ist über die Frage inhaltlicher Konsequenzen dann auch gesprochen worden.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, weil die Frage „Habt ihr hoch gepokert oder nicht?“ dann ja auch da besprochen worden wäre, wenn man darüber geredet hätte.

Zeugin Nicolette Kressl: Nein, Herr Troost, Entschuldigung. Ich hatte Herrn Spiller noch mal deutlich gemacht, damit hier nicht ein falscher Eindruck entsteht, dass ich an den Rettungswochenenden selbst nicht beteiligt war, habe dann allerdings meinen Eindruck - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wir reden ja vom Leitungsgremium.

Zeugin Nicolette Kressl: Bitte?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wir reden ja vom Leitungsgremium, das in der Woche danach getagt hat.

Stellvertretende Vorsitzende Daniela Raab: Wenn wir die Zeugin ausreden lassen, bitte.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja. Das ging nur in die falsche Richtung.

Zeugin Nicolette Kressl: Nein, es ging nicht in die falsche Richtung. Sie haben die Schlussfolgerung gezogen: Also, das heißt, es ist darüber nicht gesprochen worden. Ich habe Ihnen deutlich gemacht, dass aus dem, was ich bisher gesagt habe, diese Schlussfolgerung in keinster Weise gezogen werden kann. Selbstverständlich ist dann nach dem Rettungswochenende über die Situation, über die Inhalte und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten gesprochen worden.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Waren diejenigen, die operativ an dem Wochenende beteiligt waren, auch etwas schockiert über die ständig sich ändernden Zahlen des HRE-Vorstandes?

Zeugin Nicolette Kressl: Es hat sicherlich - das war ja öffentlich auch nachlesbar - Irritationen ausgelöst.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ist dabei aufgefallen, dass im Finanzministerium der Abschlussbericht der BaFin zur HRE noch gar nicht vorlag?

Zeugin Nicolette Kressl: Sie wissen, dass die Frage „Abschlussbericht und Berichte“ am 15. Oktober im Ausschuss thematisiert wurde. Wir haben in der Auswertung - das halte ich inhaltlich auch nicht für notwendig, weil das ja wieder den Eindruck erweckt, das sei sozusagen die notwendige inhaltliche Grundlage gewesen - über diesen Abschlussbericht nicht im Detail gesprochen, nicht in den Sitzungen, an denen ich teilgenommen habe - damit da auch kein Missverständnis entsteht.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja, weil wir ja hier im Finanzausschuss mitgekriegt haben, dass erst am 16. Oktober aus dem Büro Weber, Bundesbank, an den Minister überhaupt die entsprechenden Passagen aus dem Abschlussbericht gefaxt worden sind.

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Kollege Troost, darauf habe ich ja gerade hingewiesen. Ich habe gerade gesagt: Sie wissen ja, dass die Frage des detaillierten Prüfungsberichtes nach dieser Sitzung am 15.10. dann thematisiert wurde.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Aber dann wusste man möglicherweise in der Spitze des Hauses auch gar nicht über genau diese von Ihnen schon angesprochene schlechte EDV-Situation, über das schlechte Liquiditätsmanagement Bescheid.

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Kollege Troost, aber es ist ja eigentlich inzwischen, wenn ich das richtig werte, allgemeine Erkenntnis, dass beispielsweise die Frage der IT-Ausstattung und der Vernetzung - um die ging es ja - bei den verschiedenen Töchtern -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Unter anderem.

Zeugin Nicolette Kressl: - nicht ursächlich war für die Schieflage der HRE und dass auf der einen Seite ja in den Gesprächen der BaFin mit dem Vorstand - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Es geht ja nicht um die Ursache, sondern es geht darum, dass sich dadurch eben auch die Zahlen ständig veränderten, und Herr Müller als Zeuge vor Ihnen, der war schockiert im Gegensatz zu Ihnen und dem Ministerium.

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Troost, Entschuldigung, aber - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Troost, wir müssen die Zeugen - wir haben schon mehrfach darüber gesprochen, ganz freundschaftlich - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wir sollten die jeweiligen Zeugen, egal wer es ist, ausreden lassen.

Zeugin Nicolette Kressl: Ja, aber auch - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Unsere sieben Minuten sind halt immer so knapp.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Nein, Sie kriegen so viele sieben Minuten, wie Sie brauchen, Herr Troost.

Zeugin Nicolette Kressl: Aber Herr Kollege Troost, ich meine, bei sieben Minuten - - Sie können ja Runden machen, so viel Sie

wollen. Aber dennoch rechtfertigt die Kürze der Zeit nicht, dass Sie in Ihre Frage jetzt wieder eine Unterstellung reinnehmen. Sie haben nämlich gerade gesagt, im Gegensatz zu mir sei Herr Müller schockiert gewesen. Ich habe deutlich gesagt: Ja, wir waren irritiert. - Das ist eine andere Wortwahl. Aber vielleicht haben Sie mir gerade nicht zugehört oder es bewusst verdreht.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nein. Aber die Irritation kam ja möglicherweise, weil man den Abschlussbericht nicht kannte; sonst wäre man gar nicht irritiert gewesen.

Zeugin Nicolette Kressl: Das ist eine Interpretation, die ich so nicht teile.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ganz anderer Punkt, mal eine Vermengung, in der Tat, von meinen Fragen und dem Untersuchungsausschuss hier: Ich hatte Sie einmal gefragt nach einem Bericht aus dem *Spiegel*, dass Mitarbeiter der KfW an Ihr Haus ausgeliehen worden sind und möglicherweise dort auch mit der Bankenaufsicht befasst waren. Wissen Sie noch, was Sie darauf an mich geantwortet haben?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ist das jetzt wieder eine Frage, die zum Untersuchungsgegenstand gehört?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Dazu kommen wir gleich, da werden wir ganz direkt hier im Untersuchungsausschuss landen.

Zeugin Nicolette Kressl: Ich habe es nicht mehr im Kopf.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Gut, Sie konnten das nicht sofort - - sondern haben mir eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

Zeugin Nicolette Kressl: Genau, richtig, ja.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Die ist auch erfolgt, mit der Antwort, dass das stimmt, aber dass die Person eben nicht mit der Bankenaufsicht befasst ist. Nun haben wir im Untersuchungsausschuss inzwischen die Personalbesetzung des Referats Bankwesen bekommen. Daraus ergibt sich ganz eindeutig, dass Frau Dr. Brinkmann die

entsprechende Person ist, über die wir geredet haben, zu der ich gefragt habe, und ihr Chef, Herr Schrader, hat uns hier mitgeteilt, dass diese Frau Dr. Brinkmann eben genau für die Umsetzung der Verträge nach dem Rettungswochenende zuständig gewesen ist.

(Nina Hauer (SPD): Was hat das mit Bankenaufsicht zu tun?)

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Hat das nichts mit dem Referat Bankenaufsicht zu tun?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sie wollten noch erläutern, was es mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hat.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ja: dass ich da in dem Fall in der Tat das Gefühl habe, wir haben einfach eine falsche Antwort bekommen, weil die Person - das haben wir durch den Finanz-, durch den Untersuchungsausschuss rausbekommen - eben in der Tat direkt mit der HRE und den vertraglichen Geschichten befasst war.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Frau Kressl, können Sie diese Frage beantworten? Sie müssen sie meines Erachtens nicht beantworten, da sie nicht zum Untersuchungsgegenstand gehört.

Zeugin Nicolette Kressl: Vor allem habe ich die Frage noch nicht erkannt. Das war ja eine Bewertung. Ich bin mir sehr sicher, dass es eine exakte und richtige Antwort war, die ich Ihnen schriftlich gegeben habe.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Gut, das werden wir dann in dem Endbericht noch mal im Einzelnen nachzufassen haben. - Erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke schön. - Nunmehr Bündnis 90/Die Grünen. Herr Schick.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Ich will noch mal, weil das vorher in der Luft hängen blieb, das genaue Zitat nennen bei meiner Frage zu dem Liquiditätsmanagement, was bei der Sonderprüfung Gegenstand war, und der Bedeutung, die das für die Rettungsmaßnahmen hatte. Da zitiere ich aus dem Finanzaus-

schussprotokoll vom 15.10.08, Seite 66, eine Äußerung von Herrn Sanio, der sagt:

Gegenstand der Prüfung sei das Risikomanagement gewesen inklusive des Managements zur Liquiditätssteuerung. Dort seien gravierende Schwächen festgestellt worden. Diese Schwächen, die sich jetzt auch in der zugespitzten Situation als besonders fatal erwiesen ...

Meine Frage war dann, ob Sie diese Kenntnis der BaFin teilen können und Ihnen bekannt ist, dass sich die Schwächen, die in der Sonderprüfung festgestellt worden sind, dann als besonders fatal erwiesen. Das ist ja das, was Herr Sanio uns im Finanzausschuss sagt.

Zeugin Nicolette Kressl: Ich bin der Überzeugung, dass sich die Ergebnisse des Berichtes nicht gravierend auf das Handeln ausgewirkt haben.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe jetzt nicht verstanden, was Sie mir damit sagen wollen.

Zeugin Nicolette Kressl: Ich kann auch sagen: Das ist eine Bewertung von Herrn Sanio, die ich so nicht teile.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie eigene Erkenntnisse, mit denen Sie zu einer anderen Meinung kommen als Herr Sanio? Lesen Sie zum Beispiel den Prüfbericht anders? Denn das wäre ja interessant.

Zeugin Nicolette Kressl: Ich habe - ich kann Ihnen das nicht auf einen Punktsinn - - immer wieder auch die Informationen - - dass vonseiten der Bankenaufsicht - - und es gab ja auch andere Vertreter und Vertreterinnen der BaFin hier, die immer wieder deutlich gemacht haben, dass die Frage Schiefelage der HRE, Umsetzung dessen, was dann zur Rettung der HRE notwendig war, nicht in einem direkten Zusammenhang mit diesen Prüfberichten steht. - Auch vermutlich nachlesbar.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Prüfbericht, der ja auch erst nach der entscheidenden Frage zur Verfügung stand - - Ich verstehe Herrn Sanio so, dass er sagt: „Das Liquiditätsmanagement ist

schlecht; deswegen kann man die Zahlen nicht ermitteln, und deswegen war die Steuerung in diesem schwierigen Fahrwasser im September 2008 extrem schwierig“ und dass daher der Zusammenhang kommt.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Frage!

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso sagen Sie dann, das hätte keinen Zusammenhang?

Zeugin Nicolette Kressl: Für mich ist die entscheidende Frage, ob es eine materielle Ursächlichkeit für die Schiefelage gibt. Die sehe ich nicht.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zusammenhänge müssen ja nicht unbedingt kausal sein. Aber brechen wir das an der Stelle ab.

Ein anderes Thema. In der *Frankfurter Allgemeinen* vom 7. Oktober 2008 wird Bezug genommen auf einen Sprecher des Finanzministeriums, welcher erklärt haben soll, die HRE sei ein grundsolides Unternehmen. Können Sie sagen, wie man zu dieser Zeit im Finanzministerium zu dieser Einschätzung gekommen ist, vor dem Hintergrund der Kenntnisse, die ja im Hause vorlagen, und würden Sie die Einschätzung so für richtig halten, aus der Sicht des damaligen Zeitpunkts heraus?

Zeugin Nicolette Kressl: Ich kann die Äußerung aus dem damaligen Zeitpunkt heraus nicht bewerten; das steht mir so nicht zu. Aber aus der jetzigen Sicht, mit den Analysen, kennen wir die Problematik ja, und dann wäre der Begriff „solides Unternehmen“ sicherlich ein falscher.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo würden Sie die Mängel an Solidität denn heute sehen, wenn Sie sie damals so nicht bewerten wollen?

Zeugin Nicolette Kressl: Wenn es in Sonderprüfberichten eine Reihe von Mängeln gibt, die zu einem Gespräch der Bankenaufsicht mit dem Vorstand führen - was ja so war -, wo es ja auch sehr konkrete Vereinbarungen gab, wie Sie wissen, dem entsprechend abzuhelfen, dann sind das natürlich gravierende Mängel - in Klammern: unab-

hängig, das will ich noch mal betonen, von der Frage Liquiditätsproblematik -, denen in jedem Banken- oder in jedem Finanzunternehmen, jedem Institut entsprechend abgeholfen werden muss. Insofern ist es, glaube ich, in Ordnung, zu sagen: Da gab es gravierende Mängel, das kann nicht zu dem Markenzeichen „solide“ führen. - Aber - das hatte ich vorhin schon mehrmals gesagt - daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, dass dieses ursächlich war für die Schieflage der HRE - - ist eben eine, die ich nicht für zulässig halte.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Schlussfolgerung habe ich in dieser Frage nicht gezogen. Deswegen ist das nicht der Punkt, sondern die Frage ist, wie man am 7. Oktober, nach dem zweiten Rettungswochenende, obwohl diese Sonderprüfberichte, die Sie gerade zitieren, in der Einschätzung, dass es eben kein grundsolides Unternehmen sei - - wieso es dann zu einer Äußerung aus dem Finanzministerium kommt, die uns weisgemacht hat, es sei ein grundsolides Unternehmen. Das ist eine Frage, die uns schon interessiert; denn das zeigt ja, dass man versucht hat, in der Öffentlichkeit - - dass der Eindruck, der in der Öffentlichkeit aus Äußerungen aus Ihrem Haus entstanden ist, ein anderer war als der, den man intern haben musste.

Zeugin Nicolette Kressl: Herr Kollege Schick, verzeihen Sie, aber Sie beziehen sich auf eine Äußerung eines Sprechers. Das kann ich nicht fremdinterpretieren - was Sie ja von mir verlangen würden.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung! Das ist ja jetzt nicht irgendein Sprecher, das ist ein Sprecher des Hauses, das Sie uns gegenüber im Parlament vertreten. Deswegen ist es die Frage, ob die Information, die uns und der Öffentlichkeit gegeben worden ist, richtig ist. Die ist hier deswegen relevant, weil man möglicherweise, wenn man Kenntnis hat, dass es kein grundsolides Unternehmen ist, vielleicht mehr als eine Liquiditätshilfe gebraucht hätte.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Schick, würden Sie uns noch die Fundstelle, auf die Sie sich beziehen, nennen?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe die Seitenzahl jetzt nicht vorliegen.

Zeugin Nicolette Kressl: Es ging ja nicht um eine Seitenzahl. Das war eine Presseveröffentlichung.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ist das eine Zeitungsnotiz, oder was ist das?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. *Frankfurter Allgemeine*, 7. Oktober 2008: BMF-Sprecher bezeichnet die HRE als ein grundsolides Unternehmen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay, gut, 7. Oktober 2008. - Können Sie dazu etwas sagen?

Zeugin Nicolette Kressl: Ich habe es gerade schon beschrieben: Ich hatte ja bereits gehört - - Herr Schick hatte es schon zitiert: *FAZ*. Ich habe gesagt: Ich kann Zeitungsausschnitte, die ja sozusagen mittelbar sind, eines Sprechers des BMF hier jetzt nicht bewerten.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay, danke schön. - Dann - die Zeit war abgelaufen - gebe ich nochmals, falls Bedarf sein sollte, an die CDU/CSU. - Wieder Abwinken. Dann übergebe ich an die FDP.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich habe noch eine Frage, Herr Vorsitzender. - Frau Kressl, Herr Dr. Wieandt hat hier gesagt: Man hat zu keinem Zeitpunkt eine Chance gesehen, die HRE-Töchter zu verkaufen. - Warum wurde das eigentlich dem Parlament nie mitgeteilt?

Zeugin Nicolette Kressl: Auch das ist jetzt ein Zitat, das ich im Moment nicht vorliegen habe. Die Frage ist: Hat es Auswirkungen auf parlamentarisches Handeln gehabt? - Das kann ich jetzt nicht endgültig bewerten.

Dr. Volker Wissing (FDP): Das ist doch haushaltsrechtlich relevant.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Frau Kressl, ist Ihnen die Aussage bekannt? - Das wäre überhaupt mal die erste Frage.

Zeugin Nicolette Kressl: Nein; das hatte ich ja gerade schon indirekt formuliert.

Dr. Volker Wissing (FDP): Es hat doch eine haushaltsrechtliche Relevanz, ob diese Töchter verkauft werden, veräußert werden können oder nicht. Uns wurde nach dem ersten Bankenrettungswochenende gesagt, man plane den Verkauf der HRE-Töchter, und Herr Wieandt sagt: Da hat man keine Chance gesehen.

Zeugin Nicolette Kressl: Ja, aber Herr Kollege Wissing, das hatte ich ja -- Ich nehme an, das bezieht sich jetzt etwas auf Ihre vorherige Frage, was die Übersicht angeht. Da hatte ich Ihnen ja schon beschrieben - nur allgemein, nicht auf die konkrete operative Situation -, dass sich äußere Bedingungen in dieser sehr hektischen Zeit immer extrem schnell verändert haben. Ich kann mir sehr gut vorstellen - aber das ist eine Spekulation, wo ich ganz vorsichtig bin -, dass genau dieses auch in diesen Bereich fällt. Ich habe keinerlei Vorlage, Brief, Informationen, Zugehen auf mich gehabt, in dem eine dramatisch veränderte Situation beschrieben worden wäre - was Sie dann selbstverständlich erfahren hätten.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Noch Fragen?

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich hatte nur diese.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich habe keine weiteren Fragen mehr. - Herr Schäffler? - Nein. Okay. - Ich übergebe nunmehr an die SPD. Frau Nina Hauer.

Nina Hauer (SPD): Frau Kressl, ist Ihnen bekannt, dass in dem Sonderprüfungsbericht sehr wohl auch gravierende Mängel festgestellt worden sind - bei der Organisation und bei Managementfragen der HRE -, aber keine, die in die schwerste Kategorie gehören?

Zeugin Nicolette Kressl: Ja.

Nina Hauer (SPD): Ist Ihnen bekannt - Sie haben ja vorhin gesagt, Sie hätten die Ihnen als Mitglied der Regierung zustehenden Berichte dieses Untersuchungsausschusses gelesen -, dass die Zeugin Frau

Menke, die ja auch bei dem Gespräch der BaFin mit dem HRE-Vorstand dabei war und auch am ersten Rettungswochenende zeitweilig zugegen war, gesagt hat, dass dieser Sonderprüfungsbericht am Rettungswochenende auch nicht weitergeholfen hätte?

Zeugin Nicolette Kressl: Ich habe dieses Einzelzitat nicht gelesen, aber habe insgesamt immer wieder - das hatte ich vorhin ja auch schon angedeutet - deutlich gemacht, dass mir bewusst ist, dass die Einzelergebnisse in diesem Bereich eben nicht die Situation am Rettungswochenende selbst verändert hätten. Das ist ja nicht nur von Frau Menke, wie Sie beschreiben, gesagt worden, sondern von anderen auch.

Nina Hauer (SPD): Können Sie sich erklären, dass, wenn die Mängel, die bei der HRE ja ohne Zweifel festgestellt worden sind, wirklich existenzbedrohend gewesen wären - - ob dann ein Investor wie der Investor Flowers nach einer Due Diligence überhaupt in dieses Unternehmen so viel Geld investiert hätte?

Zeugin Nicolette Kressl: Das kann ich mir nicht vorstellen, weil ja auch bekannt ist, dass auch dieser Investor bei anderen Entscheidungen vorher immer sehr sorgfältig geprüft hat.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke. - Keine Fragen der SPD-Fraktion mehr. - Ich übergebe nunmehr an Herrn Troost, Die Linke.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Gilt diese besonders sorgfältige Prüfung auch für die HSH-Bank?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Das ist nun wirklich nicht Untersuchungsgegenstand, Herr Troost.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nein. - Letzte Frage. Aus meiner Sicht noch einmal der Fragekomplex: Verfolgt das Bundesfinanzministerium die Aktivitäten der Staatsanwaltschaft gegen den ehemaligen HRE-Vorstand mit besonderem Interesse, oder halten Sie das für unnötig?

Zeugin Nicolette Kressl: Selbstverständlich werden im Bundesfinanzministe-

rium alle Vorgänge um die HRE mit dem entsprechenden notwendigen Interesse verfolgt.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wenn sich da herausstellt, dass der Vorstand sich schuldig gemacht hat, zeigt das dann aus Ihrer Sicht auch Schwächen in der Bankenaufsicht?

Zeugin Nicolette Kressl: Ich hatte Ihnen vorher schon meine grundsätzliche Einschätzung, was die Leistungsfähigkeit unserer Bankenaufsicht mit den notwendigen Veränderungen im Detail angeht, beschrieben. Im Moment sehe ich keine Veranlassung, meine Aussage von vor einer halben Stunde zu verändern.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Würden Sie der Aussage von Herrn Müller von eben, dass er schon in Auswertung auch der HRE und der Finanzmarktkrise sagen würde, es muss mehr Eingriffsmöglichkeiten in der Bankenaufsicht geben, um möglicherweise bestimmte Geschäftsmodelle auch zu unterbinden oder einzugrenzen, eher zustimmen, oder glauben Sie, das ist nicht nötig?

Zeugin Nicolette Kressl: Also, das hat meiner Einschätzung nach ja nichts mit dem Auftrag zu tun, die Frage HRE speziell zu betrachten. Das wird auch eine Aufgabe sein des neu zusammengesetzten Parlaments, sich dann über die Frage Eingriffsmöglichkeiten zu unterhalten, wobei Sie wissen, dass wir mehrmals im Finanzausschuss über das Pro und Kontra des Eingriffs in Geschäftsmodelle - darum geht es ja - diskutiert haben; aber es ist - -

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wir haben darüber nicht diskutiert, sondern wurden informiert, dass das nicht Aufgabe der BaFin sei. Das hat uns sozusagen der Minister jeweils mitgeteilt. - Aber keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Okay. - Dann danke ich Ihnen. - Bündnis 90/Die Grünen. Herr Schick.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Gut. - Gibt es noch weitere Fragen? - Ich sehe bei niemandem ein Kopfnicken. Das heißt, Frau Kressl, Ihre Zeugenbefragung ist beendet. Sie bekommen über die heutige Zeugenbefragung ein Protokoll, und zwar mit der Bitte, sich der sehr kurz gesetzten Frist von zwei Werktagen vornehmlich anzunehmen. Ihre Entlassung als Zeugin ist formal erst dann möglich, wenn der Untersuchungsausschuss dies beschließt. Dies kann allerdings wiederum erst dann geschehen, wenn Sie a) das Protokoll erhalten und b) korrigiert zurückgesandt haben. Einstweilen danke ich Ihnen und wünsche einen guten Resttag.

Wir haben jetzt 13.49 Uhr. Der nächste Zeuge, Herr Schröder, ist für 14 Uhr geladen, sodass ich die Sitzung bis 14 Uhr unterbreche.

(Unterbrechung von 13.49 bis
14.16 Uhr)

**Vernehmung des Zeugen
Dr. Ulrich Schröder**

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Ich fahre mit der soeben unterbrochenen Beweisaufnahme fort und begrüße auf das Herzlichste Herrn Schröder, den wir auf Abruf und jetzt zu 14.15 Uhr hier einladen konnten.

Wir setzen also die Beweisaufnahme fort. Es gelten natürlich die allgemein erteilten Hinweise, das heißt während der Zeugeneinvernahme keine Ton- und keine Bildaufnahmen und Handyverbot.

Ferner, Herr Schröder, einige Mitteilungen ganz allgemeiner Natur an Sie: Wir werden eine Tonaufnahme der Sitzung zum Zwecke der Erleichterung der stenografischen Aufzeichnung fertigen. Sie haben die Möglichkeit, dieses Protokoll, das Sie zugesandt bekommen, auf Ergänzungsnotwendigkeiten und Korrekturen hin zu untersuchen. Normalerweise - das muss ich dazu sagen - konnten wir den Zeuginnen und Zeugen eine Frist von zwei Wochen gewähren, die sie sich Zeit lassen konnten, diese Korrekturen anzubringen. Im Hinblick auf den gedrängten Ablauf des Ausschusses, der zum Ende dieser Woche seine Zeugenbeweisaufnahme beenden wird, würden wir Sie allerdings bitten, das, wenn möglich, binnen zwei Werktagen zu tun, um Ihrerseits eine Rückmeldung zu geben.

Ferner darf ich Sie um einen entsprechenden Hinweis bitten, wenn Sie während der Zeugenvernehmung eine kurze Pause wünschen. Dann werden wir dem sofort Rechnung tragen.

Sollte der Ausschuss beschließen, dass ein Teil Ihrer Aussage in einem nichtöffentlichen Teil erfolgen kann - sprich: als VS-Vertraulich oder Geheim eingestuft -, müsste auch die Einsichtnahme in das Protokoll in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages erfolgen.

Ferner haben Sie angekündigt - ich sehe, das ist auch so gewesen -, einen Rechtsbeistand beizuziehen. Mir wurde Herr Dr. Volker Groß genannt. Ist das richtig? - Ich begrüße Sie, Herr Groß. Würden Sie bitte kurz einfach dem Ausschuss Ihren vollständigen Namen und Ihre Anschrift und auch Ihr Aufgabengebiet nennen?

Rechtsbeistand Dr. Volker Groß: Mein Name ist Volker Groß, ...[*Anschrift hier nicht*

wiedergegeben]. Die Rolle ist Chefsyndikus im Hause der KfW.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Gut, ich danke Ihnen. - Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie den Zeugen zwar beraten dürfen, Ihnen selbst aber kein Rede- oder Fragerecht zusteht. Insbesondere dürfen Sie während der Zeugenaussage keine inhaltlichen Hinweise an Ihren Mandanten geben. Es steht Ihnen allerdings frei, jederzeit eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung zu beantragen.

Dann noch, Herr Schröder, allgemeine Hinweise, die jeder Zeuge und jede Zeugin über sich ergehen lassen muss: Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu sagen. Ihre Angaben müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ein Verstoß wird laut § 153 Strafgesetzbuch mit Geld- oder Freiheitsstrafe geahndet. Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur nicht-öffentlich möglich sein, bitte ich um einen entsprechenden Hinweis. Wir würden diese Frage zurückstellen, um sie dann in einem nichtöffentlichen Befragungsteil zu wiederholen. Gibt es dazu noch Fragen?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Nein.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Das ist nicht der Fall. - Dann können Sie natürlich die Auskunft - das hätte ich beinahe vergessen - auf solche Fragen verweigern, die Sie selbst oder einen Angehörigen der Gefahr der Verfolgung in einem Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfahren aussetzen würden.

Ferner - das gilt mehr für uns, die Mitglieder des Ausschusses -: Vorhalte aus eingestufteten Akten sind nur in einer ebenso eingestufteten Sitzung zulässig. Das heißt, wir könnten allenfalls im öffentlichen Teil gemäß unserer Praxis verfahren, ohne vorzulesen, dem Zeugen eine bestimmte Unterlage zu präsentieren und dann zu schauen, ob die Antwort im öffentlichen Teil gegeben werden kann.

Nach diesen Vorbemerkungen ganz kurz auch an Sie die Frage: Ihren vollen Namen bitte und eine ladungsfähige Anschrift, die nicht ihre Privatanschrift sein muss.

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Dr. Ulrich Schröder, ...[*Anschrift hier nicht wiedergegeben*].

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Jetzt gibt es noch zwei Möglichkeiten, Herr Schröder: Entweder ich frage Sie sofort, und anschließend werden das meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss tun, oder aber Sie machen von der Möglichkeit Gebrauch, einleitend ein Eingangsstatement - das ist in § 24 des Untersuchungsausschussgesetzes geregelt - zu dem Ihnen übersandten Beweisbeschluss, Untersuchungsauftrag etc. zu geben. Was hätten Sie gerne?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Also, ich möchte kein eingehendes Eingangsstatement, aber vielleicht zwei, drei Sätze vorab sagen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Bitte sehr.

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Das eine, das vielleicht wichtig für den Ausschuss ist, ist, dass ich meine Unterlagen noch mal daraufhin überprüft habe, um Ihnen sagen zu können, dass ich an keiner dieser Sitzungen, die am letzten Septemberwochenende oder am ersten Oktoberwochenende stattgefunden haben, wo die Beteiligung der Banken an den Liquiditätslinien und auch an dem Aval zugunsten der Bundesrepublik - - an keinem dieser Gespräche teilgenommen habe, sondern dass die Verhandlungsführung für die Förderbanken in Gänze ja vom VÖB wahrgenommen worden ist. Wir sind vom VÖB immer über den Stand informiert worden; aber ich selbst, persönlich, habe nicht teilgenommen. Ich habe mich bei meinen Vorstandskollegen erkundigt. Auch von denen hat an diesen Gesprächen niemand teilgenommen. Der Einzige, der teilgenommen hat, aber in anderer Funktion, war mein Kollege Bräunig, der bekanntermaßen bis zum 31. Oktober letzten Jahres noch Vorstandsvorsitzender der IKB war und insofern, was die KfW angeht, sein Mandat hat ruhen lassen. Insofern war ich an diesen Gesprächen unmittelbar nicht beteiligt. - Das ist das eine, was ich gerne feststellen möchte.

Das Zweite, was ich feststellen möchte, ist, dass ich den Beitrag, den wir Förderbanken zu dem Gesamtpaket leisten sollten, von Anfang an als angemessen betrachtet habe.

Darüber haben wir mit dem VÖB uns sehr regelmäßig ausgetauscht. Sie wissen, dass die Förderbanken in Gänze mit 900 Millionen an den beiden Liquiditäts - - also bei den Anleihefinanzierungen beteiligt sind. Das entspricht einem Anteil von 4,7 Prozent an dem gesamten Bankenteil, der von den Banken übernommen worden ist. Dieselben 4,7 Prozent gelten auch für die Avale. Wir haben dies als einen durchaus gerechtfertigten, angemessenen Beitrag der Förderbanken betrachtet. An diesem Anteil der Förderbanken hat unser Haus dann - auch das können Sie den Zahlen entnehmen - einen Anteil von genau 18,98, also 19 Prozent, übernommen, den wir auf den Anteil der Förderbanken als KfW übernommen haben. Dies zeigt, dass unser Haus gegenüber der Hypo Real Estate - die Basis waren ja die unbesicherten Kreditlinien zu dieser Zeit, valutierende Kreditlinien - unterdurchschnittlich engagiert war; denn wenn Sie die Bilanzsummen aller deutscher Förderbanken einschließlich der KfW nehmen, dann haben wir sicher einen Anteil, der irgendwo um 50 Prozent liegt, und unser Anteil an dem Rettungspaket von den Förderbanken betrug 19 Prozent, sodass auch dort das Engagement, das wir als Haus tragen mussten, sozusagen erträglich war. - Das sind vielleicht die beiden Vorbemerkungen, die ich machen würde.

Vielleicht eine dritte, um auch das gleich zu sagen, weil das wirklich meine feste Überzeugung ist: Wir haben natürlich bankmäßig, risikomäßig dieses Engagement sehr intensiv geprüft, und unser Risikomanagement hat festgestellt - auch zu Recht festgestellt -, dass etwa für eine Bewertung der Sicherheiten, die ja als Teil der Besicherung der Liquilinie II da waren, keine angemessene Zeit zur Verfügung stand im Rahmen der zeitlichen Restriktionen. Deshalb haben wir uns irgendwann entschieden, trotzdem mitzumachen, weil wir es für nicht erträglich gehalten hätten, wenn dieses Rettungspaket zugunsten der Hypo Real Estate nicht zustande gekommen wäre.

Ich darf noch mal daran erinnern: Wir hatten am 15. September diesen furchtbaren Lehman-Vorfall, der die Welt absolut erschüttert hatte, der nämlich einen Grundsatz, einen Glaubensgrundsatz sämtlicher Banker zerstört hatte, dass Systembanken nicht in die Insolvenz gehen werden. Und wenn dieses noch ein zweites Mal passiert wäre - - Wir haben ja die Folgen von Lehman zwi-

schen dem 15. und den Folgewochen sehr intensiv studieren können, mit einer Fastverdoppelung der Bankenmargen, mit einer Verweigerung der Refinanzierung von ungesicherten Bankanlagen über drei Jahre. Wenn sich das bei der Hypo Real Estate fortgesetzt hätte, dann wären die Ausmaße nicht vorstellbar gewesen. Insofern bestand für uns von vornherein - - war klar: Wir können uns dem nicht entziehen.

Wir haben allerdings noch eine Reihe von Vorbehalten gemacht, die auch im Rahmen der Verhandlungen unter Führung der Deutschen Bank in das endgültige Finanzierungspaket eingeflossen sind.

Das ist vielleicht das, was ich als Vorbemerkung machen würde.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Dann danke ich Ihnen einmal für diese Vorbemerkung, Herr Schröder.

Vielleicht auch eine kleine Vorbemerkung von mir, bevor ich mit den Fragen beginne: Der Gegenstand des Untersuchungsausschusses ist: die HRE, die Ursachen ihrer Schieflage, die Rettungspakete etc. Da Sie nun mehrfach, auch im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages, schon berichtet haben, wollte ich nur darauf hinweisen, dass es genau dieser Untersuchungsauftrag ist, also alles andere insofern heute keine Rolle spielt, sondern nur das eine Rolle spielt, was im Untersuchungsauftrag bzw. im Beweisabschluss genannt worden ist.

Das vorausgeschickt, mal einfach eine Frage. Sie haben es eben schon kurz angesprochen. Ihr Institut, die KfW, war Gläubigerin der HRE. Können Sie zu diesen Kreditengagements der KfW, zu den Ursachen, zu dem, wie Sie eben sagten, unterdurchschnittlichen Engagement Stellung nehmen und es dann auch noch mal bewerten? Wäre das noch mal etwas dezidierter möglich? Soweit in öffentlicher Sitzung überhaupt zulässig; das ist klar.

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Ich muss erst mal fragen. Ich habe kein Problem, hier unser Engagement zu benennen. Stößt das auf irgendwelche Bedenken?

Also, am 24.09. - das war ja der Stichtag, auf den sich hinterher die Bankenquoten sozusagen positioniert haben - hatten wir ein Engagement bei der Hypo Real Estate in einer Höhe von insgesamt 1,518 Milliarden Euro. Dieses Engagement reflektiert sehr genau die Aktivitäten der KfW. Es bestand

nämlich zu etwa einem Drittel - genau waren es 522 Millionen - aus Durchleitungsgeschäft. Das ist Geschäft, wo wir Fördermittel an eine Hausbank geben, wo die Hypo Real Estate also Hausbank für KfW-Fördermittel war, die sie dann weitergeleitet hat. Dieses ist ein aus unserer Sicht besichertes Geschäft, weil wir ja bei diesem Engagement zwar auf der einen Seite den Kreditnehmer Hypo Real Estate haben, auf der anderen Seite uns aber immer abtreten lassen die Forderung - - an die endgültig diese Fördermittel fließen. Das ist also etwa ein Drittel des Engagements gewesen.

Die anderen Engagementteile waren in Höhe von 527 Millionen Euro Pfandbriefe der Hypo Real Estate. Auch dieses betrachten wir als ein besichertes Engagement, weil - ich muss Ihnen nicht erläutern, was Pfandbriefe sind -: Da sind eben entsprechende Assets als Underlying da.

Wir hatten dann zwei Positionen, die unbesichert waren. Das waren die Positionen, die Berechnungsgrundlage für unseren Beitrag waren. Das waren ein Geldhandelsvolumen von 395 Millionen Euro und ein unbesichertes Schuldscheindarlehen in Höhe von 75 Millionen. Das macht dann zusammen diese 470 Millionen unbesichertes Engagement, das wir an diesem Stichtag hatten, das die Basis für unser Engagement war.

Auch das Geldhandelsgeschäft ist für ein Haus wie die KfW ein absolut zwingend notwendiger Teil unseres Gesamtgeschäftes, weil: Wir müssen immer am Kapitalmarkt Gelder aufnehmen, die wir sofort in variable Mittel swappen. Die müssen wir zwischenzeitlich anlegen, weil wir nicht in der Lage sind, das Fördergeschäft so genau an die Passivseite zu adjustieren, dass immer dann, wenn wir eine Anleihe begeben, am nächsten Tag diese Anleihemittel auch wieder ausfließen. Deswegen hat die KfW traditionell ein sehr starkes Geldhandelsgeschäft, und deshalb war es auch gar nicht ungewöhnlich, dass wir etwa diese Drittelung hatten, also ein Drittel klassisches Fördergeschäft, ein Drittel Anlagegeschäft unseres Wertpapierportfolios auf der Basis von Pfandbriefen und ein Drittel ungesichertes Geldhandelsgeschäft.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:

Danke sehr. - In den Medien bzw. auch in der Politik ist ja immer wieder die Frage gestellt worden zur Motivation der Bundesregierung bei der Rettung der HRE. Ging es der

Bundesregierung Ihres Wissens darum, die KfW-Engagements zu retten, oder wollte man in einer Finanzmarktkrise größten Ausmaßes das Schlimmste verhindern?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Ich kann natürlich nicht in die Köpfe der handelnden Personen reinschauen, aber wenn ich unterstelle, dass sie auch eine gewisse betriebswirtschaftliche Überlegung an den Anfang ihrer Rettungsbemühungen gestellt haben, dann war es betriebswirtschaftlich überhaupt nicht sinnvoll, mit den Mitteln, mit denen die Bundesregierung hier in die Rettung eingestiegen ist, verglichen mit dem Engagement, was ich Ihnen gerade beschil­dert habe - - denn bei uns waren im Feuer ernsthaft 500 Millionen Euro. Wenn Sie das mal gegenüberstellen, mit welchen ungesicherten Engagements die Bundesregierung hier in die Rettung der Hypo Real Estate eingetreten ist, dann können Sie sich vorstellen, dass das betriebswirtschaftlich allein schon gar keinen Sinn machte.

Daraus schließe ich, dass die Bundesregierung ganz klar - das waren auch die Äußerungen, das ist auch völlig logisch, und das entspricht auch meiner absoluten Überzeugung - keine andere Wahl sah, in dieser Phase nach Lehman, wo den Banken die Liquidität wegbrach - das war ja das Problem -, eine Rettung zu organisieren, weil: Wenn das nicht - das hatte ich in meinem Eingangsstatement gesagt - passiert wäre - das ist meine feste Überzeugung -, hätten wir Ausmaße in dem Wertfinanzsystem gehabt, die das von Lehman bei weitem in den Schatten gestellt hätten. Ich bin überzeugt, dass dieses Motiv das entscheidende Motiv der Bundesregierung war.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke schön. - Hat irgendjemand, hat die Bundesregierung - um es zu benennen -, auf die KfW eingewirkt, sich an dem Rettungspaket zu beteiligen, oder ergab sich das aus dem Verlauf der Verhandlungen oder dem VÖB-Verhandlungsstatus?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Nein, die Bundesregierung hat nicht auf uns eingewirkt, auch nicht Teile der Bundesregierung haben auf uns eingewirkt. Wir haben kommuniziert ohnehin nicht direkt mit der Bundesregierung, was unseren Beitrag zu diesem Rettungspaket angeht, sondern unsere Kommunikationspartner waren auf der einen

Seite der VÖB - der organisierte sozusagen die gemeinsame Haltung der Förderbanken - und auf der anderen Seite die Deutsche Bank, die als Konsortialführer das gesamte Finanzierungskonstrukt darstellte.

Wir haben mit der Bundesregierung aber über diese beiden Vermittlungspartner sozusagen indirekt eine Anfrage gehabt. Es ging nämlich um die EU-Verträglichkeit. Sie wissen: Als KfW, als Förderbank, müssen wir besonders darauf achten, dass wir nicht gegen Beihilferecht verstoßen. Ich habe in meiner früheren Eigenschaft als Vorsitzender der NRW.Bank ein Jahr vorher, als es um die IKB ging, die Förderbanken aus der Rettungsaktion rausgehalten - zum Leidwesen des einen oder anderen Bankenvertreter der anderen Fraktionen -, indem wir argumentiert haben, damals auch erfolgreich argumentiert haben: Das ist EU-rechtlich nicht zulässig. - Damals wurde das gar nicht weiter vertieft, sondern akzeptiert.

Diese Frage haben wir natürlich wieder gestellt, aber diesmal aus wirklich rechtlicher Sorge, dass da was schiefgehen könnte. Sie wissen, dass die EU die Rettungsbeihilfe genehmigt hat, und damit war auch unser Beitrag aus diesem Grunde jedenfalls nicht zu versagen. Daraus hat es indirekt sozusagen einen Kontakt zur Bundesregierung gegeben.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Dann noch eine abschließende Frage von mir: Hat die KfW eigentlich Steuergelder verwendet, um ihren Anteil zu finanzieren oder um sich an der Rettung der HRE zu beteiligen?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Die KfW hat - - alles, was sie tut, tut sie aus der eigenkreierten Liquidität, sprich: aus dem, was wir an den Commercial-Paper-Märkten, an den Anleihenmärkten aufnehmen. Wir können Gelder natürlich nur deshalb in dem Umfang, wie wir das tun - - Sie wissen: Wir sind als KfW einer der größten Emittenten der Welt. Wir können das natürlich nur in dem Umfang tun, weil wir als Institut als solches eine Staatsgarantie haben. Nur deshalb gibt uns der Investor auch heute wieder Geld zu Konditionen, wie er das keiner anderen Geschäftsbank geben würde. Insofern gibt es schon einen indirekten Einfluss natürlich des Staates, der über seine - - Aber das ist völlig unabhängig von diesem Fall. Das betrifft das Geschäftsmodell der KfW als solches. Das

Geschäftsmodell der KfW basiert darauf, dass wir, basierend auf der Garantie des Staates, günstige Mittel aufnehmen und die dann in den Förderkreislauf geben. Das ist unser ganzes Geschäftsmodell.

Insofern haben wir natürlich die Mittel, die wir am Kapitalmarkt aufgenommen haben, in Teilen in diesem Fall auch für diese Rettung genutzt. Aber es bedurfte hier keiner gesonderten Maßnahmen, die außerhalb dessen liegen, was ohnehin im Geschäftsmodell der KfW angesiedelt ist.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Aber zulasten Ihrer Ertragskraft oder Ihres Ertrages und nicht zulasten des Steuerzahlers?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Eindeutig. Wenn hier Ausfälle kommen, kommen sollten, dann löst das Wertberichtigungen in unserem Hause aus. Die gehen in unsere G und V ein, und die belasten unser Ergebnis.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Ich habe jetzt keine weiteren Fragen mehr, möchte an die FDP, Herrn Wissing, weiterleiten.

Dr. Volker Wissing (FDP): Besten Dank. - Herr Schröder, von welcher Person wurde die KfW denn erstmalig und mit welchem Inhalt zur Beteiligung am Rettungspaket kontaktiert?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Ich kann Ihnen das nicht genau sagen. Es muss in der Zeit zwischen diesem Wochenende 24. September und dem Wochenende 5. Oktober gewesen sein; denn ich habe - - Ich jedenfalls erinnere mich, dass ich in der Zeit mehrfach mit Herrn Rabe und Herrn Boos gesprochen habe, weil ich erst noch sozusagen auf der Schiene war: Können wir Förderbanken uns nicht nach dem IKB-Modell hier wieder sozusagen abseilen? Da haben wir also Gespräche geführt. Aber, wie gesagt, wann genau ich da welche Telefonate - - Das waren alles Telefonate, keine physischen Gespräche, sondern alles Telefonate, wo wir über diese Gespräche informiert wurden.

Es haben dann auch, wie ich - -

Dr. Volker Wissing (FDP): Können Sie sagen, wer das war, mit wem Sie gesprochen haben?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Ja, ich habe in Person mit Herrn Rabe und Herrn Boos gesprochen. Das waren die beiden: Herr Boos, Hauptgeschäftsführer des VÖB, und Herr Rabe; ich weiß gar nicht, welchen Titel er genau hat, aber er war jedenfalls der, der Herrn Boos bei diesen Gesprächen immer begleitet hat und der den Kontakt zu den einzelnen Förderbanken unterhalten hat.

Es gab auch einen Kontakt zwischen dem VÖB und unserem Treasury, also dem Leiter unseres Treasurys. Aber da weiß ich auch nicht - - Das war auch in dieser Phase übrigens, alles in dieser Phase zwischen dem letzten September- und ersten Oktoberwochenende.

Dr. Volker Wissing (FDP): Gab es auch Gespräche mit der Bundesregierung über dieses Thema?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Noch mal: Ich erinnere mich nicht, dass wir mit der Bundesregierung über dieses Thema gesprochen haben. Ich kann nicht ausschließen, dass beiläufig, wenn man sich irgendwo traf, das eine oder andere an Hinweisen gekommen ist, aber ich erinnere mich nicht an ein Gespräch mit einem Mitglied, Vertreter der Bundesregierung zu dem Thema.

Aber noch mal: Ich führe so viele Telefonate. Ich kann nicht ausschließen, dass ich mit dem einen oder anderen auch gesagt habe: Hört mal zu, da läuft ja das Rettungspaket Hypo Real Estate. Wir haben da das und das gehört. - Also, ich - - aber ich kenne es im Augenblick - - ich kann mich nicht positiv erinnern.

Dr. Volker Wissing (FDP): Gab es eine Information der KfW gegenüber dem Bundestag, in welcher Höhe man sich engagiert hat?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Soweit ich weiß, nicht in dieser unmittelbaren Phase. Es gab später mal eine Anfrage, ich meine, des Abgeordneten Koppelin, der sich nach dem Engagement bei der Hypo Real Estate erkundigt hat. Das war aber, wenn ich das richtig weiß - ich müsste es in den Unterla-

gen nachsehen -, später. Das lag also nicht in dieser heißen Entscheidungsphase.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wurde da die Höhe des Engagements beziffert, ja oder nein?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Ja, da wurde die Höhe des Engagements beziffert. Man muss nur immer sehr aufpassen, weil ich weiß, dass Herr Koppelin aus diesem Schreiben irgendwann mal, meine ich, den Schluss gezogen hätte, da seien falsche Informationen gegeben. Man muss immer sehr genau bei der Engagementsaufstellung gucken, auf welchen Stichtag bezogen ist das. Wir haben gegenüber Herrn Koppelin, meine ich, sogar zwei Stichtage erwähnt von den Engagementgrößen. Ich bin auch gerne bereit, Ihnen wieder -- Denn das Engagement der Hypo Real Estate, muss ich noch mal sagen, hat sich seit dem 24.09. - ich hatte Ihnen die Zahlen hier genannt - von 1,518 insgesamt in der Zwischenzeit systematisch reduziert. Wir liegen heute bei 1,117, wenn Sie den Stichtag heute, 18.08., nehmen.

Dr. Volker Wissing (FDP): War das die Beantwortung einer schriftlichen Einzelfrage oder war das Gegenstand einer Vorlage für den Verwaltungsrat? Wissen Sie das noch?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Es war ein Brief. Jetzt weiß ich nicht, in welcher -- Ich nehme mal an -- Ich weiß nicht, ob er das qua Abgeordneter des Bundestages oder qua Mitglied unseres Verwaltungsrates geschrieben hat. Aber es gibt einen Brief.

Dr. Volker Wissing (FDP): Also eine Anfrage von Herrn Koppelin an Sie.

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: An das Haus.

Dr. Volker Wissing (FDP): An die KfW.

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Ja.

Dr. Volker Wissing (FDP): Okay. - Haben Sie die Bundesregierung über das Engagement und insbesondere über die Höhe des Engagements der KfW am Rettungspaket informiert?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Ja, selbstverständlich. Das mussten wir auch, weil wir für die Mitwirkung an dem Rettungspaket die Zustimmung unseres Verwaltungsrates eigentlich gebraucht hätten. Wir haben es dann wegen der Eilbedürftigkeit in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates auf den Präsidialausschuss begrenzt. Es gibt ein Schreiben, von mir unterzeichnet, einmal an die beiden für uns relevanten Minister - weil sie beide bekanntermaßen alternierend den Verwaltungsratsvorsitz innehaben -, also an Herrn Glos seinerzeit und Herrn Steinbrück, aber dann auch an die Mitglieder des Präsidialausschusses, wo wir das Engagement dargestellt haben und wo wir auch unseren Beitrag im Rahmen des Rettungspaketes dargestellt haben. Das mussten wir ja tun, weil wir nur auf der Basis eine Zustimmung des Präsidialausschusses erreichen konnten.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wissen Sie noch, wann das erfolgt ist?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Ich weiß, dass -- Moment, das hatte ich mir irgendwo aufgeschrieben; ich kann es Ihnen aber gerne noch mal genauer heraussuchen. Wir haben die endgültige Zustimmung des Präsidialausschusses - das lief in einem Umlaufverfahren - am 28. Oktober gehabt. Wann jetzt genau das Schreiben -- Wie gesagt, wenn Sie das ganz genau wissen wollen, dann sage ich Ihnen das noch mal, wann das Schreiben herausgegangen ist und wer dann -- Das ist ja ein schriftliches Umlaufverfahren. Da kommen die Antworten ja sukzessive zurück. Der Letzte hat sich gemeldet - und damit waren wir komplett - am 28.10.

Dr. Volker Wissing (FDP): Wie hoch ist eigentlich der Anteil der KfW an der Rückgarantie des Finanzkonsortiums?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Das ist in der gleichen Weise berechnet wie unser Anteil an den Liquiditätshilfen, also von dem Anteil, den die Förderbanken haben. Den Anteil der Förderbanken an dem Gesamten sage ich Ihnen noch einmal eben: Die Förderbanken haben 400 Millionen an der Rückgarantie, an dem Rückkauf von 8,5 Milliarden. Von diesen 400 Millionen haben wir 75,9 Millionen. Das entspricht den -- Die 0,4 sind die 4,7 vom Gesamten, und die 75,9

sind diese 18,98, sprich: 19, Prozent auf den Förderbankenanteil.

Dr. Volker Wissing (FDP): Können Sie auch den Anteil der öffentlichen Kreditinstitute und Sparkassen benennen?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Kann ich leider nicht.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Danke sehr. - Ich übergebe jetzt an die CDU/CSU-Fraktion. Herr Dautzenberg.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Schröder, Sie haben in Ihrem Eingangsstatement betont, dass Sie unmittelbar an den Verhandlungen zu den beiden Rettungswochenenden nicht beteiligt waren. Inwieweit waren Sie mit Ausnahme auch der Kommunikation mit dem VÖB mittelbar beteiligt?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Wie gesagt, wir sind fortlaufend informiert worden. Wir haben eine Reihe - - Wir haben ja im Laufe der Genehmigungsprozedur bei uns im Hause - - Das hat sich ja immer - - Wie Sie wissen, 5. Oktober war der entscheidende Abend hier mit den Verhandlungen der Eckpunkte dieses Paketes. Am 6. Oktober hat uns dann ein Schreiben des VÖB erreicht mit den Inhalten der Eckpunkte der Einigung. Dann hat sich ja der Genehmigungsprozess hingezogen. Wir haben erst Anfang November den Begebungsvertrag für die Anleihen unterschrieben, den Treuhandvertrag am 06.11. und den Rückgarantievertrag am 10.11. In dieser Zwischenzeit haben wir uns im Vorstand mehrfach mit dem Thema befasst. Wir hatten eine Reihe von sozusagen Auflagen und Vorbehalten. Die haben wir dann in der Zwischenzeit immer wieder dem VÖB mitgeteilt oder der Deutschen Bank, die das dann sozusagen im Bankenkreis vermittelt haben.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Wann, Herr Dr. Schröder, haben Sie zum ersten Mal von den Schwierigkeiten, von der Liquiditätsenge der HRE erfahren?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Es ist ein gewisser Prozess. Ich sage mal, bis zum 15.09. Der 15.09. ist leider, auch wenn es eine andere Baustelle betrifft, das entscheidende Datum. Wenn man über Bankenkrise reden will und den 15.09. nicht im Kopf hat, dann macht man einen entscheidenden Fehler. Der 15.09. war die Eröffnung des Chapter-11-Verfahrens für Lehman. Bis dahin war tief verankerter Überzeugungsgrundsatz aller Banker "Systemische Banken lässt kein Staat in die Insolvenz gehen".

Nun mögen Sie sagen: Die waren alle schön naiv. - Ja. Aber ich sage im Nachhinein noch mal: Ich glaube, wenn der amerikanische Finanzminister seine Entscheidung vom Wochenende 14./15. rückgängig machen könnte, würde er es heute tun. Denn ich halte diese Entscheidung der Insolvenz für Lehman für eine der größten volkswirtschaftlichen und politischen Fehlentscheidungen, die jemals von einer Administration getroffen worden ist. Dieses Datum hat die Finanzwelt kolossal verändert. Was bis dahin bekannt war von der Hypo Real Estate als Market Rumors, war, dass die Hypo Real Estate und insbesondere dann noch stärker die DEPFA, die ja von der Hypo Real Estate übernommen worden war, ein hohes Inkongruenzrad drehten. Das war bekannt. Inkongruenzräder sind eben solche, wo man darauf angewiesen ist, dass man dauerhaft Liquidität kriegt.

Die Vorstellung, dass die Hypo Real Estate keine Liquidität mehr kriegen würde, dass also die Liquidität von jetzt auf gleich auf Null gesetzt würde, die hatte bis zum 15.10. - - Das konnte sich schlicht niemand vorstellen. Mit dem 15. haben wir - Sie wissen, dass unser Haus da eine etwas traurige Berühmtheit erlangt hat an diesem Tag; wenn man das hat, dann wird man besonders vorsichtig - die gesamten Banken sozusagen auf manuell gestellt und überprüft und haben dementsprechend unsere Geldtransaktivitäten und all das überprüft.

Von da ab hatten wir jedenfalls Angst, weil der Glaubensgrundsatz "Eine systemische Bank kann nicht pleitegehen" erschüttert war. Wir waren aber gleichzeitig auch davon überzeugt, dass es sich die Bundesregierung nie leisten können, diese Bank wirklich vor die Wand fahren zu lassen. Aber dass sie in einer solchen existenzbedrohenden Lage war, war uns nicht sofort bewusst, weil wir die Liquiditätssituation, also die Passivseite, der Hypo Real Estate nicht

kannten, wann da welche Linien fällig waren und wie die ausliefen. Wir hatten da keinen Einblick. Wir wussten nur: Die finanzieren sich inkongruent in erheblichem Umfang, und die Liquidität wird schlechter aufgrund der Lehman-Sache; also wird auch die Situation für die Hypo Real Estate schwieriger. Aber wie schwierig, ist uns im Laufe der nächsten zwei Wochen zunehmend bekannt geworden.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Als KfW haben Sie auch die Refinanzierung über den Kapitalmarkt und teilweise auch über den Geldmarkt. Wann war Ihrer Ansicht nach das erste Datum, wo wir Verwerfungen schon am Geldmarkt hatten?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Na ja, wir hatten schon - - Das betrifft leider beides die Bundesrepublik. - - Ich unterscheide immer - - Wenn man mal feststellt die Bankenliquidität ausgedrückt in Margen, die Banken für ihre Refinanzierung, für ihre Passivseite zahlen müssen, dann war der entscheidende erste Einschnitt die IKB, also Ende Juli 2007. Da haben sich die Margen für Banken zur Refinanzierung schon mal enorm erhöht. Ich sage immer: Wenn eine "AA"-geratete große deutsche Bank im Fünf-Jahres-Geld vor IKB mit plus 10 refinanzieren konnte, dann war es auf einmal nach dem IKB-Wochenende plus 60. Das war schon eine dramatische Steigerung. Der zweite Einbruch war eben Lehman. Der war ungleich mächtiger.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Bear Stearns spielte also keine Rolle?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Nein. Bear Stearns spielte - - Es ist immer die Frage, kann man - - Ich würde sagen, nein. Der wirklich entscheidende Punkt für die Margenentwicklung und für die Refinanzierung der Banken war Lehman. Denn bei Lehman kam etwas anderes hinzu. Bei Lehman kam nicht nur dazu, dass sich die Margen noch einmal verdoppelten, also dass eine "AA"-geratete Bank statt 60 auf einmal 120 oder 150 zahlen musste, sondern was zusätzlich passierte, ist, dass nach Lehman bestimmte Banken gar kein Geld mehr kriegten und dass bis heute - auch das wissen Sie hoffentlich - Banken auf ungesicherter Basis über drei Jahre auch noch kein Geld kriegen, wenn sie nicht wie wir staatsgarantiert sind. Diese Situation gibt es erst seit dem 15.

September 2008. Die hat sich jetzt im Margenfeld etwas reduziert. Die Refinanzierungsmarge ist wieder besser geworden. Aber dieses Thema, dass eine bestimmte Liquidität für bestimmte Institute und für bestimmte Laufzeiten gar nicht mehr verfügbar ist, ist leider immer noch nicht behoben.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Kennen Sie ein Kreditinstitut, das mit dem Geschäftsmodell HRE und zum Teil DEPFA plc nachhaltig mit dieser Refinanzierung erfolgreich arbeiten kann?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Ich persönlich - das ist jetzt aber wirklich meine persönliche Auffassung - habe den 70er-Jahren studiert, und da gab es mal die Helaba-Bank, das Helaba-Problem. Die Helaba hat ja deshalb in den 70er-Jahren eine Krise gehabt, weil sie ihre Bilanz sehr stark inkongruent finanziert hat. Jede Bank hat gewisse Inkongruenzen.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): In den 70er-Jahren gab es das auch in Nordrhein-Westfalen.

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Mir ist das nur da besonders erinnerlich. Sie können eine Inkongruenzbank - - Das heißt also, Sie finanzieren lange Aktiva mit kurzen Passiva; das ist das ja. Sie kaufen sich Staatsanleihen für zehn Jahre und finanzieren die mit Geldmarktmitteln. Das ist im Grunde das Spiel, was man bei Inkongruenzen macht. Das geht. Das hat nur zwei wichtige Bedingungen.

Die erste Bedingung ist: Sie brauchen eine normal verlaufende Zinskurve. Wenn Sie aber eine inverse Zinskurve haben, wo das kurze Geld teurer ist als das lange, dann geht das Modell nicht auf. Das ist der eine Grund, weswegen ich bei Geschäftsmodellen, die in starkem Maße auf Inkongruenzen setzen, immer sehr skeptisch, immer sehr vorsichtig wäre.

Und das Zweite ist, dass Sie in diesem Modell darauf achten müssen, dass Ihre Liquidität ja immer kurzfristig wiederbeschafft werden muss, alle drei Monate, alle sechs Monate, alle zwölf Monate, und dann müssen Sie - - Das heißt, Sie schaffen das nur dann, wenn Sie sicher sein können, dass Ihr Rating nicht kaputtgeht. Denn wenn Sie auf einmal feststellen: „Ich habe zwar eine normal verlaufende Zinskurve, aber mein Rating ist so

runtergegangen, dass ich mich gar nicht mehr günstiger finanzieren kann, als die Staatsanleihen mir auf der Aktivseite an Marge einbringen“ - das ist ja das DEPFA- und Hypo-Real-Estate-Problem, jedenfalls zu einem erheblichen Teil -, dann geht das Modell auch nicht auf.

Insofern muss man bei Geschäftsbanken, die in starkem Maße inkongruent fahren, immer diese beiden Dinge im Auge haben. Erstens: Was macht ihr, wenn die Zinskurve invers wird? Wie geht ihr dann mit eurer Liquidität um? Und was macht ihr, wenn ihr Ratingverschlechterungen erfahren müsst?

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Haben Sie, Herr Dr. Schröder, Kenntnis darüber, dass diese Erkenntnisse und diese Grundsätze einer Aufsicht auch bekannt sein sollten?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Ich hoffe, dass die Aufsicht weiß, was eine inkongruente Refinanzierung ist und unter welchen Bedingungen sie funktioniert und nicht funktioniert, ja.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich habe dann auch keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Keine weiteren Fragen. - Dann übergebe ich an die Linke. Herr Troost.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Ich habe im Augenblick überhaupt nur eine Frage. Sie hatten gesagt: IKB kein Engagement, hier jetzt doch. - Wo lag der Unterschied? Was war sozusagen die Begründung - bei der IKB nicht, und bei der HRE jetzt doch Engagement der KfW?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Moment! Ich habe gesagt, dass wir bei der IKB kein Engagement hatten?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Nein, Sie wären drum rumgekommen um die - -

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Nein, das ist jetzt ein anderes - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Herr Troost hat offenbar die EU-rechtliche Kompatibilität einer möglichen Hilfe und die

unterschiedliche Beantwortung dieser beiden Fragen a) bei der IKB und b) bei der HRE miteinander ansprechen wollen.

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Ich sage es Ihnen noch mal, wie - -

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Wobei IKB nicht Untersuchungsgegenstand ist.

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Nein. Ich wollte Ihnen nur so ein bisschen meine Motivationslage bei der Beschäftigung mit dem HRE-Engagement erläutern.

Bei der IKB wurde damals ja auch ein Rettungspaket der Banken geschnürt - leider sehr zulasten der KfW, wenn ich das mal in Klammern sagen darf. Das war aber noch zu Beginn der Wirtschaftskrise; da war es noch nicht möglich, alle in der Form mit ins Boot zu nehmen, wie das jetzt bei der Hypo Real Estate der Fall war.

In dieser Phase gab es ein Bankenpaket. Auch dort war vorgesehen, dass die Förderbanken einen Beitrag leisten sollten, ähnlich wie das bei der Hypo Real Estate war. Damals - sage ich mal ein bisschen - habe ich aus Nordrhein-Westfalen den Widerstand gegen den Förderbankenbeitrag zu diesem IKB-Paket organisiert, mit der Begründung: Wir können doch als staatliche garantierte Bank nicht einer Geschäftsbank aus der Pat-sche helfen.

Das ist EU-rechtlich nie tiefer untersucht worden. Aber da mein Finanzminister sich dieser Meinung vehement anschloss, hatten wir dann die Chance, uns sozusagen um den Finanzierungsbeitrag bei der IKB zu drücken, obwohl wir damals - - Die KfW war sowieso engagiert - das wissen Sie -, aber auch meine alte Bank, die NRW-Bank, hatte durchaus ein IKB-Engagement.

Diese Überlegung, muss ich einräumen, hat am Anfang der Beschäftigung, als wir diese Telefonkontakte mit dem ... (akustisch unverständlich) - - Mensch, können wir da nicht irgendwie rauskommen? Müssen wir da wirklich mitmachen? EU-rechtlich wiederum sagt der Schröder: Vergiss dein EU-Recht, das wird geprüft. Die EU-Kommission ist angefragt worden. Wenn die das genehmigt, kannst du dein EU-Rechts-Argument vergessen, und dann kannst du dich jedenfalls nicht aus dem Grunde verweigern. - Das war der Hintergrund.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Sehr lebensnah. - Gut. Noch weitere Fragen der Linken? Ist nicht der Fall. - Dann übergebe ich jetzt an die SPD. Frau Nina Hauer.

Nina Hauer (SPD): Herr Schröder, Sie haben ja eben die Möglichkeiten geschildert, warum eine kurzfristige Refinanzierung von langfristigen Engagements schiefgehen kann. Da hat aber der Fall Lehman in der Version gefehlt, dass der Geldmarkt innerhalb von wenigen Stunden komplett austrocknet. Ist das vor Lehman nicht vorstellbar gewesen, dass so was passieren könnte?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Deswegen - sagte ich ja - ist ein Geschäftsmodell, das sehr stark auf Inkongruenzen fährt, ein gefährliches Geschäftsmodell, weil es unterstellt, dass mein Liquiditätsmarkt nicht eintrocknet, sondern ich immer ausreichend Zugang zur Liquidität habe, um mein Rad, das ich ständig drehe, wo ich ständig kurzfristige Gelder wieder umwälzen muss - - dass ich das immer machen kann.

Natürlich ist ein Liquiditätsmarkt nicht immer offen. Aber dass er so abrupt und so massiv zugehen würde, wie es nach Lehman für Banken wie die Hypo Real Estate passiert ist, das war, glaube ich, schwer voraussehbar. Aber dass es ein Liquiditätsproblem gab im Sinne: Ist das Rad, das wir drehen - also damit die Notwendigkeit, kurzfristige Liquidität immer wieder neu zu beschaffen - nicht ein bisschen groß - - Die Frage hätte ich mir jedenfalls als Vorstand der Hypo Real Estate auch schon vor dem 15. gestellt.

Nina Hauer (SPD): Dieser Brief, von dem Sie vorhin gesprochen haben - ich weiß nicht, ob das durch den Untersuchungsgegenstand hier abgedeckt ist -: Wann ist der von Herrn Koppelin geschrieben worden? - Darf er das sagen?

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Da ja Herr Schröder von sich aus diesen Brief einmal eingeführt hat und jetzt sicherlich auch entsprechend freiwillig antworten wird - ich hatte das schon mit Herrn Wissing kurz angesprochen -, wird er sicherlich eine Antwort darauf geben.

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Ich muss mal kurz suchen. Ich finde ihn sicher, den

Brief. Wenn Sie mir eine Sekunde zum Blättern Zeit geben, dann gebe ich Ihnen den.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Ja, hier ist es. Also: Der Brief von Herrn Koppelin stammt vom 12. März 2009, also lange nach den Entscheidungen über das Thema. Unsere Antwort ist vom 23. März 2009.

Nina Hauer (SPD): Ist Ihnen denn der Vorwurf, dass die Bundesregierung sich besonders für die HRE-Rettung eingesetzt hat, weil das Engagement der KfW so hoch gewesen sei, auch schon persönlich begegnet?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Ich lese ja Zeitung, aber ich halte ihn für abstrus.

Nina Hauer (SPD): Beziehen Sie das auf die Höhe des tatsächlichen Engagements, oder können Sie das erklären, warum Sie das für abstrus halten?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Ich halte es für abstrus - ich hatte das ja gesagt - weil unser relatives Engagement bei der Hypo Real Estate - das im Feuer gestanden hätte, wenn die Hypo Real Estate umgefallen wäre - in keinem Verhältnis zu dem Engagement steht, was der Bund im Rahmen des Rettungspaketes neu eingegangen ist. Deswegen muss ein anderes Motiv beim Bund dahintergestanden haben. Das haben wir ja geteilt, nämlich dass es jetzt darauf ankommt, den Finanzmarkt zu stabilisieren und nicht noch einen neuen schweren Fall zu kreieren, nachdem Lehman passiert war. Das musste auf jeden Fall verhindert werden, und das war aus meiner Sicht das Motiv, aus dem heraus gehandelt wurde.

Nina Hauer (SPD): War denn die Art des Engagements der KfW bei der HRE auch Gegenstand des Briefes von Herrn Koppelin?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Ja. Herr Koppelin hat gefragt - - Er hat zwei Fragen gestellt, einmal zum - - Ich habe jetzt leider nicht den Brief, sondern nur unsere Antwort dabei. Die erste Frage muss sich auf die Höhe unseres Kreditengagements, der KfW bei der Hypo-Real-Estate-Gruppe, bezogen haben. Die zweite war eine Frage zu unserer Beteiligung an den Stützungsmaßnahmen bezüglich Liquidität und Avale. Das waren

die beiden Fragen, die er gestellt hat, und die haben wir ihm in diesem Schreiben vom 23. beantwortet.

Nina Hauer (SPD): Danke schön.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger:
Es fragt Herr Spiller für die SPD-Fraktion.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Dr. Schröder, Sie haben vorhin gesagt, dass im Kreis von Bankern bekannt war, dass die HRE mehr als andere dieses Inkongruenzmodell fährt. Hat das auch dazu geführt, dass die HRE oder die Institute, die zu der Gruppe gehörten, besonders attraktive Zinsen geboten haben?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Ich glaube, die Zinsgewährung wird im Banking immer über das Rating definiert. Die Zinsen, die die Hypo Real Estate zahlen musste, waren die, die sozusagen ihrem Rating vor der Krise entsprochen haben. Dementsprechend hat man sich als Bank überlegt: Wo steht das Rating? Man muss noch - - wenn ich sage: Inkongruenz bei der Hypo Real Estate.

Es war bekannter, sage ich mal, bei der DEPFA. Das war das Institut, das im erheblichen Maße Staatsanleihen gegen kurzes Geld gemacht hatte. In welchem Umfang die Hypo Real Estate zusätzlich ein ähnliches Geschäftsmodell gefahren hat, sodass sich sozusagen dieser Effekt verdoppelt hat, dazu kann ich keine Aussage treffen. Aber was ich bestätigen kann, ist, dass die DEPFA in erheblichem Maße - noch mal: ich weiß es nicht, es war Market Rumor - dieses Geschäftsmodell fährt. Dennoch hatten beide Institute Ratings. Die Preisgestaltung findet im Kapitalmarkt ganz brutal nach diesen Ratings statt, weil: Das Verfahren ist ja gesplittet; Sie machen ja zwei Dinge: Wenn Sie Geldhandel machen, die Bank A mit der Bank B, dann müssen Sie sich erst mal eine Linie einräumen lassen; das erfolgt unter Risikogesichtspunkten. Wenn Sie eine Linie haben, dann belegt der Handel die mit Geldhandelsaktivitäten. Der guckt dann sozusagen nicht mehr aufs Risiko, sondern guckt nur auf den Preis, und der ist immer relativ am Rating, sodass die HRE - unterstelle ich mal, kann ich Ihnen jetzt nicht positiv sagen, aber unterstelle ich einfach mal - ein ihrem Rating entsprechendes Pricing hatte.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Und das Rating hing ja vielleicht nicht nur von der Aktivseite der Bilanz ab, sondern auch - ich sage mal - von der Liquiditätsanfälligkeit. War denn da erkennbar, dass sich schon vor dem September eine Verschlechterung abzeichnete?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Ist mir nicht bekannt. Aber Sie sprechen hier durchaus einen etwas kritischen Punkt an; denn sozusagen eine Bank, die eine Linie genehmigt und die eine Aufsicht hat, ist etwas unterschiedlich.

Sie können von außen auf die Bankbilanz schauen und relativ gut die Aktivseite von ihrer Qualität einstufen. Gerade bei einer Hypothekenbank wissen Sie: Da sind gewerbliche Immobilien, da sind Staatspapiere usw. Das war ja das, was die Hypo Real Estate und auch die DEPFA immer begründet haben. Wenn man mit ihnen spricht und fragt: „Wie konntet ihr denn so ein Inkongruenzmodell fahren?“, dann hätten die einem mit Sicherheit gesagt: Das sind ganz sichere Assets. Wir haben hier fast nur Staatsanleihen drin, also bei der DEPFA. Da wir nur Staatsanleihen haben, da die Banken, wenn sie uns bewerten, auf die Aktivseite gucken, auf die Qualität der Assets, werden die sagen: Mensch, die Assets sind wunderbar. Also behalten wir auch unser gutes Rating. Also, Schröder, deine Sorge, die Liquidität fällt weg, brauchst du gar nicht zu haben, weil unsere Ratingagenturen auf unsere Aktivseite gucken. Die ist super. Also kriegen wir ein gutes Rating. Also kriegen wir auch weiterhin die kurzen Gelder.

Das war ja in etwa die Denke. Es war zwar im Nachhinein leichtfertig; aber es war ja nicht völlig blöd, was die gedacht haben. Das würde ich da niemandem unterstellen. Aber es war ein sehr leichtfertiges Spiel mit der Verfügbarkeit von Liquidität.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Aber die Ratingagenturen haben zumindest bis dahin bei der Einstufung einer Bank mehr auf die Qualität der Aktivseite geachtet als auf die Anfälligkeit der Passivseite. War das so?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Auf jeden Fall war das Rating der Hypo Real Estate ja bis Lehman, sage ich mal - ich weiß es nicht genau -, unbescholten und gut. Ob die Ratingagenturen entweder nur auf die Aktivseite geguckt haben oder ob sie aus dem Grund, den ich gerade genannt habe, dieses Inkon-

gruenzproblem als „handlebar“ gesehen haben, müsste man jetzt die Ratingagenturen befragen.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Ackermann hat dem Ausschuss gesagt, es sei in Bankkreisen eigentlich die herrschende Meinung gewesen bis zu dem September, dass ein solvente Bank auch immer liquide sein wird. War das auch Ihre Einschätzung?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Das ist auch meine Grundeinschätzung. Deswegen - das sagte ich ja - hat sich für uns alle, für uns Banker, durch Lehman die Welt wirklich kolossal geändert, weil genau dieses Grundvertrauen erschüttert wurde.

Aber was schon noch bleibt, ist: Sie brauchen, damit ein inkongruentes Geschäftsmodell funktioniert, a) überhaupt die Liquidität. Das wurde nicht ernsthaft in Zweifel gezogen, insbesondere wenn die Aktivseite sehr stark aus Staatspapieren besteht. Sie brauchen aber zweitens eine Marge auf der Passivseite, die unter der Aktivmarge liegt. Das kann man natürlich nicht so sicher sagen. Und Sie brauchen das von mir vorhin schon beschriebene normale Zinsniveau und kein inverses Zinsniveau. Das alles kommt ja zusammen und macht das Geschäftsmodell einer inkongruenten Finanzierung anfällig. Aber der erste Punkt - steht überhaupt Liquidität zur Verfügung? -: Dass das für ein so großes Institut wie die Hypo Real Estate, also für ein systemtragendes Institut, eine nachhaltige Gefährdung war, das wurde bis dato sozusagen nicht erwartet; das stimmt.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Es fragt nochmals Frau Nina Hauer für die SPD.

Nina Hauer (SPD): Herr Schröder, finden Sie es nachvollziehbar, dass die Banken für ihren Anteil am Rettungspaket jetzt auch Zinsen einnehmen?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Ja, das finde ich nachvollziehbar, weil die Qualität des Engagements ja - - Wir haben ja drei Teile, wie Sie wissen. Die ersten 15 Milliarden anteilig davon sind durch die Bundesgarantie gedeckt. Da, würde man sagen, sollte man allenfalls das zahlen, was die Bundesrepublik

auch zahlt. Da ist ja auch die Marge, wie Sie wissen, deutlich geringer; ich glaube, 25 Basispunkte über Einstand. Im zweiten Teil, wo wir die Besicherung haben, die Wertpapiere, ist sie mit 75 höher. Unter heutigen Bedingungen würde niemand zu der Marge einen solchen Kredit noch ausgeben. Die Zeiten haben sich noch dramatisch verschlechtert. Da hat die Bundesregierung sozusagen noch Glück gehabt, weil sie in einer frühen Phase dieser Krise abgeschlossen hat; denn die Wertpapiere konnten die Banken letztlich nicht bewerten.

Wir haben aus Vorsichtsgründen einfach gesagt: Wir gehen davon aus, dass man dabei nichts rauskriegt. Wir betrachten das als ein ungesichertes Engagement. - Bei einem Firesale von Wertpapieren, den man machen müsste, wenn da jetzt wirklich eine Insolvenz drohte, wissen Sie nicht, was von den 60 Milliarden Sie da wirklich erlösen. Insofern hat man hier auch ein Risiko als Bank gehabt. Und wir haben ja das Rückaval für die Bundesregierung gehabt, wenn die aus dem ersten Teil in Anspruch genommen wird, dass wir dann mit dem Rückaval zur Verfügung stehen. Da haben wir auch volles Risiko. Insofern ist es aus meiner Sicht absolut gerechtfertigt, für diese Engagementteile auch Margen zu nehmen. Und noch mal: Ich halte sie nicht für überhöht.

Nina Hauer (SPD): Können Sie denn kurz schildern, was geschieht, wenn eine Bank Geld verleiht, ohne dafür Zinsen zu nehmen?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Dann geht sie, wenn sie es dauerhaft tut, pleite, weil sie das Geld auf der Passivseite eben nur kriegt, indem sie eine Marge zahlt. Und wenn sie das Geld auf der Aktivseite ohne Marge rauslegt, dann geht die G und V bergabwärts.

Nina Hauer (SPD): War denn diese Situation damals nach dem 15. September 2008 eine Situation, wo die Banken bedenkenlos so ein Risiko hätten eingehen können?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Ich sage mal so: Ich glaube, es war eine Situation, wo man schon in beide Richtungen guckte. Das eine ist - das haben wir auch im Hause sehr intensiv getan -: Natürlich gucken Sie, wenn Sie ein Engagement eingehen - Sie haben ja auch Vermögensbetreuungspflichten gegen-

über Ihrem eigenen Institut -: Kann ich dieses Engagement verantworten? Dementsprechend haben wir auch bei uns im Haus den ganz formalen Kreditprozess durchlaufen lassen mit Erstvotierung, mit Zweitvotierung, mit Vorstandsbefassung, mit Präsidialausschussbefassung usw. Das mussten wir auch machen. Das heißt, wir haben schon - -

Es gab eine Reihe von Kleinigkeiten, wo wir auch in der Struktur des Engagements noch Veränderungen durchgeführt hatten. Ich hatte die EU-rechtliche Seite genannt. Wir hatten ein zweites kleines Problem - das ist jetzt wieder was für Fachjuristen -, nämlich die Frage: Da der Bund sozusagen unser Eigentümer ist und jetzt auch der Hauptretter der Hypo Real Estate, könnte man nicht einen Kredit, den wir der Hypo Real Estate gewähren, als kapitalersetzend ansehen mit der Folge, dass er Nachrangcharakter kriegt? Ich weiß, das ist jetzt ein bisschen technisch. Dieses hätte natürlich unser Engagement deutlich verschlechtert, weil wir auch mit unserem gesamten Altengagement in eine nachrangige Rolle gegenüber den anderen Kreditgebern - - Dieses konnten wir lösen. Das ist letztlich gelöst worden durch das SoFFin-Gesetz. Da ist eine Klausel reingekommen, die dieses sozusagen verhindert. Ich nenne das nur als Beispiel, wo wir versucht haben - -

Wir haben einen dritten Punkt, der eine große Rolle gespielt hat in den Strukturen: ob die Teilnahme an dem Rettungspaket uns verpflichten würde, fällig werdende Engagementteile wieder zu valutieren. Da war die erste Position: Wir müssten wieder valutieren. Und wir haben dann durchgesetzt, dass wir nicht wieder valutieren müssen. Deswegen haben wir ja heute ein niedrigeres Engagement, als wir es am 24.09. hatten. Wir haben auf der einen Seite schon sehr betriebswirtschaftlich das Engagement angesehen und gesagt: Was können wir durchsetzen, um unsere Position aus Sicht der KfW richtig und im besten Interesse unseres Hauses zu gestalten? Auf der anderen Seite wussten wir auch: Eine echte Alternative zum Mitmachen haben wir nicht, wenn wir nicht dieses Finanzsystem an die Wand fahren lassen wollen. Insofern mussten wir zwischen diesen beiden Polen uns letztlich entscheiden, und ich denke, dass wir mit unserer Entscheidung einen guten Weg gefunden haben.

Nina Hauer (SPD): Danke schön.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Ich sehe keine Fragen bei der SPD. - Dann übergebe ich an Bündnis 90/Die Grünen. Herr Schick.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Herr Schröder, Sie haben gerade davon gesprochen, dass man das, mit einem Firesale sozusagen rechnend, bewerten musste. Gilt das denn auch, wenn schon klar ist, dass man diese Bank gar nicht pleitegehen lassen kann und dass der Bund praktisch schon eingestiegen ist? Musste man da auch noch mal mit einer Firesale-Situation rechnen?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Ja, gut. Wir haben - - Die Tatsache, dass der Bund einsteigen wird und dass die Firma deshalb am Ende nicht pleitegehen wird, ist eine feste Erwartungshaltung, natürlich. Aber Sie müssen als Banker zunächst mal schon gucken: Welche Sicherheiten werden Ihnen denn angeboten, und wie bewerten Sie die Sicherheiten? Diese Erwartungshaltung, das ist ja das, was viele Banken gemacht haben - ich schließe uns da durchaus ein - vor Lehman, dass man gesagt hat: Diese Bank kann der Staat gar nicht pleitegehen lassen.

Wenn man das nur gemacht hätte und nicht zusätzlich auch auf Sicherheiten geguckt hätte, die man übertragen bekommen hätte, hätte man falsch gehandelt. Insofern haben wir beides getan. Wir haben auf der einen Seite schon geguckt: Gelingt es uns, diese Wertpapiere zu bewerten? Antwort: Nur sehr rudimentär. Deswegen haben wir sie auch technisch nicht angesetzt als Sicherheit bei uns. Und die Frage „Wie schätzen wir das Risiko ein? Werden wir unser Geld aus diesem Engagement, das wir jetzt neu eingehen, zurückbekommen?“ - da waren wir schon der Auffassung: Das, was damals galt, nämlich im Oktober letzten Jahres, wird auch heute gelten. Die Bundesrepublik kann diese Bank nicht vor die Wand fahren lassen.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt eigentlich, dass diese Diskrepanz zwischen den zwei Sicherheiten - was ist eine Erwartungshaltung, und was kann ich konkret als vorsichtiger Banker bewerten? - sich erst auflöst in dem Moment, wo die Verstaatlichungsperspektive klar war.

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Nein. Das heißt, es löst sich gar nicht auf. Ich denke, solange Sie kein klares Aval haben, was sich ausdrückt in einer Staatsbeteiligung, tun Sie gut daran, auch wenn Sie einem Unternehmen, das im Staatsbesitz steht - - zunächst mal die Frage zu stellen: Ist dieses Unternehmen in der Lage, seinen Kredit zurückzahlen, und haben die Sicherheiten, die sie mir anbieten können?

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): D'accord.

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Dann gucke ich in zweiter Linie natürlich auf die Eigentümerstellung. Aber wir hatten ja bis auf das Aval für die Liqui-1-Fazilität kein Staatsaval. Insofern war ja diese Erwartung, der Staat wird schon beitreten, eine aus meiner Sicht subjektiv zwar absolut gerechtfertigte Erwartungshaltung; aber aus Bankersicht muss ich mich ja auf die vorsichtige Seite stellen, und da gucke ich mir die Wertpapiere auch an.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie haben vorher gesagt, nach Bear Stearns gab es sozusagen eine weitere Schwierigkeit mit der Liquiditätsversorgung. Uns hat der Finanzminister damals im April 2008 im Finanzausschuss gesagt - das ist die 90. Sitzung des Finanzausschusses, Seite 42 des Protokolls -:

An den Geldmärkten fehlt nach wie vor Vertrauen, insbesondere im Interbankenverkehr. Diejenigen, die Liquidität haben, sitzen auch auf dieser Liquidität. Diejenigen, die die Liquidität brauchen, haben Schwierigkeiten.

Es war also damals schon die Situation einer sehr schwierigen Liquiditätsversorgung. Hat uns damals der Finanzminister in übertreibender Weise die Situation geschildert, oder ist das eine zutreffende Beschreibung der Situation vor Lehman?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Nein. Ich habe das ja vorhin schon mal erläutert. Ich sehe für mich immer - das glaube ich auch festmachen zu können an den Marktdaten - diese drei Phasen: diese Phase vor der IKB, wo alles sozusagen im Lot war, dann die erste Erschwerungsphase zwischen Sommer 2007 und dem 15. September 2008 und

dann den Bereich, der uns ja wirklich die schwerste Wirtschaftskrise nach 1930 beschert hat, nämlich die völlige Verweigerung unbesicherter Liquidität im mittelfristigen Bereich.

Aber wir hatten natürlich, an Margen ausgedrückt und durchaus auch an Linienreduzierungen, schon Erschwernisse, unterschiedlich für die einzelnen Häuser. Wenn Sie mich jetzt zum Beispiel fragen: Wie war das bei der Hypo Real Estate? - Ich habe keine Ahnung, ob da Linien gekündigt worden sind schon zwischen Sommer 2007 und dem 15. September. Mag sein. Aber es gab eine Erschwerung, sowohl auf der Margenals auch auf der Liquiditätsseite, schon in dieser ersten Phase. Aber der richtige Abbruch - und der kam wirklich in einer Abruptheit, in einer Tiefe, wie man das hoffentlich nur einmal in seinem Leben erlebt - kam dann nach dem 15. September.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn das so ein Abbruch war, wie entwickelten sich denn dann die Repo-Märkte nach diesem Abbruch im Zeitablauf?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Wir haben die - - Wir haben ja - - Man muss jetzt Folgendes sagen: Wenn ich gesagt habe: „Nach dem 15. September war noch mal ein gravierender Einschnitt“, dann gab es drei wichtige Dinge, die man unterscheiden muss: Auf der einen Seite gab es eine Fastverweigerung von Liquiditätsbereitstellung im fristigen Bereich. Jenseits von drei Jahren kriegten Sie damals nichts, und dieser Markt ist heute auch noch nicht wieder aufgegangen, und zwar egal welcher Bonität. Ich will jetzt hier keine Bank benennen; aber stellen Sie sich die besten Banken der Bundesrepublik vor. Wenn die heute eine fünfjährige Anleihe begeben wollen, unbesichert, kriegen sie die nicht los.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe aber ganz konkret nach den Repo-Märkten gefragt.

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Ja, nach den Repo-Märkten. - Das ist das eine. Das Zweite ist: Sie haben dann eine Verteuerung und eine Einschränkung der Geldmarktliquidität je nach Adresse. Und Sie haben dann drittens durchaus ein Zuschwemmen mit Liquidität bei guten Adressen. Deswegen bei Repo-Märkten immer die Frage: Auf welcher

Seite stehen Sie, und was sind sozusagen die Risiken, die dahinterstehen? Ich sage immer - deswegen ist das mit der Kreditklemmendiskussion eben auch so schwierig -: Gucken Sie sich mal die Asset-Manager an. Die sind in den Monaten nach Lehman alle wie so ein Luftballon zusammengegangen, weil die Märkte dort zurückgegangen sind. Aber der klassische Bankenmarkt mit guter Besicherung, also die Sparkassen, die Genossenschaftsbanken, die großen Privatbanken, haben heute Liquidität im kurzen Bereich und dementsprechend auch Repo-Fähigkeiten in ungeahntem Maße.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Konnte ein Haus wie die Hypo Real Estate nach Lehman Brothers noch mit Repo-Geschäften rechnen?

Zeuge Dr. Ulrich Schröder: Das ging rapide - - Wie schnell das jetzt - - Ich habe jetzt die Tage nicht. Aber da würde ich sagen: Das muss mehr oder weniger von einem Tag auf den anderen eingebrochen sein.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Krüger: Jetzt haben wir die erste Berliner Stunde hinter uns gebracht. Meine Frage an die CDU: Gibt es noch Fragen? - Das ist nicht der Fall. An die FDP? - Auch keine Fragen. An die SPD? - Keine Fragen. Die Linke? - Keine Fragen. Bündnis 90/Die Grünen? - Keine Fragen.

Herr Schröder, dann darf ich Sie bereits jetzt - an diesem späten Mittag für unsere Verhältnisse, hätte ich beinahe gesagt - entlassen. Kurzum: Ich danke Ihnen für Ihre Aussage. Sie bekommen, wie gesagt, das Protokoll zugestellt mit der Bitte, wenn es irgendwie möglich ist, es möglichst schnell zurückzusenden. Ihre Vernehmung als Zeuge ist formal erst dann abgeschlossen, wenn der Ausschuss dies beschließt. Das wiederum kann er erst, wenn Sie a) das Protokoll bekommen haben und es b) korrigiert zurückgesandt haben. Das heißt also, darüber werden Sie zu einem späteren Zeitpunkt noch mal ein Schreiben bekommen. Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen einen schönen Tag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen uns morgen früh um 9.30 Uhr zur Einvernahme der dortigen beiden Zeugen. Gibt

es noch irgendwelche Hinweise auf Unterlagen, die benötigt werden, für morgen früh bereitgestellt werden sollen? - Ich sehe, da ist momentan nichts gewünscht, sodass ich Ihnen danken und einen angenehmen Nachhauseweg und eine angenehme Restbeschäftigung am Schreibtisch wünschen kann.

(Schluss: 15.16 Uhr)